

Unterrichtung

**durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates**

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 3. bis 7. Februar 1992 in Straßburg

Während des dritten Teils ihrer 43. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

Hierzu sprachen die Abg. Gerhard Reddemann (S. 7) und Prof. Dr. Uwe Holtz (S. 7).

Bericht des Ministerkomitees

Politische Fragen

- Ansprache des Präsidenten der polnischen Republik, Lech Walesa (S. 17)

Hierzu sprachen die Abg. Klaus Bühler (S. 19) und Gerhard Reddemann (S. 19)

- Die Lage in Jugoslawien (*Empfehlung 1175* — S. 28, *Richtlinie 473* — S. 29)

Hierzu sprachen die Abg. Gerhard Reddemann (S. 25) und Heinrich Lummer (S. 26)

- Ansprache des israelischen Staatspräsidenten, Chaim Herzog

- Entwicklung in der früheren Sowjetunion

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 34) und Gerhard Reddemann (S. 35)

Wirtschaftsfragen

- Ansprache des griechischen Transport- und Verkehrsministers, Nikolaos Gelestathis, Vorsitzender des Rates der Europäischen Verkehrsministerkonferenz

Hierzu sprach der Abg. Hans Büchler (S. 37)

- Aktivitäten der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (ECMT) 1989 und 1990 – Die europäischen Verkehrsprobleme (*Entschließung 977* — S. 37)

Hierzu sprach die Abg. Dr. Cornelia von Teichman (S. 35) und Hans Büchler gab zu Protokoll (S. 36)

Wissenschaft und Technologie

- Die europäische Weltraumpolitik (*Richtlinie 475* — S. 43, *Entschließung 978* — S. 42)

Hierzu sprachen die Abg. Christian Lenzer (S. 39, 41), Dr. Albert Probst (S. 40) und Dr. Hermann Scheer (S. 40)

Rechtsfragen

- Die Minderheitenrechte (*Empfehlung 1177* — S. 23, *Richtlinie 474*)

Hierzu sprachen die Abg. Robert Antretter (S. 20, 22), Friedrich Vogel (S. 21), Margitta Terborg (S. 21) und Gerhard Reddemann (S. 23)

- Sekten und religiöse Bewegungen (*Empfehlung 1178* — S. 30)

Hierzu sprach der Abg. Dr. Günther Müller (S. 29)

Kulturelle Fragen

- Die Lage des kulturellen Erbes in Mittel- und Osteuropa (*Empfehlung 1172* — S. 12, *Richtlinie 471* — S. 14)

Hierzu sprach der Abg. Dr. Günther Müller (S. 8, 11)

- Die Erhaltung der Bibliotheken und wissenschaftlichen Archive in den Ländern Mittel- und Osteuropas (*Empfehlung 1173* — S. 14)

Hierzu sprachen die Abg. Leni Fischer (S. 10) und Margitta Terborg (S. 10)

Flüchtlingsfragen

- Die Krise in Jugoslawien: Die vertriebene Bevölkerung (*Empfehlung 1176* — S. 28)

Hierzu sprachen die Abg. Wilfried Böhm (S. 27) und Gerhard Reddemann (S. 27)

- Exodus der albanischen Staatsbürger (*Empfehlung 1179* — S. 33)

Hierzu sprachen die Abg. Wilfried Böhm (S. 31) und Albert Pfuhl (S. 32)

Landwirtschaftsfragen

- Die gesamteuropäische Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich (*Empfehlung 1174* — S. 16, *Richtlinie 472* — S. 17)

Hierzu sprach der Abg. Klaus Bühler (S. 15)

- Der Beitrag der Landwirtschaft zur Verbesserung der Sicherung der Energieversorgung und zur Rettung der Umwelt (*Entschlieung 979* — S. 46)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Hermann Scheer (S. 43, 45) und Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 45)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Beteiligung der Bürger an der Politik (*Empfehlung 1180* — S. 49, *Entschlieung 980* — S. 48)

Hierzu sprachen die Abg. Hans Bchler (S. 47) und Margitta Terborg (S. 48)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sowie die Beschlutexte sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt. Die Antworten sind zusammengefaßt wiedergegeben. Weiterhin ist die Rede des polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa in deutscher Fassung abgedruckt.

Aufgrund der Amtsniederlegung des bisherigen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Anders Björck, wegen seiner Ernennung zum Verteidigungsminister Schwedens war eine vorzeitige Wahl erforderlich. Die Versammlung wählte einstimmig den bisherigen Vizepräsidenten Sir Geoffrey Finsberg (Großbritannien) zu ihrem Präsidenten.

Den Bericht des Ministerkomitees trug der amtierende Vorsitzende, der Präsident der Schweizerischen Konföderation, René Felber, vor. Zu der Versammlung sprachen außerdem der polnische Staatspräsident Lech Walesa, der israelische Staatspräsident Chaim Herzog, der griechische Minister für Transport und Verkehr, Nikolaos Gelestathis, als Vorsitzender des Rates der Europäischen Verkehrsministerkonferenz sowie der Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur, Jean-Marie Luton.

Slowenien wurde der besondere Gaststatus bei der Parlamentarischen Versammlung verliehen.

Bei der turnusmäßigen Wahl von Mitgliedern des Europäischen Gerichtshofes wurde als deutsches Mitglied Prof. Dr. Rudolf Bernhardt wiedergewählt.

Nach dem Beitritt Polens zum Europarat nahmen die polnischen Parlamentarier erstmals als Vollmitglieder an der Tagung der Parlamentarischen Versammlung teil.

Schwerpunkte der Beratungen

In der Debatte über die *Situation in Jugoslawien* und der Opfer des Krieges herrschte bei den Mitgliedern Einvernehmen darüber, daß die Rückkehr zum Frieden erste Priorität habe. Bei den Beratungen, die auch der eigenen Standortbestimmung der Versammlung dienten, ging es nach den Worten des Berichterstatters, Abg. Gerhard Reddemann, weniger um die Frage von Schuldzuweisungen, sondern vielmehr um die Aufstellung und Wahrung von Kriterien für die Anerkennung neuer Republiken. Hierzu gehörten insbesondere verfassungsrechtliche Garantien zur Beachtung der europäischen Menschenrechtskonvention, das Prinzip der parlamentarischen Demokratie als Grundlage einer neuen politischen Ordnung, der Minderheitenschutz sowie die Anerkennung der bestehenden Grenzen, wie dies von der Versammlung einstimmig empfohlen wurde.

In der Empfehlung wurden die Mitgliedstaaten unter anderem zu mehr Solidarität mit den Aufnahmeländern der Flüchtlinge aufgefordert, unter denen Ungarn die Hauptlast trage. Im übrigen wurde Slowenien der Besondere Gaststatus bei der Parlamentarischen Versammlung eingeräumt und angekündigt, auch den übrigen Republiken diesen Status zu verleihen, sobald die entsprechenden Voraussetzungen dafür erfüllt seien. Hierbei müßten für alle Staaten — ob groß oder klein — gleiche Bedingungen gelten. Darüber hinaus empfahl die Versammlung dem Ministerkomitee sowie den Regierungen der Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz sowie zur Verbesserung der Situation der vertriebenen Menschen in dieser Region.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Behandlung von *Minderheitenfragen* vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in *Mittel- und Osteuropa* auf der Grundlage eines Empfehlungsentwurfs. Dabei ging es darum, die kollektive Wahrnehmung entsprechender Individualrechte zu ermöglichen. In seiner Stellungnahme für den Politischen Ausschuß, der dem Entwurf einstimmig zugestimmt hatte, warnte Abg. Robert Antretter trotz allem Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen in Mittel- und Osteuropa allerdings auch vor der Annahme, mittels einer Vielzahl souveräner Kleinstaaten in Europa die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Die Mehrheit der Delegierten stimmte nach kontroverser Debatte darin überein, mit der Verabschiedung der Empfehlung als einem ersten Schritt nicht länger zu warten, da man in Mittel- und Osteuropa jetzt konkrete Aussagen und Ergebnisse des Europarates erwarte.

Das Ministerkomitee wurde gebeten, bis zum 1. Oktober d.J. ein Zusatzprotokoll über Minderheitenrechte zur Europäischen Menschenrechtskonvention auszuarbeiten. Aufgrund

der besseren Kontrollmechanismen sei dieses Instrument der sich bereits in Arbeit befindenden Konvention über Minderheitenrechte vorzuziehen. Darüber hinaus wurde das Ministerkomitee erneut aufgefordert, die Arbeiten für eine Charta über Regional- und Minderheitensprachen baldmöglichst abzuschließen; schließlich soll der Europarat mit einem Vermittlungsinstrument ausgestattet werden, um die Situation der Minderheiten in den Mitgliedstaaten beobachten und im Konfliktfall frühzeitig schlichtend eingreifen zu können.

An der aktuellen Aussprache über die *Entwicklung in der früheren Sowjetunion* beteiligten sich auch Parlamentarier aus den neuen Republiken. Die gewaltige Aufgabe der Umstrukturierung einer zentralen Kommandowirtschaft in eine freie Marktwirtschaft sei ohne westliche Hilfe nicht möglich, wobei Hilfe zur Selbsthilfe Priorität haben müsse. Dabei sollte der Westen jedoch als Partner, nicht als Lehrmeister auftreten. Japan und die USA wurden zu einem stärkeren Engagement aufgerufen.

Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau seien sowohl die innere wie auch die äußere Sicherheit. So wurde angesichts der Besorgnis über eine unzureichende Sicherung des gewaltigen Atomwaffenpotentials die Forderung erhoben, neben der Fortführung der Abrüstungsmaßnahmen diese Waffen in Zonen unter sicherer Kontrolle — gegebenenfalls mit internationaler Unterstützung — zusammenzuziehen. Ein weiteres Gefahrenpotential würden die veralteten Kernkraftwerke darstellen, die dringend unter internationale Kontrolle gestellt werden müßten. Insgesamt sei der Europarat nach Rußland und den baltischen Republiken auch an einer Einbindung der übrigen Republiken interessiert, sofern die für alle gleichermaßen geltenden Standards dort vorlägen.

In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung führte der *polnische Staatspräsident Lech Walesa* aus, daß die Überwindung des Kommunismus Mittel- und Osteuropa nicht automatisch näher an das andere Europa geführt habe. Er warnte vor der Gefahr, daß sich das westliche Europa aufgrund der wirtschaftlichen Unterschiede abgrenzen und dadurch neue Grenzen schaffen könnte. Polen habe sich nach seinem inneren Wandel Europa wieder angeschlossen, andere Länder in Mittel- und Osteuropa seien diesem Weg in die Freiheit und zur Demokratie gefolgt. Demokratie um ihrer selbst willen sei jedoch kein ausreichendes Ziel, sondern nur der Weg für ein besseres Leben in Sicherheit und Wohlstand. Wesentliche Voraussetzung für eine Stabilisierung des politischen Wandels und dessen Akzeptanz durch die Bevölkerung seien neben dem Abbau der inneren und äußeren Bedrohung deshalb vor allem auch wirtschaftliche Fortschritte. Er rief daher die Länder Westeuropas zu intensiverer wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf.

In seiner Ansprache bezeichnete der *israelische Staatspräsident Chaim Herzog* einen Friedensschluß mit den arabischen Nachbarn einschließlich der Palästinenser als die größte Herausforderung für Israel. In Israel bestehe nicht der Wunsch, über ein anderes Volk zu herrschen. Man müsse jedoch berück-

sichtigen, daß Fragen, die die Außenpolitik betreffen, in Israel immer auch Existenzfragen darstellten. Von ganz wesentlicher Bedeutung sei, daß der in Gang gekommene Friedensprozeß zu einem Erfolg führe. Dieser Erfolg sei von extremistischen Kräften innerhalb der Palästinenser bedroht, die versuchten, die Friedensgespräche mit den gemäßigten Palästinensern und den übrigen arabischen Staaten zu stören. Weiterhin bestehe die Gefahr, daß Saddam Hussein oder ein anderer arabischer Despot die Region und Israel bedrohe.

Entgegen der häufig geäußerten Ansicht spiele der israelisch/arabische Konflikt nicht die Rolle, die ihm häufig zugeschrieben werde. Schon gar nicht habe er einen Einfluß auf die Invasion des Irak in Kuwait gehabt. Die künftige Hauptgefahr für die Welt bilde der islamische Fundamentalismus mit dem Zugriff auf Massenvernichtungswaffen. Dies werde vom Westen bisher zu wenig beachtet. Im übrigen sei Israel, das aufgrund seines hohen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungs- und Ausbildungsstandes über ein großes Potential verfüge, zur Zusammenarbeit mit jedermann bereit. Bei der Beantwortung von Fragen der Parlamentarier rechtfertigte Staatspräsident Herzog Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Kein Araber sei infolge dieser Politik zwangsenteignet worden.

Der *amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees*, der Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft *René Felber*, erläuterte den Bericht des Ministerkomitees. Er ging auf die aktuellen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ein und rief bei dieser Gelegenheit dazu auf, trotz aller Problematik in dieser Region nicht die Augen vor den Problemen im Mittelmeerraum zu verschließen. Der Europarat habe den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion seine Zusammenarbeit auf der Basis der Prinzipien der Demokratie des Rechtsstaates und der Menschenrechte angeboten und sei im übrigen auch zur Hilfe im Jugoslawien-Konflikt bereit. Die Formen der Zusammenarbeit innerhalb Europas seien weiter auszubauen. Entsprechende Initiativen enthielten das Memorandum der Generalsekretärin, mit dem sich derzeit ein Gremium des Ministerkomitees befasse, so unter anderem das Hilfsprogramm für Mittel- und Osteuropa.

Im übrigen kündigte der *amtierende Vorsitzende* den Aufbau engerer Beziehungen zur EG und KSZE an, die ebenso wie die UNO weitere Unterstützung durch den Europarat im Hinblick auf die Schaffung einer Friedensordnung in Europa erfahren würden. Schließlich müßten die Kontakte zu den USA und Kanada intensiviert werden. Entsprechende Besuche der Generalsekretärin seien vorgesehen.

Bonn, den 4. Mai 1992

Gerhard Reddemann

Sprecher der Delegation

Robert Antretter

Stellvertretender Sprecher der
Delegation

Montag, 3. Februar 1992

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums
der Versammlung und des Ständigen
Ausschusses**

(Drucksache 6543 und Addenda I, II und III)

Berichterstatter: Abg. Anders Björck
(schwedischer Verteidigungsminister)

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Mich plagen nicht die Probleme, die der Herr Kollege Schieder vorgetragen hat. Zwar bin ich nicht Mitglied der politischen Gruppe, der unser neuer und unser alter Präsident angehören, aber eine gewisse politische Verbundenheit hat sich im Laufe der Jahre durchaus eingestellt. Mein Problem ist eher: Ich soll zur selben Zeit etwas zum Bericht unseres Kollegen Anders Björck sagen, außerdem aber auch für meine politische Gruppe, für die Europäische Volkspartei, dem scheidenden Präsidenten Dank aussprechen, und ich möchte als Privatperson, als Gerhard Reddemann, als langjähriger Freund von Anders Björck einige persönliche Worte sagen.

Anders Björck hat an die europäische Herausforderung der nächsten Jahre, des neuen Jahrzehnts erinnert, aber ich möchte einen ganz kurzen Rückblick geben und an die Herausforderung erinnern, der wir uns gemeinsam gestellt haben, als Anders Björck 1989 Präsident dieser Versammlung wurde. Das war zu einem Zeitpunkt, als wir alle merkten, daß in Europa eine Entwicklung begann, die wir vor ein paar Jahren nicht voraussehen wollten, nicht voraussehen konnten oder nicht voraussehen durften. Damals dachten wir mit einer kleinen Gruppe — ich erinnere an unseren langjährigen Freund Peter Sager — über einen besonderen Gästestatus für die Staaten nach, die sich aus der kommunistischen Diktatur lösen konnten. Da war es Anders Björck, zunächst noch als Vorsitzender seiner politischen Gruppe, dann als Präsident der Versammlung, der uns immer wieder ermuntert hat, unseren Weg zu gehen, bei dem ja so mancher älter gewordene Diplomat nicht nur graue Haare bekam, sondern auch versuchte, uns von diesem Weg möglichst wegzuführen, weil es für viele einfach unverständlich blieb, daß man den neuen Weg gehen konnte.

Ich möchte Anders Björck ein besonderes Wort des Dankes sagen, denn daß sich im Osten und in der Mitte Europas vieles ändern konnte, war ja auch und nicht zuletzt ein Ergebnis der Arbeit, die wir hier geleistet haben, und diese Arbeit wäre gegen ihn oder ohne ihn nicht möglich gewesen, aber mit ihm und mit seinem Engagement war sie nicht nur möglich, sondern führte auch zum Erfolg.

Sozusagen in einer vierten Dimension möchte ich in meiner Eigenschaft als Leiter der deutschen Delegation Anders Björck gerade in Zusammenhang mit dem, was in meinem eigenen Land passierte, ein weiteres Wort des Dankes sagen.

Ich glaube, es gibt selten eine Präsidentschaft in unserer Versammlung, die mit so vielen neuen Problemen, aber auch mit so vielen neuen Hoffnungen begleitet werden konnte wie die von Anders Björck, und ich meine, wir sollten dies nicht nur in unserer Versammlung sagen, und wir sollten nicht so tun, als sei das etwas Selbstverständliches gewesen. Wir sollten es als einen wichtigen Punkt der letzten Jahre in unseren Debatten mit erwähnen und auch für die Geschichtsschreibung festhalten.

Lieber Anders, nun sage ich das persönliche Wort: Wir haben nicht nur in politischen Debatten miteinander Kontakt gehabt; wir haben auch in interessanten Begegnungen bis hin nach Süditalien — ich erinnere daran, daß wir von der „Maradona“-Begeisterung fast am Reden gehindert wurden — versucht, gemeinsame Arbeit zu leisten, gemeinsam persönliche Kontakte herzustellen und gemeinsam mit unseren Familien zu dem, was wir politisch geleistet haben, auch ein wenig Menschliches zu gewinnen. Dafür möchte ich mich auch ganz privat sehr herzlich bedanken.

Ein Wort des Dankes gilt ebenso dem neuen Präsidenten. Er hat — das liegt in der Natur der Sache — eine relativ kurze Amtszeit, aber wie ich ihn kenne, wird er die Chance nutzen, ein deutliches Ausrufezeichen in der Politik dieses Europarates zu setzen. Im Namen meiner politischen Gruppe und in meinem eigenen Namen sage ich ihm volle Unterstützung zu.

Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD): — Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Ziffer XIV des vorliegenden Berichts, den wir diskutieren, wird in dürren Worten darauf hingewiesen, daß die Geschäftsordnung für die Versammlung hinsichtlich der OECD geändert wird. Sie, Herr Berichterstatter Björck, haben bei Ihrer Einbringungsrede kurz darauf Bezug genommen.

Ich möchte Ihnen auch persönlich für die sehr gute Zusammenarbeit danken, die wir jahrelang insbesondere im Ausschuß für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen hatten.

Ich möchte unterstreichen, was diese Geschäftsordnungsänderung für die Parlamentarische Versammlung des Europarates bedeutet. Hier wird ein qualitativer Sprung nach vorn gemacht. Wir haben ja schon in der Vergangenheit jedes Jahr im Herbst den OECD-Bericht unter Mitarbeit des Wirtschafts- und Entwicklungsausschusses und auch anderer Ausschüsse der Versammlung diskutiert. Ab Oktober wird zum erstenmal für die Delegationen aus Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, den USA und aus dem Europäischen Parlament möglich sein, hier auf gleichberechtigter Basis — ich wiederhole: auf gleichberechtigter Basis — mitzudiskutieren.

Bezüglich der KSZE sind die Wünsche der Parlamentarischen Versammlung des Europarats nicht zum Tragen gekommen, deren parlamentarische Dimension zu bilden.

Ab dem 2. Oktober werden wir nicht nur diese parlamentarische Dimension darstellen, sondern wir sind

die OECD-Parlamentarierversammlung, die dann, wenn man so will, neu ins Leben gerufen wird.

Australien erhält hier im Plenum 8 Sitze, Kanada 12, Japan 18, Neuseeland 4, die USA 18 und das Europäische Parlament 12. Es kommen also 72 Sitze hinzu. Wir sind jetzt etwa 200 Parlamentarier. Wir werden zukünftig eine Art Parlamentarische OECD-Versammlung bilden. Ich meine, daß der Europarat damit ein neues Kapitel seiner parlamentarischen Arbeit beginnt.

In Ziffer XV Ihres Berichts, Herr Björck, wird auf die Interparlamentarische Union Bezug genommen. Dazu möchte ich kurz etwas sagen, weil ich seit einiger Zeit der offizielle Repräsentant der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bei der Interparlamentarischen Union bin.

Die letzte Konferenz der IPU fand in Santiago de Chile im Oktober des vergangenen Jahres statt. An dieser Konferenz haben mehr als 500 Abgeordnete aus insgesamt 96 Ländern teilgenommen, darunter etwa 20 Kolleginnen und Kollegen hier aus der Parlamentarischen Versammlung. Die IPU hat ihre Bedeutung deshalb, weil dort nicht nur Abgeordnete aus Ost und West vertreten sind, sondern auch solche aus dem Süden. Dort können wir das Gespräch miteinander über Europa hinaus pflegen.

Bei aller Notwendigkeit — das möchte ich an die Adresse der Leiterin der polnischen Delegation sagen —, parlamentarischer Brückenbauer hier in Europa zu sein, dürfen wir nicht vergessen, daß es auch eine Süddimension für Demokratie und Parlamentarismus gibt. Seit der Ost-West-Konflikt beendet ist, besteht geradezu die Chance, daß das, was wir im Europarat an Werten vertreten, zukünftig stärker Berücksichtigung findet bei der Außenpolitik, der Entwicklungspolitik, der Wirtschafts- und Handelspolitik gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern.

In dieser Hinsicht ist die Interparlamentarische Union ein wichtiges Gremium.

Wir haben zwei entscheidende Resolutionen verabschiedet: einmal zum Thema „Human Development, Economic Growth and Democracy“, zum anderen zum Thema „Genocide“. Gerade was den Genozid angeht, finde ich, ist zu überlegen, ob nicht diese Parlamentarische Versammlung bzw. die entsprechenden Ausschüsse die Idee aufgreifen, daß die Vereinten Nationen ein besonderes Frühwarnsystem schaffen, um einen Genozid abzuwenden, wenn ein solcher droht. Vielleicht wäre es sinnvoll, einen dementsprechenden Bericht auch hier vorzulegen, so daß wir unseren Regierungen eine, wie ich finde, dann selbstverständliche Aufforderung mit auf den Weg geben könnten.

Der demokratische Wind weht auch durch die IPU. Das läßt sich unter anderem daran festmachen, daß nicht ein Kandidat aus Pakistan zum Präsidenten des IPU-Rats gewählt wurde, der in seiner Zeit als Parlamentspräsident des öfteren finsternis andere Parlamentskollegen in Pakistan ausgetrickst hat. Er hat auf diese Weise mitgeholfen, auch undemokratische Gesetze durchzupeitschen.

Er ist nicht gewählt worden, obwohl die Vertreterinnen und Vertreter der Entwicklungsländer die Mehrheit haben, sondern statt dessen der britische Abgeordnete Michael Marshall. Außerdem wurde ein Mitglied unserer Parlamentarischen Versammlung, die Deutsche Leni Fischer, in das Exekutivkomitee gewählt.

Auf dieser Tagung in Santiago de Chile hat der Repräsentant des Europäischen Parlaments, der Spanier Medina, festgestellt, daß bei der EG-Repräsentanz in Santiago häufig nicht nur danach gefragt wird, was die Europäische Gemeinschaft, sondern auch danach, was der Europarat ist. Ähnlich soll es sich auch bei anderen EG-Repräsentanzen in der Welt verhalten.

Ich bitte Sie, das Europäische Parlament dahingehend zu informieren, daß wir ein Interesse daran haben, daß man für uns Reklame macht. Der Europarat hat eine gute Reputation, nicht nur hier, sondern auch darüber hinaus. Wir sollten diese Reputation auch im Süden des Globusses nutzen.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage des kulturellen Erbes in Mittel- und Osteuropa

(Drucksache 6538)

Berichterstatter: Abg. Dr. Günther Müller
und José Luis Lopez Henares (Spanien)

verbundene Debatte mit:

Die Erhaltung der Bibliotheken und wissenschaftlichen Archive in den Ländern Mittel- und Osteuropas

(Drucksache 6545)

Berichterstatter:

Abg. Zsuzsanna Szélenyi (Ungarn)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gab bei der Erstellung dieses Berichts eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Kollegen Lopez Henares und mir. Dabei möchte ich darauf verweisen, daß ich persönlich zu diesem Bericht deswegen gekommen bin, weil es schon in der Vergangenheit, noch zu der Zeit, als in Rumänien das alte Regime unter Ceausescu an der Macht war, einen Resolutionsentwurf zu den Problemen in Rumänien gab, weil dort das ländliche architektonische Erbe in einem ganz besonderen Maße gefährdet war. Wir wissen, die Politik des rumänischen Sozialismus war darauf ausgerichtet, sogenannte Agrostädte zu schaffen und die Dörfer zu vernichten. Entsprechendes passierte in der Hauptstadt Bukarest, wo alte Klöster und andere alte Gebäude vernichtet wurden und neuer sozialistischer „Prunk“ aufgebaut wurde.

Als dann die Entwicklung fortschritt und das Regime Ceausescu am Ende war und als die Entwicklung in den übrigen osteuropäischen Städten ihren

Lauf nahm, war klar, daß wir einen gemeinsamen Bericht zu erstellen haben, um die Probleme aufzuarbeiten, die in all diesen Ländern in irgendeiner Form auf uns zukommt.

Der Kollege Lopez Henares hat hier schon das Wesentliche unterstrichen. Lassen Sie mich nur noch ein paar Anmerkungen machen und einige Hinweise geben, wobei ich zugleich einen Dank an diejenigen, die im einzelnen mitgeholfen haben, aussprechen möchte. Da gab es viele Initiativen von Nichtregierungsorganisationen. Ich denke an Europa Nostra, die uns allen in den alten Mitgliedstaaten des Europarates ja bekannt ist. Erfreulicherweise kann ich mitteilen, daß es inzwischen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn die Organisation Europa Nostra ebenfalls bereits auf der nationalen Ebene gibt. Diese Organisation ist ein guter Verbündeter in allen Fragen des Denkmalschutzes.

Zu danken haben wir auch Herrn Fowler vom Förderkreis für alte Kirchen, der sehr engagiert war und uns als Experte zur Verfügung stand.

Betonen möchte ich auch, daß gerade aus den neuen Mitgliedsländern des Europarates Fachleute in diesem Bereich des Denkmalschutzes tätig werden können. Es sind vor allem die Polen, die über eine jahrzehntelange Erfahrung verfügen und hier sicher manches Positive beitragen können.

Ein Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist die Einrichtung des europäischen Museumspreises. Sie wissen, es gibt diesen Preis seit einigen Jahren. Der Kulturausschuß der Parlamentarischen Versammlung trifft jedes Jahr eine Entscheidung, wer ausgezeichnet werden soll. Da kommen jetzt natürlich neue Staaten hinzu. Gerade in diesem Bereich ist es besonders schwierig, eine gute Zusammenarbeit zu leisten, weil die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, gerade auch was die Bewerbung um den Museumspreis betrifft, aber auch was die Zustände der Museen betrifft, die wir in den neuen Ländern Mittel- und Osteuropas vorfinden, die sich einer völlig neuen Situation gegenübersehen.

Weil ich gerade die Museen erwähne: Neu in diesem Zusammenhang ist, daß hier in einem sehr starken Maße kriminelle Elemente tätig werden. Es gibt einen intensiven Schmuggel von wertvollem Kulturgut aus den mittel- und osteuropäischen Staaten nach Westeuropa. Es gibt Diebstähle aus Museen und aus Kirchen. Man versucht mit kriminellen Methoden, manches zu harten Devisen zu machen, was zum kulturellen Erbe dieser Staaten gehört.

Ich will hier nur erwähnen, daß die Polizei vor ein paar Monaten in meinem eigenen Land, in Bayern, drei Lastwagen mit Schmuggelgut konfiszierte, mit Schmuggelgut, das aus Kirchen und Museen in der Tschechoslowakei stammte. Es wurde dort gestohlen und sollte in den westeuropäischen Kunstmarkt eingeschleust werden.

Wir wissen, daß sogar Banden existieren, die mit Aufträgen in diesen Ländern arbeiten, um bestimmte Güter in die Länder zu schaffen, in denen es Käufer für so wertvolles Kulturgut gibt. Hier ist es not-

wendig, besser zusammenzuarbeiten und aufzuklären — auf der polizeilichen Ebene, auf der rechtlichen Ebene, auf der Informationsebene.

Wenn ich von Aufklärung und von Gesetzen spreche, möchte ich unterstreichen, daß der Europarat die Aufgabe hat, jenen Ländern dort dabei zu helfen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß der Denkmalschutz tatsächlich funktionieren kann. Dies ist von ganz, ganz großer Bedeutung.

Vor kurzem trafen sich ja die Kultusminister der Mitgliedstaaten des Europarates — es war im Januar in Malta, um auf diesem Gebiet praktische Arbeit zu leisten. Ich darf auf die dort gefaßten Beschlüsse verweisen und betone, daß dort wichtige und richtige Entscheidungen getroffen worden sind.

Was uns allen einige Sorge macht, ist, daß die revolutionäre Situation, die wir in den neuen Demokratien haben, auch aus Gründen des Materialismus — wenn ich es einmal so formulieren darf — zu Schwierigkeiten führen kann. Es gibt die Möglichkeit von Privatinvestitionen, es gibt in diesen Ländern wertvolle Bausubstanz, und es besteht die Gefahr, daß diese wertvolle Bausubstanz mißbraucht wird, umgerüstet wird, daß Stadtbilder, Ensembles verändert werden, damit schnell Geschäfte gemacht bzw. Investitionen vorgenommen werden können, wobei das eigene kulturelle Erbe in Wirklichkeit zerstört wird.

Das gleiche gilt in sehr starkem Maße für den ländlichen Raum. In der Vergangenheit hatte der ländliche Raum in all diesen Ländern unter den sozialistisch-kommunistischen Regimes keine Rolle gespielt. Es klingt etwas komisch, aber wenn es Restaurierungsarbeiten gab, hat man vielleicht ein paar bedeutende Kirchen oder bedeutende Adelschlösser restauriert, aber die eigentliche bäuerliche Kultur, die Kultur der einfachen Leute, wurde nicht beachtet. Die Dörfer sind zerfallen. Sie wurden nicht beachtet, sie paßten nicht in das Bild, das man sich in diesen Ländern von der Moderne und von der Zukunft machte.

Ganz schlimm war und ist das noch in Rumänien. Gerade aus Rumänien sind ja Minderheiten ausgewandert, etwa Deutsche aus Siebenbürgen, und deren Dörfer stehen nun leer. Sie werden von niemandem betreut, sie verkommen, obwohl sie eine ungeheuer wertvolle architektonische Substanz darstellen und zum kulturellen Erbe Gesamteuropas gehören.

Wichtig ist — ich möchte mit dem gleichen schließen, was der Kollege Lopez Henares gesagt hat —: Wir müssen in Europa das Bewußtsein für diese Probleme schärfen. In der Vergangenheit haben wir in den alten Mitgliedsländern des Europarates einen großen Erfolg mit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 gehabt. Von diesem Jahr 1975 sind die entscheidenden Initiativen für den Denkmalschutz in Europa ausgegangen. Mit 1975 hatte man begonnen, in den verschiedenen Ländern Gesetze für den Denkmalschutz zu erlassen, soweit solche noch nicht vorhanden waren. Ich glaube, das Jahr 1993 — oder vielleicht, wenn das technisch nicht möglich ist, das dann folgende Jahr — wäre eine gu-

te Gelegenheit, einen erneuten Anlauf für den Denkmalschutz in Europa zu unternehmen, diesen Gedanken zu unterstreichen, wie es in den alten Mitgliedsländern schon getan wurde, ihn neu zu beflügeln, zugleich aber die Aufmerksamkeit auf die Probleme zu lenken, die in den Ländern Mittel- und Osteuropas gegeben sind.

Zur Lösung dieser Probleme wird es nötig sein, privates Kapital zu mobilisieren, und es wird nötig sein, entsprechende Steuergesetze zu schaffen, Gesetze auch für Stiftungen, die solches Kapital nicht nur national einzusetzen erlauben, sondern auch international, also in anderen Ländern. Für Aktivitäten auf diesem Sektor muß es steuerliche Vergünstigungen geben.

Mit diesem Appell zu einem europäischen Denkmalschutzjahr möchte ich schließen. Ich hoffe, daß wir alle uns bewußt sind, daß die Gemeinsamkeit Europas in diesem kulturellen Erbe erhalten werden muß. Ganz gleich, ob in den alten Mitgliedsländern, in den neuen Ländern, in denen, die nur Gaststatus haben: Es ist wichtig, dieses Bewußtsein zu vertiefen.

Leni Fischer (CDU/CSU): — In der verbundenen Debatte zu den beiden Berichten, die der Kulturausschuß hier dankenswerterweise vorgelegt hat, erlauben Sie mir einige zusätzliche Anmerkungen.

Zunächst unserer ungarischen Kollegin ein herzliches Dankeschön für den gründlichen Bericht über die Büchereien und wissenschaftlichen Archive.

Die Ungarn geben trotz der Wirtschaftskrise mehr als 2 % ihres Jahreseinkommens für Bücher aus und liegen damit im Weltvergleich mit an der Spitze. Literaten, Schriftsteller haben eine lange Geschichte im Freiheitskampf der Ungarn, — ob 1848 oder 1956 oder später.

Anspruchsvolle Literatur ist sehr kostenträchtig und nicht sehr gewinnträchtig, weil die Herstellungskosten in den ost- und südosteuropäischen Ländern auf westlichen Preisen beruhen, die Kaufkraft der Menschen aber östlichem — das heißt niedrigem — Lohnniveau entspricht.

Um so wichtiger ist es, die Erhaltung der Büchereien und Archive zu unterstützen. Sie brauchen nicht nur in Ungarn, sondern in all den europäischen und südosteuropäischen Ländern unsere besondere Unterstützung, damit sie auf hohem Stand und bezüglich ihres Neuangebots auch weiterhin für Bevölkerung und Wissenschaft attraktiv gehalten werden können.

Ich meine, wir sollten den Bereich auch etwas ausweiten, und zwar über den im heutigen Bericht verwendeten Begriff hinaus. Parallel dazu sollten wir auch die Buchverlage in den ost- und südosteuropäischen Ländern unterstützen. Wir müssen auch — ich will es einmal so ausdrücken — in die geistige Infrastruktur Europas investieren, auch wenn sich dort Investitionen nicht so schnell rentieren, wie es vielleicht bei Hotelbauten der Fall ist, so wichtig diese auch sind.

Auch diese geistigen Investitionen stützen nach meiner festen Überzeugung den Demokratisierungsprozeß. Sie tragen zu weiterer politischer und wirtschaftlicher Stabilität in den neuen Demokratien bei.

Der Bericht der Kollegen Lopez Henares und Günther Müller kommt trotz vielleicht anderer Ausgangspositionen zu ähnlichen Schlüssen wie der erste Bericht von Frau Szelényi. Es gilt, neue Strukturen und neue Politiken zur Bewahrung des Kulturgutes zu schaffen. Dies muß integraler Bestandteil der allgemeinen Politik werden und darf nicht nur der Einzelbetrachtung unterliegen.

Um dies erreichen zu können, bedarf es vieler, vieler Kontakte auf den verschiedenen Ebenen. Ich möchte nur an das erinnern, was Kollege Günther Müller über den Kollegen Fowler gesagt hat, den Unterstützer und Förderer aus dem Förderkreis alte Kirchen, der in den vergangenen Jahren ja in hervorragender Privatinitiative aktiv bei der Erstellung einer Übersicht über leerstehende Kirchen und kirchliche Gebäude in Osteuropa mitgeholfen hat.

Der Europarat und die Parlamentarier sowie die einzelnen Ausschüsse hier bleiben aufgefordert, der wichtigen Aufgabe auch in Zukunft große Aufmerksamkeit zu widmen. Das bedeutet, daß wir in unseren nationalen Parlamenten immer wieder darauf drängen müssen, daß die geeignete Gesetzgebung, die dies sicherstellen kann, auf den Weg gebracht wird. Zu der geeigneten Gesetzgebung gehören auch die Möglichkeiten zur Planung sowie die Möglichkeit, wirklich Prioritätenlisten aufzustellen, und vor allem gehört dazu, die Aufgabe dezentralisiert anzugehen.

Ich meine schon, daß wir mit der großen Tradition Westeuropas aufgerufen sind, hierbei ganz intensiv zu helfen. Ich hoffe, dabei darf ich mich auf Ihrer aller Unterstützung berufen.

Herzlichen Dank.

Margitta Terborg (SPD): — Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es drängt mich, den Kollegen Henares und Müller mein Kompliment für ihren sorgfältig ausgearbeiteten und ein breites Spektrum ansprechenden Bericht auszudrücken, der uns so ein umfassendes Bild davon liefert, vor welcher großen Aufgabe Europa steht, wenn es darum geht, das kulturelle Erbe über die Zeiten zu retten.

Der Vorzug dieses Berichts liegt darin, daß er nichts schönfärbt, nicht von der Position besserwissender Westeuropäer bestimmt ist, eigene Schwächen nicht leugnet und sich nicht nur mit dem Erbe der europäischen Hochkultur beschäftigt.

Wenn ich richtig gelesen habe, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Bericht allerdings auch von einer gewissen Skepsis diktiert, einer Skepsis, die sich aus der Erfahrung nährt, wie man im Osten und im Westen mit dem kulturellen Erbe bisher umgegangen ist. Dieser Bericht enthält außerdem die Hoffnung, man möge in der jetzigen Übergangsphase in Mittel- und Osteuropa nicht die Fehler wieder-

holen, die in den Aufbau-, den Sturm- und Drangzeiten des Westens zu beklagen waren.

Ich pflichte den Berichterstattern bei, wenn sie durchblicken lassen, daß dies angesichts der Größe der Aufgabe, vor der diese Länder stehen, eine eher vage Hoffnung ist. Dennoch sollten wir uns an sie klammern.

Schon der Katalog der Empfehlungen zeigt uns, daß unsere Einflußmöglichkeiten eher begrenzt sind. Wir können auf die Probleme aufmerksam machen, die Regierungen und Parlamente sensibilisieren, sie bitten, gesetzliche Grundlagen zur Erhaltung des kulturellen Erbes zu erlassen und private Initiativen zu fördern. Wir können das kulturelle Erbe analysieren, registrieren und die fachlichen Voraussetzungen für Erhaltung und Rekonstruktion schaffen helfen.

Aber niemand in unserem Gremium wird sich zutrauen, die Bereitstellung jener Mittel zu garantieren, die eigentlich notwendig wären.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sind unsere Möglichkeiten auch begrenzt, so ist der Gedanke einer gesamteuropäischen Kampagne zum Schutz des Kulturgutes in Europa richtig und unterstützenswert.

Ohne verändertes öffentliches Bewußtsein gehen große Teile unseres Kulturerbes unwiderbringlich verloren.

Eindringlich formuliert ist mit Recht die Empfehlung an das Ministerkomitee, beherzter gegen den illegalen Ausverkauf des mittel- und osteuropäischen Kulturgutes vorzugehen und diesen Aderlaß an nationalen Ressourcen zu stoppen.

Nachvollziehbar ist die Empörung über die Zerstörung kroatischen Kulturguts im Jugoslawienkonflikt. Ich merke allerdings an, daß auch serbische Kulturgüter vom Konflikt nicht verschont blieben.

Mitunter erledigt die Zeit politische Probleme. In unserem Falle ist die Zeit kein Bundesgenosse, denn jedes Jahr bedeutet auch ein Stück Verlust an kulturellem Erbe. Am liebsten möchte man sie anhalten, aber das geht nicht. Deshalb der dramatische Appell, den ich gut nachvollziehen kann.

Alles in allem, meine Kolleginnen und Kollegen, ist dies ein Bericht, dessen Konsequenzen in Empfehlungen gipfeln, die für alle Parlamente in Europa über Jahre hinaus auf der Tagesordnung stehen müßten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich möchte an dem Punkt anfangen, an dem der Kollege Lopez Henares aufgehört hat, nämlich bei der Frage der Konvention. Im Zusammenhang mit dem Begriff der Konvention möchte ich aufzeigen, daß es natürlich nur ein relativer Schutz ist, wenn man eine Konvention unterzeichnet. Es gibt eine Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten; sie wurde 1954 in Den Haag beschlossen. Es gibt die Europäische Kulturkonvention — Paris 1954 —, und es gibt das Über-

einkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt, Paris 1972. Alle drei bedeutenden Konventionen sind in den Jahren 1956, 1957 und 1975 von der jugoslawischen Regierung unterschrieben worden. Wir könnten also sagen: Alles ist in bester Ordnung; die drei wichtigsten Konventionen sind ja unterschrieben. Wir wissen aber, wie es in diesem Staat im vergangenen Jahr in der Praxis ausgesehen hat. Die besten Konventionen nützen also nichts, wenn nicht der Wille zur Tat da ist, wenn nicht der Wille vorhanden ist, solche Konventionen einzuhalten.

Deswegen ist es, glaube ich, sehr entscheidend, daß das Bewußtsein der Menschen von der Bedeutung dieser Probleme wächst, nicht nur auf der Seite der Regierungen, der Parlamentarier, der Experten, sondern auch und vor allem auf seiten der Bürger. Die Rolle von Organisationen, die keine Regierungsorganisationen sind — ich habe Europa Nostra ja schon erwähnt —, ist in diesem Zusammenhang äußerst wichtig und wird auch für die neuen Länder wichtig sein.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zu dem Beitrag des rumänischen Kollegen. Er hat das Wichtigste betont. Wir waren im vergangenen Juli mit dem Unterausschuß in Rumänien und haben dort schon über diese Probleme diskutiert, nämlich darüber, daß die für den Denkmalschutz nötige Gesetzgebung noch fehlt. Zwar sind Listen vorhanden, aber es fehlt die Umsetzung im Gesetz. Wir hören jetzt, daß man dort noch nicht weitergekommen ist. Wir alle hatten gehofft, daß man schon längst weiter ist; denn wir hatten damals, im Juli vergangenen Jahres, seitens des Ausschusses unterstrichen, wie bedeutsam eine entsprechende Gesetzgebung ist.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zum letzten Debattenredner machen, zu dem Kollegen Wielowieyski aus Polen. Ich glaube, er hat einen bedeutenden Beitrag geleistet, auch wenn ich diesen nicht in allen Punkten teilen kann. Recht hat er mit dem, was er in bezug auf die letzten Jahrzehnte über das diktatorische Regime in der Sowjetunion sagte, das das Ziel hatte, wirklich eine neue Gesellschaft zu schaffen und die Kirchen in Ställe oder in Museen für Atheismus u. ä. zu verwandeln. Aber er hat sicher nicht recht — und da möchte ich ihm widersprechen —, wenn er der Meinung ist, daß dies ein jahrhundertelanger Prozeß war, der über Europa, speziell über Osteuropa, hinweggegangen ist. Er hat die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn erwähnt.

Nun könnte man das auf Westeuropa ausdehnen. In Europa überlappten sich in den vergangenen Jahrhunderten immer die verschiedensten Strömungen, Auseinandersetzungen und kulturellen Bewegungen. Mir scheint, es zeichnet gerade Europa aus, daß es multikulturelle Entwicklungen gegeben hat, die gegenseitig befruchtend waren und dazu beigetragen haben, dieses gemeinsame Bild von Europa zu schaffen.

Wer heute durch Warschau oder durch Krakau geht oder auf der Prager Burg steht oder in Budapest entlang der Donau geht, wer dann nach Paris oder nach Innsbruck oder nach München oder nach Florenz kommt, der wird merken, daß es bei allen Besonder-

heiten, die es dort jeweils gibt, etwas gemeinsames Europäisches gibt: Wenn z.B. in Krakau ein Altar von einem Bildschnitzer aus Nürnberg gestaltet wurde und wenn es umgekehrt Baumeister gegeben hat, die, aus Polen kommend, in anderen Ländern Mitteleuropas gearbeitet haben. Wir sollten dieses gemeinsame Kulturgut achten und sollten uns nicht so sehr auf rein nationalistische Elemente kaprizieren.

Es besteht allerdings eine Gefahr — ich habe sie vorhin schon erwähnt, möchte das aber noch einmal unterstreichen —, nämlich die, daß das Kulturgut nicht nur von solchen zerstört wird, die ideologisch etwas anderes wollen, und auch nicht nur von solchen, die es einfach mißachten, weil sie sagen: Das ist nicht modern genug, und dort, wo einmal ein altes Hospital war, muß jetzt ein modernes Kaufhaus hin. Nein, gelegentlich ist es auch der Geist des reinen Kommerzes, der die Kultur bedroht. Wir erleben das heute in den Medien, wir erleben es in der Medienkultur des Fernsehens, wo Sendungen wie „Dallas“ — oder wie immer sie heißen — einen komischen Einheitsbrei schaffen, der mit meinem Verständnis von Kultur wenig zu tun hat.

Ich erinnere mich an einen Essay des Nobelpreisträgers Octavio Paz. Er hat viele gute Essays geschrieben, aber einer ist mir besonders eindrucksvoll geblieben. Dieser Essay trägt den Titel „Erotik und Gastrosophie“ und beschäftigt sich mit der Rolle der Frau und mit der Rolle der Küche in Mexiko und Nordamerika: „fast food“ auf der einen Seite, Tortillas auf der anderen Seite — äußerst intelligent geschrieben, äußerst humorvoll geschrieben, aber die Gefahren aufzeigend, die wir heute auch in Europa haben, etwa die Gefahr, in eine Einheitsgesellschaft hineinzuschlittern, die das gemeinsame kulturelle Erbe nicht mehr erkennt, nicht mehr bewahrt, die sich vielleicht gelegentlich in Nischen nationalistischer Art zurückzieht und vergißt, daß es ja das Gemeinsame ist, das Europa auf dem kulturellen Sektor so stark gemacht hat. In diesem Sinne sollten wir — ich sage es noch einmal — ein europäisches Denkmalschutzjahr anstreben.

Empfehlung 1172 (1992)

betr. **die Lage des kulturellen Erbes in Mittel- und Osteuropa**

1. Die Versammlung begrüßt die Möglichkeit, zum ersten Mal seit ihrem Bestehen die Problematik des Kulturguts in Europa in ihrer Gesamtheit zu behandeln. Diese neugewonnene Perspektive bedeutet für alle angesprochenen Länder neue Chancen und Gelegenheiten und bietet ihnen die Möglichkeit, im Erfahrungsaustausch ihren eigenen Horizont zu erweitern und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu Verbesserungen ihrer eigenen Praxis zu gelangen.
2. Allerdings ist die Versammlung angesichts der Lage des Kulturguts in Mittel- und Osteuropa tief beunruhigt. Es ist ihr dabei durchaus bewußt, daß die Situation im Vergleich zwischen Ländern wie Ungarn und Polen mit ihrem hohen

Entwicklungsstand in Fragen der Bewahrung des Kulturguts einerseits und den praktisch vollkommen undokumentierten Teilen der östlichen Republiken der UdSSR andererseits ein äußerst heterogenes Bild abgibt.

Der illegale Kunsthandel

3. Die Versammlung bedauert, daß in Mittel- und Osteuropa auf oftmals illegale Art und Weise ein massiver Verkauf von beweglichen Kunstgegenständen gegen harte Währung betrieben wird; dies geschieht insbesondere durch Einzelpersonen, die den Markt überschwemmen und auf diese Art und Weise gegen einen geringen, sofortigen Ertrag sich selbst und ihr Land eines unschätzbaren Reichtums berauben.
4. Im Sinne der Empfehlung 1072 (1988) und in Erwartung einer genaueren Untersuchung dieser Problematik empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, sämtliche betroffenen Staaten in Europa, einschließlich der Bestimmungsländer, dringend aufzufordern, sofortige Dringlichkeitsmaßnahmen einzuleiten, um denen Einhalt zu gebieten, die an diesem regelrechten Aderlaß an nationalen Ressourcen beteiligt sind.

Jugoslawien

5. Mit nicht geringerer Dringlichkeit bedauert die Versammlung nachdrücklich die absichtliche und systematische Zerstörung des Kulturguts in Kroatien durch die jugoslawische Bundesarmee; dieses Vorgehen steht in direktem Widerspruch zu der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (Den Haag 1954), zu der Europäischen Kulturkonvention (Paris 1954) sowie zu dem Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (Paris 1972), denen die jugoslawische Regierung in den Jahren 1956, 1957 bzw. 1975 beigetreten ist.
6. Die Versammlung empfiehlt, das Ministerkomitee möge ein Gremium von geeigneten Sachverständigen in Fragen der Erhaltung von Kulturgut zusammenstellen, das in Abstimmung mit dem Ministerrat der Westeuropäischen Union und anderen interessierten Stellen in der Lage sein könnte, direkt zum Schutz und zur Wiederherstellung des beschädigten Kulturgutes in Kroatien einzugreifen, sobald die Umstände dies zulassen.

Architektonisches Erbe

7. In einem allgemeineren Zusammenhang hält die Versammlung fest, daß das architektonische Erbe selbst in Mittel- und Osteuropa zwar gegenwärtig noch außerordentlich reich ist und von den großen Monumenten und Denkmälern bis zur traditionellen Alltagsarchitektur in den Dörfern reicht, daß es jedoch direkt durch Verfall, Abriß bzw. Desinteresse bedroht ist, da es an ei-

- ner entsprechenden Gesetzgebung und deren Umsetzung fehlt und da die für die Bewahrung und Wiederherstellung bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.
8. In zahlreichen Ländern wurde innerhalb der öffentlichen Verwaltung ein umfangreiches Fachwissen in Fragen von Erhaltung und Bewahrung zusammengehalten. Es besteht die konkrete Gefahr, daß dieses Fachwissen durch ein Umsteigen auf die billigeren, durch die Privatwirtschaft angebotenen Techniken und Verfahren verlorengehen könnte.
 9. Die Versammlung räumt die Schwierigkeiten uneingeschränkt ein, denen sich die betroffenen Verwaltungen gegenüber sehen. Nach dem Zusammenbruch der totalitären Regierungen gilt es, zum Schutze des Kulturguts neue Strukturen und neue Politiken zu entwerfen und insbesondere sowohl auf Regierungsebene (zwischen Zentralgewalt und Gebietskörperschaften) als auch unter Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit sowie mit dem allmählich entstehenden Privatsektor neue Partnerschaften zu begründen. Angesichts einer unzureichenden Ausstattung mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen könnte es sich als schwierig erweisen, für bewahrende Maßnahmen die erforderliche Priorität durchzusetzen.
 10. Eine Aufgabe von unmittelbarer Dringlichkeit besteht allerdings darin, Mittel und Wege zu finden, um die Erhaltung von Kulturgut zu einem integrierenden Bestandteil der allgemeinen Politik in den Punkten Planung und Gesellschaftsreform zu machen und Listen mit praktischen Prioritäten für einzelne Erhaltungsmaßnahmen aufzustellen. Die Entwicklung einer entsprechenden Gesetzgebung zur Erhaltung von Kulturgut hat höchste Priorität; derartige Gesetze sind schnell zu verabschieden.
 11. Mit besonderem Nachdruck ist sicherzustellen, daß es bezüglich der Eigentumsverhältnisse bzw. der im Falle von Kulturgut durch das Eigentum begründeten Verantwortung nicht während einer zu langen Zeitspanne noch Lücken oder Schlupflöcher im Gesetz gibt.
 12. Die allerhöchste Bedeutung hat der Grundsatz der Einbeziehung von Erhaltung und Bewahrung auf sämtlichen Planungsstufen sowie in die Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik; hierbei geht es auch darum, die Erkenntnis einer gemeinsamen, von allen zu tragenden Verantwortung durchzusetzen, in die auch die öffentliche Verwaltung auf lokaler und auf nationaler Ebene ebenso einzubeziehen ist, wie einzelne Angehörige der breiten Öffentlichkeit.
 13. Es wurden durch internationale Gremien und unter anderem auch durch den Europarat Grundsätze bezüglich der Erhaltung von Kulturgut aufgestellt. Zuletzt wurden diese Grundsätze noch in dem Abschlußdokument des Symposiums von Krakau zu Fragen des Kulturguts erneut bekräftigt.
 14. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - i. dem Austausch der im Europarat und seinen Mitgliedsstaaten in Westeuropa gewonnenen Erfahrungen mit den für Kulturgut in Mittel- und Osteuropa verantwortlichen Stellen und Personen eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Eine Wiederholung der im Westen begangenen Fehler sollte ebenso vermieden werden wie der Verlust des im Osten noch vorhandenen Fachwissens, der Traditionen und des Kulturguts.
 - ii. eine systematische Analyse der Situation des Kulturguts in diesen Ländern durchzuführen und in Konsultation mit ihnen die Gebiete herauszuarbeiten, auf denen die dringlichsten Handlungsprioritäten bestehen.
 - iii. die Regierungen in Mittel- und Osteuropa zu alarmieren und sie auf die Gefahr von irreparablen Schäden an ihrem Kulturgut hinzuweisen, die durch unkontrollierte Planung, Entwicklung und Fremdenverkehr entstehen könnten, wenn nicht auch die Anliegen der Bewahrung und Erhaltung des Kulturguts berücksichtigt werden.
 - iv. diese Regierungen, die zum größten Teil gegenwärtig in einem Prozeß der Gesetzesreform begriffen sind, zu drängen, dahingehend zu wirken, daß gleichzeitig eine angemessen integrierte Gesetzgebung im Hinblick auf Erhaltung und Bewahrung vorbereitet und in Kraft gesetzt wird.
 - v. diese Regierungen dringlich aufzufordern, private Initiativen im Bereich der Erhaltung von Kulturgut, insbesondere durch die Schaffung von Fachunternehmen für Restaurierungsarbeiten, zu fördern und regierungsunabhängige Gesellschaften für Erhaltung und Bewahrung von Kulturgut offiziell anzuerkennen.
 - vi. die Freizügigkeit der Information und sämtliche Formen der Zusammenarbeit zu fördern; dies gilt sowohl für den Europarat im Hinblick auf die Definition von Politiken, die Gesetzgebung oder technische Hilfe als auch für die Europäische Gemeinschaft im Hinblick auf die direkte Unterstützung von Bewahrungsprojekten bzw. bilaterale Kontrakte mit Mitgliedsregierungen, Partnerstädten bzw. nichtstaatlichen Gremien.

Gesamteuropäische Kampagne

15. Um dem Schutz des Kulturguts in Europa insgesamt neue und breiter angelegte Impulse zu verleihen und als Geste der Solidarität mit Mittel- und Osteuropa empfiehlt die Versammlung darüber hinaus dem Ministerkomitee, soweit möglich im Jahr 1993 und in Anlehnung an die Kampagne des Jahres 1975 eine gesamteuropäische Kampagne für den Schutz des Kulturguts zu starten. Diese Kampagne sollte das gesamte Kultur-

gut vom Kunstgegenstand bis zu Gebäuden und Denkmälern umfassen. Die Versammlung, die ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen sowie die nichtstaatlichen Organisationen (insbesondere Europa Nostra) sollten in die Vorbereitung und Durchführung der Kampagne eingebunden sein.

Richtlinie 471 (1992)

betr. Fact-Finding-Missionen zur Frage des Kulturguts in Mittel- und Osteuropa

1. Die Versammlung begrüßt die erste allgemeine Übersicht, die zur Problematik des Kulturguts in Mittel- und Osteuropa durch ihren Ausschuß für Kultur und Erziehung erstellt wurde. Sie ist sich jedoch gleichzeitig der Tatsache bewußt, daß die Lage sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich darstellt.
2. In der Überzeugung, daß die allgemeinen Maßnahmen in der Empfehlung 1172 durch ein gezieltes Eingehen auf einzelne Länder ein klareres Profil erhalten könnten, fordert die Versammlung den genannten Ausschuß und insbesondere den Unterausschuß für architektonisches und künstlerisches Erbe sowie den Generalberichterstatter auf, mit der Durchführung der einzelnen Fact-Finding-Missionen fortzufahren.

Empfehlung 1173 (1992)

betr. die Erhaltung der Bibliotheken und wissenschaftlichen Archive in den Ländern Mittel- und Osteuropas

1. Die Demokratisierung in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Die politische Öffnung bietet weitreichende Perspektiven für die freie Meinungsäußerung, den Meinungsaustausch und eine Beschleunigung der wissenschaftlichen Arbeit. Dennoch kämpfen Forschung und wissenschaftlicher Fortschritt ebenso wie die im öffentlichen Besitz befindlichen wissenschaftlichen Sammlungen, die ihnen als Grundlage dienen, ums Überleben.
2. Der gegenwärtige Mangel an Finanzmitteln in Mittel- und Osteuropa bedeutet nicht nur, daß zur Zeit weniger Neuanschaffungen getätigt werden, sondern auch, daß dadurch bestimmte Werke fehlen, die später nicht mehr beschafft werden können. Langfristig würde diese Situation die Qualität der wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit gefährden und somit die Erziehung zukünftiger Generationen und ihre Informationsquellen beeinträchtigen.
3. Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung sind für jede Gesellschaft eine langfristige unverzichtbare Investition und können nicht ohne ein weites Netz von Bibliotheken, Archiven, Museen und anderen Zentren, die Informationen sammeln und weitergeben, erfolgen.

4. Die mittel- und osteuropäischen Länder haben staatliche Sammlungen geerbt, die sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht große Unterschiede aufweisen. Heutzutage wird dies noch verschärft durch unterschiedliche wirtschaftliche Verhältnisse in den einzelnen Staaten.
5. Schon zu Beginn des Wandels konnte eine positive Entwicklung festgestellt werden: Das Personal in den Bibliotheken bemüht sich, die Sammlungen zu erhalten und neu zu ordnen.
6. Das wichtigste und schwerwiegendste Problem besteht darin, daß die von den verantwortlichen neuen Regierungssystemen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession ergriffenen Maßnahmen zu einer Kürzung der von der Zentralgewalt bewilligten Mittel für Bibliotheken und öffentliche Archive geführt haben.
7. Durch die Neuordnung und Dezentralisierung des Netzes der Bibliotheken und Archive wurden diese den neu errichteten Kommunalbehörden unterstellt, die gegenwärtig nicht einmal über die für ihre eigene Arbeit erforderlichen Mittel verfügen.
8. In Ermangelung entsprechender Mittel können Bibliotheken und Archive ihre Bestände kaum noch erweitern und sie nur unter großen Schwierigkeiten erhalten. In den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern fehlen sogar die grundlegendsten technischen Einrichtungen.
9. Allein diejenigen Bibliotheken und Archive, die zahlreiche internationale Verbindungen besitzen, haben die Möglichkeit, ihren Standard aufrechtzuerhalten, und einige unter ihnen waren bereits gezwungen, zu schließen.
10. Die Einbindung von Bibliotheken, Archiven und Sammlungen, die Einrichtungen des ehemaligen Regimes der kommunistischen Partei gehören, in die gegenwärtigen Strukturen erfolgt nicht ohne berufliche und politische Schwierigkeiten.
11. Die Situation ist besonders schwierig in ostdeutschen Gebieten, wo erhebliche Einschnitte in bezug auf Personal und materielle Bestände gemacht werden, aber sie verschlechtert sich auch rasch in den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern.
12. Privatisierung und Reprivatisierung wirken sich auch auf die Gebäude einiger Bibliotheken und wissenschaftlichen Archive aus, so daß zahlreiche Einrichtungen Gefahr laufen, verdrängt zu werden. Aufgrund der geltenden Entschädigungsgesetze und der Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel müssen die Archivbeamten eine enorme Mehrarbeit leisten.
13. Die Widersprüche, die sich aus dem veränderten System ergeben, sind nicht politischer Art. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise und der Reorganisation des Netzes ist das Schicksal der Bibliotheken und wissenschaftlichen Archive ungewiß. Das Netz von Bibliotheken und wissenschaftlichen Archiven, das den Hintergrund

für pädagogische und wissenschaftliche Aktivitäten bildet, läuft Gefahr, in wirtschaftliche Randzonen abgedrängt zu werden, was irreparable Auswirkungen haben und die Qualität der wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit beeinträchtigen kann.

14. Die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Archive bedeutet auch einen schweren Verlust für das kulturelle Erbe Europas, da die Einrichtung von Archiven über diesen einmaligen politischen Wandlungsprozeß später nicht mehr möglich sein wird.
15. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - i. die mittel- und osteuropäischen Länder, die sich im Demokratisierungsprozeß befinden, aufzufordern,
 - a) bei jeder Investition, die sich auf die Zukunft hochqualifizierter Erziehungs- und Forschungsarbeit sowie auf das Netz von Bibliotheken und Archiven auswirkt, die im Dienste der betreffenden Institute steht, verantwortungsbewußt vorzugehen,
 - b) sobald wie möglich gesetzliche Regelungen über Museen und Archive zu treffen, um die Forschungsarbeit zu erleichtern und gleichzeitig die persönlichen Rechte der Opfer zu schützen;
 - ii) seine Ausschüsse und die Berufsverbände der Mitgliedstaaten aufzufordern, Expertenkonferenzen, Seminare und Austauschprogramme durchzuführen, um zur beruflichen Fortbildung ihrer mittel- und osteuropäischen Kollegen und der Anwendung modernster Technologien beizutragen;
 - iii) die Mitgliedstaaten des Europarates dringend aufzufordern,
 - a) die Entwicklung der erforderlichen Infrastruktur für Bibliotheken und Archive zu ermöglichen,
 - b) ihre nationalen Wissenschafts- und Hochschulinstitute für die Aufnahme von Kontakten zu ihren Partnern in Osteuropa zu sensibilisieren und Austauschprogramme zu fördern,
 - c) auf Herausgeber und Stiftungen, die den Institutionen in Mittel- und Osteuropa Hilfe schicken, Druck auszuüben, damit sie diese Institutionen über ihre Bedürfnisse befragen und ihre Unterstützung entsprechend koordinieren.
16. Die Versammlung fordert den Internationalen Verband der Bibliotheken und Archive (IFLA), die Liga der Europäischen wissenschaftlichen Bibliotheken (LIBER), den Rat der Nationalen Archive (CNA), die Internationale Vereinigung der gewerkschaftsgeschichtlichen Institutionen (IALHI) sowie entsprechende andere Institutionen auf, ihre Beziehungen zu anderen Organisa-

tionen, die noch keine Mitglieder sind, aktiv zu fördern.

17. Sie fordert die europäische Rektorenkonferenz (CRE) sowie andere europäische Hochschulinstitutionen dringend auf, die Erhaltung der Bibliotheken und Archive in ihre Kooperationsprogramme mit Mittel- und Osteuropa aufzunehmen.
18. Die Versammlung betont,
 - i. daß die Schätze, die sich im Besitz der Bibliotheken und Archive in Mittel- und Osteuropa befinden, integraler Bestandteil des europäischen kulturellen Erbes sind, für das alle Mitgliedstaaten Verantwortung tragen;
 - ii. daß der europäische Integrationsprozeß nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Partner von Beginn an versuchen, gemeinsam vorzugehen und zusammenzuarbeiten;
 - iii. daß der Zugang der Bürger und insbesondere der Journalisten und Forscher zu Bibliotheken und Archiven eine Grundvoraussetzung für den freien Informationsfluß verkörpert und für die Aufzeichnung der jüngsten Geschichte Europas unverzichtbar ist.

Dienstag, 4. Februar 1992

Tagesordnungspunkt:

Die gesamteuropäische Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich

(Drucksache 6547)

Berichterstatter: Abg. Bernhard Seiler (Schweiz) und Imre Sipos (Ungarn)

Klaus Bühler (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, daß die ehemaligen sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa im Augenblick eine außerordentlich schwierige Phase durchmachen. Alte Strukturen brechen zusammen. Wir stehen vor den Trümmern der sozialistischen Planwirtschaft.

Es ist richtig, was meine Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht haben: Ohne die Hilfe des Westens sind ein Neubeginn und ein Wiederaufbau nicht möglich. Wirtschaftliche Erfolge dort sind auch deswegen notwendig, weil die neuen demokratischen Regierungen stabilisiert werden müssen. Denn die alten Kräfte in vielen dieser Staaten versuchen alles, um die neuen demokratischen Regierungen zu diskreditieren. Schon deswegen ist es notwendig, diesen demokratischen Neuanfang mit Hilfen zu begleiten.

Die Teilung der Welt in zwei große, sich feindlich gegenüberstehende Blöcke ist Gott sei Dank vorbei. Aber wir laufen Gefahr, daß wir eine neue Teilung der Welt bekommen, die genauso gefährlich sein kann. Ich denke dabei an eine Teilung der Welt in

arme und reiche Länder. Es besteht die Gefahr, daß sich die Schere zwischen diesen Bereichen immer weiter öffnet. Auch das ist ein Grund für unsere Hilfe.

Bevor ich zu den Hilfen im einzelnen komme, mache ich noch eine Vorbemerkung. Wenn man ehemals sozialistische Staaten besucht, stellt man fest, daß das alte System nicht nur die Länder, die Ressourcen und die Umwelt zerstört hat und die technischen Einrichtungen veralten ließ, sondern — und das ist meines Erachtens noch viel gravierender — auch den Menschen zerstört hat. Es hat die Werte zerstört, die für das Funktionieren einer demokratischen Gemeinschaft am wertvollsten sind, nämlich Verantwortungsbereitschaft, Mut, Engagement. All das wurde systematisch kaputtgemacht.

Deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir auch hier mit unserer Hilfe ansetzen. Neben den direkten Soforthilfen in Form von Nahrungsmitteln und Medikamenten geht es darum, Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, Know-how zu vermitteln, technische Hilfen zu leisten und technische Einrichtungen aufzubauen.

Bei den Landwirtschaften erleben wir in diesen Ländern verschiedene Strukturen. Meine Vorredner haben darauf hingewiesen. Deswegen kann ich das hier kurz abhandeln.

In Ungarn gibt es das Problem des noch vorhandenen Überschusses bei gleichzeitigem Verlust der bisherigen Märkte. Deswegen ist es notwendig, daß die Dreiecksgeschäfte noch eine gewisse Zeit weitergeführt werden.

Ich glaube, gerade bei den ehemaligen sozialistischen Ländern liegt ein Problem darin, ihnen den Wertbegriff „Genossenschaft“ nahezubringen. Wenn man in einem ehemals kommunistischen Staat die Wörter „Genosse“ und „Genossenschaft“ benutzt, dann kommen dort leider Gottes Assoziationen auf, die den Leuten den inneren Zugang zu diesen Begriffen außerordentlich schwermachen. Aber ebenso sind dort auch die Begriffe „modernes Unternehmertum“ und „Management“ belastet. Bezüglich dieser Begriffe haben die Leute vom alten Regime her gehört, es handle sich um Spekulanten und Ausbeuter. Das bedeutet, es ist notwendig, den Leuten diese Begriffe von ihren inneren Werten her entsprechend nahezubringen.

Eben wurde noch einmal die Situation in Rumänien geschildert. Dabei denke ich an die Fahrzeuge, die wir gesehen haben. Was wir gesehen haben, kann man wertfrei so darstellen: Die Fahrzeuge da drüben würden bei uns in einem Fahrzeugmuseum stehen und würden als Relikte einer vergangenen Zeit bestaunt werden. Also auch hier ist Hilfe dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt zum Schluß auf ein Problem hinweise, das uns immer noch bedrückt und betroffen macht, dann bitte ich um Ihr Verständnis. Wir West- und Mitteleuropäer haben, das glaube ich wirklich, zu lange zugeschaut, wie im ehemaligen Jugoslawien fürchterliche Dinge geschehen konnten. Wir sollten bei nun notwendi-

gen Hilfen nicht so lange zuwarten, sondern unsere Initiativen gleich bündeln, um den Menschen dort beim Aufbau der Wirtschaft zu helfen. Der Ansatzpunkt ist die Grundlage der Wirtschaft, nämlich die Nahrungsmittelversorgung.

Daher bitte ich alle um ihre Mithilfe. Ich danke für Ihr Verständnis und Ihre Aufmerksamkeit.

Empfehlung 1174 (1992)

betr. die gesamteuropäische Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich

1. Die Versammlung hat den Bericht ihres Landwirtschaftsausschusses über seine jüngste Mission in Ungarn und Rumänien mit dem Auftrag, die Nahrungsmittellage und die Erfordernisse im Rahmen der landwirtschaftlichen Reformen zu prüfen, zur Kenntnis genommen. Sie betont, daß an allererster Stelle die Unterstützung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa bei der Durchführung der wirtschaftlichen und demokratischen Reformen stehen muß, wobei der landwirtschaftliche Sektor in dieser Hinsicht aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung, die Beschäftigungslage und eine ausgewogene Entwicklung besondere Aufmerksamkeit verdient.
2. Die Versammlung verweist erneut auf ihre Empfehlung 1167 (1991) betr. die wichtige Rolle der Nahrungsmittelversorgung zur Unterstützung der Konsolidierung der Demokratien in Mittel- und Osteuropa.
3. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten sowie die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der Gruppe der 24 Industriestaaten (G 24) und der Europäischen Gemeinschaft aufzufordern:
 - i. die Unterstützung für die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas bei der Privatisierung, Reorganisation und Modernisierung ihres landwirtschaftlichen Sektors im Rahmen einer allgemeinen Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung zu verstärken und ihnen bei der Ausarbeitung einer solchen Politik zu helfen;
 - ii. der Verbesserung des Fachwissens und der praktischen Kenntnisse zukünftiger selbständiger Landwirte durch Ausbildungs- und Austauschprogramme und durch die Anpassung und Stärkung bestehender Ausbildungseinrichtungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, insbesondere um ihnen dabei zu helfen, die Probleme, die sich durch den Übergang von einer kollektiven auf eine private Landwirtschaft ergeben, zu überwinden;
 - iii. Direkthilfen für die Modernisierung von landwirtschaftlichen Geräten im privaten Sektor bereitzustellen, indem u. a. die Weiter-

gabe von gebrauchten Geräten und Maschinen erleichtert wird und Ausbildungslehrgänge für die Bedienung und Instandhaltung dieser Geräte und Maschinen angeboten werden;

iv. sicherzustellen, daß für private Landwirte landwirtschaftliche Betriebe von lebensfähiger Größe bereitgestellt werden;

v. sicherzustellen, daß private Landwirte während der Übergangsphase zinsvergünstigte Kredite erhalten;

vi. zur Errichtung von privaten Verteilungs- und Verkaufsorganisationen für Agrarprodukte beizutragen;

vii. Anreize für die private Industrie zu schaffen, damit sie sich an der Modernisierung und Anpassung der Produktionskapazitäten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte beteiligt;

viii. die private Industrie und Genossenschaften zu unterstützen und sie bei der Verbesserung und Modernisierung ländlicher Infrastrukturen, landwirtschaftlicher Lagereinrichtungen sowie Verarbeitungs- und Transportsysteme miteinzubeziehen;

ix. umweltverträgliche Bewirtschaftungsverfahren bei allen diesbezüglichen politischen Entscheidungen vorzusehen mit dem Ziel einer Wiederbelebung der ländlichen Regionen, einer verbesserten Ausgewogenheit der Nahrungsmittelmärkte und einer Förderung des Agrarhandels zugunsten der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas;

x. kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen, deren Ziel es ist, die derzeitigen Nahrungsmittelüberschüsse in die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu leiten, fortzusetzen und weiter auszubauen; d.h. verstärkte Öffnung der westlichen Märkte und Förderung von dreiseitigem Nahrungsmitteltransfer, wobei jedoch der Absatz von Nahrungsmittelüberschüssen zu Dumpingpreisen mit schädlichen Auswirkungen für die örtliche landwirtschaftliche Produktion und Landwirtschaftspolitik zu vermeiden ist.

4. Darüber hinaus empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, im Rahmen des Demosthenes-Programms des Europarates die nationalen, regionalen und kommunalen Stellen in Mittel- und Osteuropa dabei zu unterstützen, das notwendige theoretische und praktische Wissen zu erwerben, um Bodennutzungsanalysen vorzunehmen und gesetzliche Reformen in Verbindung mit der Privatisierung von landwirtschaftlichem Boden zu erarbeiten und ihre Durchführung zu überwachen.

Richtlinie 472 (1992)

betr. die gesamteuropäische Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich

Unter Hinweis auf ihre Empfehlung 1174 (1992) betr. die gesamteuropäische Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich weist die Versammlung ihren Landwirtschaftsausschuß an, sich regelmäßig mit den Problemen der Nahrungsmittelversorgung und der landwirtschaftlichen Reformen in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu befassen und der Versammlung gegebenenfalls erneut zu berichten.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der polnischen Republik, Lech Walesa

Rede des polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa anlässlich des 3. Teils der 43. Sitzungsperiode der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 4. Februar 1992 in Straßburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe schon oft gehört, daß es nur ein Europa gibt. Deshalb beschloß ich, einen Blick aus dem Flugzeugfenster zu werfen. Es stimmt tatsächlich. Es gibt nur ein Europa.

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch vor kurzem hatte ich einen solchen Eindruck. Heute muß ich mit Bedauern feststellen, daß die Vision von einem einzigen Europa sehr verblaßt ist. Und trotzdem war diese Vorstellung schön und weise, fest in der Geschichte verankert, den Blick auf die Zukunft gerichtet.

Die Realität blickt jedoch hohnlächelnd auf all diejenigen, die davon ausgegangen sind, daß der Untergang des Kommunismus eine Annäherung der östlichen an die westliche Welt bringen und dadurch wieder eine Einheit entstehen würde. Jetzt ist Europa jedoch wirtschaftlich geteilt. Es ist wahr, daß die Berliner Mauer gefallen ist. Es ist wahr, daß der Kommunismus gescheitert ist. Es ist wahr, daß der „Eiserne Vorhang“ nicht mehr existiert. Es gibt keine politische Teilung mehr. Die mittel- und osteuropäischen Länder haben sich der Gemeinschaft der demokratischen Staaten bereits angeschlossen oder sind im Begriff, dies zu tun. Aber bis zur Verwirklichung dieser Einheit liegt immer noch ein weiter Weg vor uns. Aufgrund des unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstands seiner Staaten bleibt Europa weiterhin geteilt. Dies wird immer klarer und deutlicher. Es gibt reiche und arme Länder innerhalb Europas. Wir als Bürger des ärmeren Teils von Europa haben den Eindruck, daß sich der reichere und wohlhabendere Teil uns gegenüber verschließt, daß er zu einem Exklusivclub wird für Reiche und solche Menschen, die in stabilen Verhältnissen leben. Polen, das sich mit dem auf sich bedachten Westen und dem sich wandelnden sowjetischen Staat auseinandersetzen muß, steht eine Zeit

ohne Freunde bevor. Aber das gilt nicht nur für Polen, sondern auch für unsere südlichen und östlichen Nachbarn.

Polen hat aufgrund seiner Kultur und seiner Zivilisation immer zu Europa gehört. Nachdem es seine Revolution mit friedlichen Mitteln beendet hat, hat es sich Europa auch in politischer Hinsicht angeschlossen. Polens Erfahrung hat andere Länder Mittel- und Osteuropas dazu bewegt, seinem Beispiel zu folgen, was konkret bedeutet, daß die Tschechoslowakei, Ungarn, die Sowjetunion und andere Länder das Modell des polnischen Wegs in die Freiheit auf ihre Situation übertragen und für ihre eigenen Zwecke verwendet haben. Und nun verwirklichen sie es im Rahmen ihrer Kräfte, ihrer Möglichkeiten und ihrer Wünsche. Freiheit und Demokratie werden nun zu einer selbstverständlichen und ganz normalen Sache des täglichen Lebens in den osteuropäischen Staaten.

In Polen haben wir jetzt ein demokratisch gewähltes Parlament. Die Menschenrechte und die Rechte der nationalen Minderheiten werden geachtet. Wir stellen immer bessere Kontakte zu unseren Nachbarländern her. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn verbindet ein Kooperationsvertrag. Wir haben bewiesen, daß wir in der Lage sind, gemeinsam zu handeln und Vorurteile abzubauen. Wir haben einen bilateralen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Wir sind dabei, ähnliche Verträge mit den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten auszuhandeln.

Freiheit und Demokratie sind eine schöne Vorstellung. Ich bin davon überzeugt, daß diese Werte in Ländern mit einer langjährigen und gefestigten demokratischen Tradition durch nichts gefährdet werden können. Es wird sie auch nichts gefährden, denn der Europarat ist wachsam.

Die jungen Demokratien sind sich dessen nicht so sicher. Sie sind besorgt um ihr Schicksal. Sie haben zu viele innen- und außenpolitische Gefahren durchlebt — bis zum heutigen Tag. Vor Jahren hat der Europarat die Entwicklung der Ereignisse in Europa vorausgesagt. Wir vertrauen immer noch auf seinen Scharfblick, seine Voraussicht und seine Weisheit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wohlstand ist die Grundlage für Frieden und Glück. Diese Wahrheit ist noch älter als unser Kontinent. Die Verwirklichung der Demokratie muß einen Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung nach sich ziehen. Nur ein wohlgesättigter und gesunder Mensch kann sich in Sicherheit fühlen. Das freie und demokratische Polen befindet sich zur Zeit in einer schwierigen und ganz besonderen Wirtschaftskrise. Wir müssen alles neu und manchmal völlig anders aufbauen, die kommunistische Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft umwandeln. Das ist wie die Umleitung eines Flußlaufes und hat sich als sehr schwierig erwiesen.

Wir haben auf den Westen vertraut. Auf Ihr Interesse. Auf einen großen Zustrom ausländischer Investitionen, die unseren Unternehmen bei der Moderni-

sierung ihrer Produktionsverfahren helfen sollten. Wir kennen Ihre Anforderungen. Wir akzeptieren sie. Aber beide Seiten müssen dabei profitieren. Das bedeutet Business für Sie und Wachstum und Entwicklung für uns. Unser Land ist dankbar dafür, daß ein Teil unserer Schulden erlassen wurde, aber es bleibt noch ein bedeutender Betrag, den wir zurückzahlen müssen. Das erfordert weiterhin eine hohe Besteuerung und bedeutet eine schwere Bürde für unsere Gesellschaft. Die Mechanismen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes werden dadurch blockiert.

Wir befinden uns an der Schwelle des zweiten Stadiums tiefgreifender Wirtschaftsreformen. Unser Ziel ist eine freie Marktwirtschaft. Nachdem es uns gelungen ist, der Inflation Einhalt zu gebieten und die Währung zu stabilisieren, steht uns jetzt als wichtigste Aufgabe die Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession bevor. Dies verlangt große Opfer von der Gesellschaft und erfordert einen aktiveren Einsatz staatlicher Finanzmittel. Deshalb bedarf diese Etappe noch stärker als die erste der Unterstützung durch die westlichen Länder.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Europa öffnet uns seine Pforte einen Spalt breit, aber die Schwelle ist hoch. In Maastricht wurden die Schranken für uns sogar noch weiter verstärkt. Für unsere Länder, für die jungen, neuentstehenden Demokratien, ist der Handel mit den Ländern des reichen Westens der beste Weg zu einer Verbesserung des Lebensstandards. Dennoch öffnet sich uns der Westen nur sehr vorsichtig. Eifersüchtig sperrt er unsere Waren von seinem Markt aus. Das ist kein gutes Vorgehen. Der polnische Markt, der — erweitert durch unsere Nachbarn — 40 Millionen potentielle Kunden bietet, steht Ihren Produkten weiterhin offen. Wir importieren jetzt eine ganze Menge davon. Sie machen ein Geschäft dabei. Ist das gerecht? Ist das Partnerschaft? Ist das die Vision von Europa, die wir uns vorstellen? Ist das im Hinblick auf unsere jungen Demokratien mit dem Gedanken der Chancengleichheit zu vereinbaren?

Wir besitzen eine gemeinsame Tradition und gemeinsame europäische Wurzeln. Jetzt ist die Zeit gekommen, dies unter Beweis zu stellen!

Ich bin kein naiver Mensch. Ich glaube nicht und wir glauben nicht, daß irgend jemand uns etwas umsonst geben wird. Es bleibt nur die Frage — zu welchem Preis? Besteht unser Trumpf darin, weiterhin billige Arbeitskräfte und Exportmärkte zu liefern? Oder können wir auch das einbringen, was wir besitzen? Wir haben unsere eigenen Vorzüge, qualifizierte Arbeiter, eine gebildete Gesellschaft. Viele pragmatische, arbeitsame Menschen.

Zwei Jahre sind vergangen. Versuchen wir, eine Bilanz unserer Zusammenarbeit zu ziehen. Der Zustrom ausländischer Investitionen nach Polen bleibt weiterhin unbedeutend. Der Westen sollte uns dabei helfen, eine Umstrukturierung auf der Grundlage neuer Prinzipien herbeizuführen. Aber er hat sich damit begnügt, unseren Markt ausbluten zu lassen. Eine Welle Ihrer Produkte hat unsere Geschäfte überschwemmt. Sie haben ein Geschäft mit der pol-

nischen Revolution gemacht. Wir waren wohl gut genug für das Aufsprengen der alten Ordnung, die Westeuropa bedroht hat. Und heute haben wir Ihre Sympathie verloren?

Ich bin der Ansicht, daß Westeuropa — auch in eigenem Interesse — die Länder in unserer Region unterstützen sollte. Sie müssen verstehen, daß Ihre Öffnung in Richtung Osteuropa zum Wachstum des Wirtschaftspotentials auf unserem Kontinent beitragen wird.

Warum habe ich die Gelegenheit ergriffen, diese Fragen in aller Ausführlichkeit auf dem Forum des Europarates zu behandeln? Weil ich das Glück habe, mich im Herzen des demokratischen Europas zu befinden, weil ich gerade hier auf Verständnis hoffen kann für die offenkundige Wahrheit, daß einer Demokratie ohne Wohlstand ein zweifelhaftes und schwieriges Leben beschert ist.

Der Wohlstand wird die vor kurzem erlangte Demokratie stärken. Andernfalls werden die Bürger der osteuropäischen Staaten beginnen, sich zu fragen, warum sie jemals dafür gekämpft haben. Demokratie ist kein Ziel an sich. Sie ist ein Mittel zur Herbeiführung eines besseren Lebens mit mehr Sicherheit und Wohlstand.

Aber unsere Gesellschaft hat gegenwärtig nicht das Gefühl, daß es ihr besser geht. Die Früchte des Sieges sind bitter geworden. Schon gibt es in unserem Land Menschen, die fragen, wozu wir das alles getan haben. Die Demokratie verliert ihre Sympathisanten: Einige Stimmen empfehlen sogar die Rückkehr zum autoritären Regime.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Zeugen von Ereignissen, die Warnsignale aussenden. Das Bild von einem friedlichen Europa verblaßt. Jugoslawien ist ein Beispiel dafür. Während der Westen zusammenwächst, bricht der Osten auseinander. Aggressive nationalistische, sogar chauvinistische Tendenzen gewinnen an Boden. Angesichts unserer geschichtlichen Erfahrung wissen wir, was wir zu befürchten haben. Wir befinden uns in der Mitte, und Polen könnte erneut „in der ersten Reihe“ stehen. Davor haben wir Angst. Wir wünschen uns Frieden. Die Freiheit geht nicht mit dem langersehnten Wohlstand einher. Konflikte können die neuen Demokratien zerstören. Das satte Europa kann von der Destabilisierung überrascht werden. Diese Bedrohung muß man sehen, und einige haben sie bereits vor Augen. Die westliche Diplomatie bemüht sich um eine Neutralisierung der Nuklearstreitkräfte in der ehemaligen Sowjetunion. Sie erwartet militärische Abrüstung im Austausch gegen Lebensmittelhilfe. So können einige Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sich jetzt der Atomwaffen in ihrem Besitz als Drohung bedienen, um die Wirtschaftshilfe des Westens zu erpressen. Aber nicht alle Länder des ehemaligen Sowjetblocks verfügen über solche Argumente. Polen besitzt sie sicherlich nicht.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick. Die polnische Revolution hat die Mauern des Kreml überwunden. Wir haben den Kommunismus vernichtet. Wir

haben die westliche Welt von der Bedrohung des sowjetischen Totalitarismus befreit. Wir haben das auf die sanfte Art, mit weißen Handschuhen und ohne Blutvergießen erreicht. Dabei haben wir viel riskiert. Heute stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, ein neues System zu errichten.

Wir haben gemeinsame Interessen. Lassen Sie uns deshalb zusammenarbeiten. Unser Wohlstand wird Ihre Sicherheit von morgen unterstützen. Unsere Schwierigkeiten können verheerende Auswirkungen auf ganz Europa haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Europarat ist eine großartige Errungenschaft unserer Nationen. Wir sehen in ihm den Verfechter von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Er spielt die Rolle des Gewissens für unseren Kontinent. Er hat immer unter Beweis gestellt, daß es nur eine Wahrheit gibt. Eine und dieselbe Wahrheit für Ost und West.

Lassen Sie uns die Grenzen überwinden, die uns immer wieder voneinander trennen. Europa, ich appelliere an Deine Vorstellungskraft. Unser Erfolg garantiert Ihre Sicherheit von morgen, die Sicherheit unserer gemeinsamen Zukunft, der des Westens und der des Ostens, in dessen Namen ich heute das Wort ergriffen habe.

Unsere Schwierigkeiten können sich zu einer Bedrohung für uns alle entwickeln, und das werden uns unsere Söhne und Töchter nicht verzeihen.

Klaus Bühler (CDU/CSU): — Herr Präsident, im Januar wurden Sie in einem Interview mit dem „Spiegel“, einem deutschen Magazin, gefragt, was Sie gegen die Flüchtlingsbewegung aus der ehemaligen Sowjetunion zu tun gedenken. Darauf haben Sie geantwortet — ich zitiere wörtlich —: „Wir werden diese Menschen nicht aufhalten, dazu sind wir gar nicht imstande. Wir werden ihnen ein Ehrenspalier aufstellen und sie zu Ihnen schicken.“

Darf ich Sie fragen, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt, dieses Problem zu lösen? Ich denke da an eine gemeinsame Anstrengung aller europäischen Länder, um den Menschen in den ehemaligen sozialistischen Staaten eine Perspektive zu geben.

Danke schön.

Staatspräsident Lech Walesa antwortete darauf, daß hierbei manches mißverstanden worden sei und manche Betrachtungsweise zu absurden Lösungen führen würde. Fest stehe, daß man diese Bevölkerungsströme, zu denen Frauen und Kinder gehörten, nicht mit Waffengewalt aufhalten könne. Damit rischiere man ein Scheitern aller Bemühungen um ein Gesamteuropa. Die einzige Lösung sei die Zusammenarbeit, was er wiederholt erklärt habe. Nicht auf Hilfe, sondern auf Hilfe zur Selbsthilfe käme es hierbei an.

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Herr Präsident, wir beraten in dieser Versammlung gerade über eine Charta für Minderheiten. In Ihrem Lande existieren verschiedene nationale Minderheiten, und wir hören des öfteren Klagen aus deren Mitte.

Ich möchte Sie daher fragen, wie die Republik Polen bereit ist, die Minderheitenrechte zu garantieren und in der Parlamentarischen Versammlung und im Europarat selbst gerade an der Ausfüllung der Minderheitenrechte mitzuwirken.

Staatspräsident Lech Walesa erwiderte, daß es in Polen keine Minderheitenprobleme gebe. In Polen seien Minderheiten traditionell willkommen, und an dieser Politik wolle man auch festhalten. Die polnische Regierung sei um einen pluralistischen Charakter der Gesellschaft bemüht. Die Tatsache, daß Mitglieder von Minderheitengruppen im polnischen Parlament vertreten seien, bestätige den Erfolg dieser Bemühungen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 6552)

vorgelegt vom amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, René Felber,
Präsident der Schweizer Eidgenossenschaft

(Themen: Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, Jugoslawien-Konflikt, Hilfsprogramm für Mittel- und Osteuropa, Probleme im Mittelmeerraum, Ausbau der Zusammenarbeit innerhalb Europas, Beziehungen zur EG, KSZE und UNO, Intensivierung der Kontakte zu den USA und Kanada)

Tagesordnungspunkt:

Die Minderheitenrechte

(Drucksache 6556)

Berichterstatter: Abg. Jean-Pierre Worms
(Frankreich)

Robert Antretter (SPD): — Frau Präsidentin! Nach dem Fall der Mauer und dem Umbruch in Osteuropa schien auf unserem Kontinent eine neue Friedensordnung in greifbare Nähe gerückt zu sein, die auf Zusammenarbeit, der friedlichen Beilegung von Streitfällen und der Achtung und Wahrung der Menschenrechte beruhen sollte.

Die von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten am 21. November 1990 verkündete Charta von Paris für ein neues Europa ist Ausdruck dieser Aufbruchstimmung in ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit. Neben dem Bekenntnis zu den Menschenrechten heißt es in der Charta ausdrücklich:

Wir bekräftigen, daß die ethnische, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muß und daß Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln.

Monate später hatten jedoch die Realitäten die Visionen eingeholt. Jugoslawien versank in einem Bürgerkrieg, und die Staaten Ost- und Südosteuropas bergen wegen ihrer ungelösten Minderheitenprobleme ein Konfliktpotential, das zu weiteren Bürgerkriegen führen kann.

Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordern vor allem die ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion ihre volle Unabhängigkeit, obwohl sie mit Ausnahme Armeniens keine ethnisch homogene Bevölkerung aufweisen und im Falle ihrer Eigenstaatlichkeit mit den Forderungen ihrer jeweiligen Minderheiten konfrontiert werden.

Während die Völker Osteuropas zum alten Modell des souveränen und abgeschotteten Nationalstaats zurückkehren, befindet sich Westeuropa im Aufbruch zu einer Politischen Union. Die in der EG zusammengeschlossenen Staaten haben auf dem Weg zu einem Europa ohne Grenzen erhebliche Fortschritte erzielen können. Das Ziel der europäischen Integration ist dabei nicht die uniforme Gleichschaltung der Mitgliedsstaaten, sondern es liegt in deren Auftrag begründet, einen institutionellen Rahmen für eine Einheit in Vielfalt zu finden.

Bereits heute ist die Europäische Gemeinschaft ein Modell für eine gesamteuropäische Friedensgemeinschaft, das auf einer geteilten Souveränität beruht und den Mitgliedsstaaten die Wahrung ihrer nationalen Identität garantiert.

Aber auch in Westeuropa schwelen ungelöste National- und Minderheitenkonflikte. Das nationale Erwachen in Osteuropa hat diejenigen politischen Gruppierungen beflügelt, die unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht die volle Unabhängigkeit von der Zentralgewalt fordern.

Ein Rückfall in ein Europa der souveränen Kleinstaaten würde jedoch gegenüber dem auf ökonomische und gesellschaftliche Verflechtung angelegten Integrationsansatz der EG einen Rückschritt darstellen. Auch wenn sich manche Teilrepubliken Osteuropas unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der friedlichen Veränderungen der Grenzen legitimerweise für souverän erklären, muß aus europäischer Sicht der Hinweis erlaubt sein, daß diese Kleinstaaten kaum zu einer autonomen Problemlösung in der Lage sein werden. Sie stehen vor der Bewältigung globaler Probleme, die die Idee des souveränen Nationalstaats bald als ein historisch überholtes Konzept und letztlich als eine Fiktion erscheinen lassen werden.

Die Zukunft Europas kann nicht in einem buntgestrickten Flickenteppich politisch und wirtschaftlich halbautonomer Nationalstaaten liegen. Aber auch der auf dem Berliner KSZE-Treffen im Juni vergangenen Jahres vereinbarte Mechanismus zur Beilegung von Streitfällen kann nicht ausreichen, die Nationalitätenkonflikte einzudämmen, wie der Bürgerkrieg in Jugoslawien eindringlich vor Augen führte.

Für eine künftige europäische Friedensordnung ist ein rechtlich verbindlicher Schutzmechanismus zur

Wahrung von Kollektivrechten von zukunftsweisen-der Bedeutung.

Ich meine, als Rahmen eines Minderheitenschutzes bietet sich der Europarat geradezu an. Unsere älteste europäische Organisation hat sich zur Durchsetzung rechtsstaatlich-demokratischer Ordnungsprinzipien in ihren Mitgliedsstaaten verpflichtet. Aus den zahlreichen Konventionen ragt die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten heraus, deren Einhaltung in den Mitgliedsstaaten des Europarats vom Europäischen Gerichtshof garantiert wird. Sie enthält jedoch nur einen individualrechtlich begründeten Schutz gegenüber Diskriminierungen.

Der vorliegende Entwurf zählt eine Reihe originärer Rechte auf, wie die der Wahrung, der Entwicklung und des Ausdrucks einer eigenen ethnischen, religiösen und sprachlichen Identität. Ausdrücklich bekennt sich der Konventionsentwurf zu einem breitgefaßten Begriff der Minderheit und schließt umstrittene Kriterien aus. Entscheidend scheint mir der vorgesehene Kontrollmechanismus zu sein, der einem europäischen Komitee zum Schutz der Minderheiten weitreichende Untersuchungsbefugnisse auch direkt vor Ort einräumt.

Nach meiner Meinung ist dieser Entwurf nicht nur ein Instrument zur Eindämmung von Minderheitenkonflikten. Er trägt den durch die Zuwanderungswellen bedingten gesellschaftlichen Wandlungsprozessen der europäischen Nationalstaaten Rechnung, weil er die Minderheiten mit einbezieht. Er ist aber auch ein Beitrag zur Lockerung des Zuwanderungsdrucks. Indem er die Rechte der Minderheiten definiert und einem internationalen Kontrollmechanismus unterwirft, könnten Personen aus den europäischen Herkunftsstaaten, die diese Konvention unterzeichnet haben, sich nicht mehr darauf berufen, daß sie einer sprachlichen, ethnischen oder religiösen Minderheit angehören.

Der Politische Ausschuß, für den ich Bericht zu erstatten habe, hat einstimmig und ohne Stimmenthaltung diesem Entwurf zugestimmt, weil wir wissen, daß Europa eine rechtlich verbindliche Minderheitencharta braucht, und weil wir der Meinung sind, daß nach dem Scheitern des KSZE-Versuchs vom vorigen Jahr in Genf in dieser wichtigen Angelegenheit nicht auch dieser neue Anlauf scheitern darf.

Die Probleme, vor denen wir stehen, und die Herausforderungen sind zu drängend und unsere Verantwortung ist zu groß, als daß wir uns eine erneute Verzögerung leisten dürften.

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Friedrich Vogel (CDU/CSU): — Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Kürze der Redezeit erlaubt nur einige kurze Anmerkungen. Ich möchte vier Anmerkungen machen.

Mit meiner ersten Anmerkung möchte ich die beiden Berichterstatter, Herrn Brincat und ganz besonders Herrn Worms, zu dem Bericht beglückwünschen, den sie uns vorgelegt haben. Wir haben vor allen Dingen bei Herrn Worms gesehen, wie er beharrlich, hartnäckig und sachkundig die Sache vor-

angetrieben, ihr Sukkurs gegeben und damit dazu beigetragen hat, daß wir heute diese Vorlage verabschieden können.

Meine zweite Bemerkung richtet sich an die Parlamentarische Versammlung, die mit der Verabschiedung dieser Vorlage einer ihrer vornehmsten Aufgaben nachkommen wird, nämlich Motor der Fortentwicklung und der Vervollkommnung des Menschenrechtsschutzsystems des Europarats zu sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur anmerken, daß es keinen Ersatz für diese Arbeit des Europarats gibt, so verdienstvoll auch die Arbeit der KSZE im Bereich des Minderheitenschutzes ist.

Mit der dritten Bemerkung möchte ich meinem Dank Ausdruck geben für die beiden Amendments, die uns der Politische Ausschuß vorgelegt hat und in denen er die Bedeutung zum Ausdruck gebracht hat — deshalb bin ich der Auffassung, daß wir ihnen zustimmen sollten —, die wir einer Vervollkommnung des Minderheitenschutzes im Rahmen des Normensystems des Europarates beimessen.

Sie sind gleichzeitig auch der Ausdruck unseres Wunsches an das Ministerkomitee, nun endlich und bald in der Frage des Minderheitenschutzes zu Ergebnissen zu kommen. Ich möchte ausdrücklich sagen: Das, was ich über die letzte Sitzung des Steering Committees gehört habe, hat bei mir nicht gerade den Eindruck erweckt, daß man dort mit besonderem Nachdruck an dieser Thematik arbeitet. Aber der eher negative Eindruck kann ja durch das Ministerkomitee korrigiert werden.

Mit meiner vierten Bemerkung möchte ich mich noch einmal an die Mitglieder dieser Parlamentarischen Versammlung wenden. Ich habe festgestellt, daß die Regierungen mit unterschiedlicher Intensität an dieser Thematik arbeiten. Wir haben die Möglichkeit, über unsere nationalen Parlamente ein bißchen auf diejenigen Regierungen zu drücken, die eher zögerlich bei der Fortentwicklung unseres Menschenrechtsschutzsystems in bezug auf die Minderheiten sind. Ich bin der Auffassung, hier sollten sich vor allem die Staaten mit einer langen demokratischen Tradition und mit einer großen demokratischen Kultur eher an die Spitze der Bewegung setzen, als an ihrem Ende zu marschieren.

Vielen Dank.

Margitta Terborg (SPD): — Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Parlamentarische Versammlung hat eine hervorragende Tradition bei der Formulierung von Menschenrechten und dem Bemühen, diese zu schützen und einzuklagen.

Jetzt geht es um den Schutz der Rechte der Minderheiten. Ich finde, auch das ist ein Schritt in die richtige Richtung, der nicht dadurch entwertet wird, daß sich die Versammlung dabei ein hohes Maß an Zurückhaltung auferlegen wird.

Das ist keine Kritik an den Berichterstattern, den Kollegen Brincat und Worms. Im Gegenteil, wer wirklich etwas erreichen will — und darum geht es —, muß der vielschichtigen Lage Rechnung tra-

gen und sorgfältig darauf achten, daß sich das Problem nicht in nationalen Verletztheiten verheddert.

Ein ganz wichtiger Punkt in dem uns vorliegenden Entwurf einer Empfehlung ist für mich der Punkt 13, in dem der Ministerrat aufgefordert wird, den Europarat mit einem geeigneten Vermittlungsinstrument auszustatten. Gleichzeitig wird eine dreifache Zuständigkeit für diese Institution reklamiert:

- beobachten und erfassen der Situation von Minderheiten,
- beraten und vorbeugen, ehe sich eine prekäre Lage zum Konflikt mausert,
- Gespräche führen und schlichten, um zu einer Versöhnung zwischen den Konfliktparteien beizutragen.

Kritiker werden einwenden, daß dieses Instrumentarium wohl kaum einen echten Konflikt zu lösen vermag. Nun, das soll und kann es auch gar nicht. Wenn erst im Konflikt mit Minderheiten das Repressionsarsenal greift oder gar die Waffen sprechen, sind unsere Einwirkungsmöglichkeiten ohnehin erschöpft.

Die Philosophie, durch Einwirkung auf die Beteiligten schon im Vorfeld Ausuferungen zu vermeiden, erscheint mir in der Tat als der für uns angemessene Weg.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist, aber ich habe in den vergangenen Wochen eine Reihe von Briefen erhalten und Gespräche geführt, worin andere Minderheiten um Berücksichtigung baten. Dabei geht es um Personengruppen, die sich beim Ausleben ihrer gleichgeschlechtlichen Sexualität noch in einer ganzen Reihe von Staaten heftiger Repression ausgesetzt sehen und deshalb den Europarat um Hilfe bitten.

Ich verzichte auf einen Änderungsantrag, weil ich die Gesamtvorlage nicht noch mit weiteren Problemen befrachten will. Aber wir sollten auch dieses Problem sehen.

Für mich greift bei diesen Gruppen das allgemeine Toleranzgebot, das sich aus dem Katalog der Menschenrechte ableitet. Dies erlaubt nach meiner Meinung zwar den gesetzlichen Schutz Minderjähriger oder Abhängiger als staatliche Repression, aber mehr auch nicht. Ich wollte das angemerkt haben, ohne aus den eben angeführten Gründen auf eine Erweiterung von Empfehlung oder Richtlinie zu drängen.

Noch eine Bemerkung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Bericht. Ich finde, es ist verdienstvoll, daß in differenzierter Form auch Fehlentwicklungen bei der Artikulation von Minderheiten angesprochen werden. Es geht um die Punkte 1.8 und 1.9, in denen sehr klar herausgearbeitet wird, daß das Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht mit dem Recht auf nationale Souveränität gleichzusetzen sei. Ich denke, aus solchen Mißverständnissen nähren sich die derzeitigen Krisenherde in Europa und werden auch in Zukunft Konflikte ausbrechen, die dann nur schwer zu beherrschen sind. Vorangegangen waren meist die Unterdrückung nationaler

Minderheiten, ihre soziale Deklassierung und ihre Zwangsassimilation in die Kultur der Mehrheit.

Die Berichterstatter ziehen dann in Punkt 1.11 in wünschenswerter Klarheit die Schlußfolgerung aus dem vorher Gesagten. Und die kann ich in der Tat nur Wort für Wort unterstreichen.

Dies hervorzuheben war mir ein Bedürfnis.

Ich bedanke mich noch einmal bei den Berichterstattern für ihren vorzüglichen Bericht.

Robert Antretter (SPD)*: — Frau Präsidentin! Wir haben gestern, wie zu erwarten war, eine hervorragende Debatte gehabt, weil die Grundlage ein hervorragender Bericht gewesen ist. Alle Beiträge, die gestern geleistet wurden, verdienen eine individuelle Würdigung und Antwort. Dies ist im Rahmen der Berichterstattungszeit aber nicht möglich. Deshalb erlauben Sie mir, daß ich auf die Punkte hinweise, von denen ich den Eindruck gewonnen habe, daß darüber im ganzen Hause Einvernehmen besteht.

Ich glaube, man darf die Debattenbeiträge so interpretieren, daß sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats in der Prognose einig ist: Europa wird weitere Wanderungsbewegungen von Millionen von Menschen zu erwarten haben. Man darf die Debatte wohl auch so deuten: Alle Seiten des Hauses wollten zum Ausdruck bringen, daß wir uns der Tatsache bewußt sind, daß diese Entwicklung neben der ökologischen Katastrophe die größte Herausforderung für die in der europäischen Politik Aktiven darstellt, jedenfalls die größte Herausforderung im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends.

Die Debattenbeiträge mißdeute ich wohl nicht, wenn ich sage: Wir können in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Einigkeit in der Überzeugung feststellen, daß uns unsere Kinder daran messen werden, ob wir diese dramatische Herausforderung bewältigt haben, ob wir rasch genug gehandelt haben, ob wir Instrumente gewählt haben, die dieses Europarats, dieser Herausforderung und vor allem der Menschen, um die es geht, würdig sind und ihnen angemessen sind.

Ich glaube, auch nicht fehlzuinterpretieren, wenn ich sage: Durch die große Zahl der hochqualifizierten Wortmeldungen war das Bestreben erkennbar, daß es zwei Antworten auf keinen Fall geben darf. Auf keinen Fall kann die eine Antwort heißen: Krieg oder Waffen. Und auf keinen Fall kann die andere Antwort heißen, eine neue Mauer durch Europa zu ziehen, wo wir doch jetzt Gott sei Dank die alten abgerissen haben.

Was bleibt? Es bleiben möglicherweise einige Rezepte, die wir noch nicht alle diskutiert haben. Es wird auch noch untaugliche Vorschläge geben. Aber was wir gestern und heute auf dem Tisch haben, ist das erste Rezept, von dem wir alle guten Gewissens sagen können, daß es eine Antwort darstellt — eine Antwort; wahrscheinlich ist es die im Moment realistischste Antwort —, mit dieser großen Herausforderung zurechtzukommen.

*) als Berichterstatter für die Stellungnahme des Politischen Ausschusses

Die Bitte des Berichterstatters kann deshalb nur sein: Wenn dieses das einzige Instrument ist, mit dem wir einen Teil dieses großen Problems werden lösen können, dann mögen Sie diesem Richtlinienentwurf in großer Zahl zustimmen.

Ich bedanke mich im voraus und schließe in diesen Dank vor allem den Dank für die gute Arbeit des Rechtsausschusses und seines Berichterstatters ein.

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Frau Präsidentin, ich entschuldige mich zunächst für mein Zuspätkommen, aber die Sitzung der Politischen Kommission war leider nicht früher zu beenden.

Die Politische Kommission hat den Bericht unseres Kollegen Antretter, der Ihnen hier präsentiert wurde, einstimmig akzeptiert. Die Politische Kommission steht auch hinter den anderen Berichten.

Ich habe den Eindruck — ich glaube, dies ist nicht nur mein Eindruck —, daß wir uns in den nächsten Jahren mit den Fragen der Minderheiten sehr viel ausführlicher werden beschäftigen müssen, als wir es bisher getan haben. Viele unserer Mitgliedsstaaten leben immer noch in der Überzeugung, daß das Hauptstaatsvolk — sprich: die überwiegende Mehrheit — den Ton anzugeben hat, und zwar nicht nur im politischen, sondern auch im kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Daraus ergeben sich ganz zwangsläufig in dem Augenblick Spannungen, in dem wir die Demokratie weiter praktizieren und weiterentwickeln wollen. Das bedeutet: Wir werden in allen Staaten, auch in kleinen Staaten, in denen man davon ausgeht, es gebe eigentlich nur ein Staatsvolk ohne jede Minorität, neu darüber nachdenken müssen, welche Rechte wir den Minderheiten geben, und zwar speziell jenen, die bereits seit Jahrhunderten in diesen Staaten leben und die zwar durchaus selbst ein Teil dieses Staatsvolks sein wollen, aber dessenungeachtet ihre eigene Identität bewahren möchten.

Daher sehe ich es als unsere Aufgabe an, in den nächsten Monaten und Jahren das, was unsere drei Berichterstatter hier vorgetragen und ausgearbeitet haben, weiterzuentwickeln, damit wir dann wirklich die Chance haben, ein Europa der Bürger der verschiedenen Sprachen, der verschiedenen Entwicklungen und der verschiedenen Identitäten zu schaffen — ein Europa, das dessenungeachtet gemeinsam arbeitet.

Ich füge hinzu: Ich verstehe zwar die Gründe, die einige unserer Mitglieder dazu veranlassen zu sagen, sie möchten eine deutliche Unterscheidung in den Berichten haben zwischen jenen Minderheiten, die bereits längere Zeit in dem Land leben, in dem sie Staatsbürger sind, und denen, die erst nachgerückt sind. Ich glaube, wir müssen uns fragen, ob nicht diejenigen, die inzwischen nachgerückt und auch nachgewachsen sind, ebenfalls in den Status einer solchen Minderheit geraten sind. Deshalb sollten wir die Arbeit, welche die drei Kommissionen geleistet haben, nicht einfach durch eine Rücküberweisung zerstören. Ich wäre also dankbar, wenn wir den Berichten der Kommissionen zustimmen.

Empfehlung 1177 (1992)

betr. die Minderheitenrechte

1. Die Geschichte hat den europäischen Kontinent als ein Mosaik von Völkern geschaffen, die sich durch ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Sitten und Gebräuche sowie die Ausübung ihrer Religion unterscheiden.
2. Diese Völker sind derart weitverzweigt auseinandergerissen und miteinander vermischt, daß keine geographische Grenzziehung sie umfassend und ausschließlich eingrenzen kann. Die aus den letzten beiden Weltkriegen hervorgegangenen Staatsgrenzen haben das nicht vermocht. Den zukünftigen Grenzen — wie auch immer sie aussehen mögen — wird dies auch nicht gelingen.
3. Es darf in einem demokratischen Staat keine Bürger zweiter Klasse geben: Die Staatsbürgerschaft ist für alle gleich. Die erste und letzte Garantie für diese Gleichheit von Rechten und Pflichten ergibt sich aus der strikten Achtung der Menschenrechte und der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die einzelnen Staaten.
4. Innerhalb dieser gemeinsamen Staatsbürgerschaft können Bürger, die mit anderen bestimmte kulturelle, sprachliche oder vor allem religiöse Eigenschaften gemeinsam haben, jedoch den Wunsch haben, daß sie anerkannt werden und ihnen die Möglichkeit garantiert wird, diese Eigenschaften zum Ausdruck zu bringen.
5. Diese Gruppen, die innerhalb eines Staates solche besonderen Eigenschaften aufweisen, werden von der internationalen Gemeinschaft seit dem Zweiten Weltkrieg als „Minderheiten“ bezeichnet, wobei diese Bezeichnung keineswegs eine Minderwertigkeit in irgendeinem Bereich bedeutet.
6. Zahlreiche Petitionen und Grundsatzserklärungen der Behörden auf internationaler und Regierungsebene sprechen sich heute für Anerkennung, Schutz und sogar Förderung der Rechte von „Minderheiten“ aus, ganz gleich, ob diese nationaler, ethnischer und kultureller, sprachlicher oder religiöser Art sind.
7. Kolloquien und Konferenzen aller Art haben zugenommen. Die außerordentliche Vielfalt von Situationen wird nun entsprechend erfaßt, beschrieben und analysiert. Das gilt in gleichem Maße für die äußerst vielschichtigen Probleme und die sowohl rechtlichen als auch politischen Schwierigkeiten bei deren Lösung.
8. Diese Diskussionen allein sind heute nicht mehr ausreichend. Man kann sich nicht mehr mit diesen Analysen und diesen Feststellungen der Ohnmacht gegenüber solchen Problemen begnügen. Auf internationaler Ebene sind dringende Entscheidungen zu treffen und Verpflichtungen einzugehen, die vor Ort rasch umgesetzt werden können. Das sind wir dem Frieden, der Demokratie, den Freiheiten und der Wahrung

der Menschenrechte auf unserem Kontinent schuldig.

9. Dieses Gefühl der Dringlichkeit und dieser Wunsch nach konkreten Vorschlägen waren der Anlaß für ein Kolloquium, das auf Vorschlag des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Versammlung am 13. und 14. November 1991 im Pariser Senat veranstaltet wurde. Dieses Kolloquium sollte sich von den vielen ihm vorausgegangenen Kolloquien insofern unterscheiden, als es sich zum Ziel gesetzt hatte, dem Europarat konstruktive und rasch zu verwirklichende Maßnahmen vorzuschlagen.
10. Das Kolloquium hat eine Bilanz der Arbeiten gezogen, die zur Zeit in den verschiedenen europäischen und internationalen Einrichtungen, insbesondere im Europarat, in der EG, in der KSZE und in den Vereinten Nationen durchgeführt werden. Es hat Untersuchungen durchgeführt im Hinblick auf den von der Kommission für Demokratie durch Recht ausgearbeiteten Vorschlag einer Konvention über den Minderheitenschutz und im Hinblick auf den Entwurf einer Charta über Regional- und Minderheitensprachen, der dem Ministerkomitee des Europarates derzeit zur Prüfung vorliegt, sowie im Hinblick auf den vom Internationalen Menschenrechtsverband vorgelegten Plan der Schaffung eines europäischen Rates für nationale, ethnische, religiöse, kulturelle und sprachliche Minderheiten.
11. Die verschiedenen intergouvernementalen Gremien des Europarates werden dem Ministerkomitee demnächst ihre Stellungnahmen zu unterbreiten haben, um ihm den Abschluß seiner Arbeit am Entwurf einer Charta über Regional- und Minderheitensprachen zu ermöglichen. Die Versammlung ist sich einiger bereits festgestellter Schwächen dieses Entwurfs bewußt. Da sie jedoch seine Fertigstellung nicht verzögern will, empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, seine Arbeiten möglichst bald abzuschließen und alles in seiner Macht Stehende für eine rasche Umsetzung der Charta zu tun.
12. Die Versammlung hat das Mandat zur Kenntnis genommen, das dem Lenkungsausschuß für Menschenrechte vom Ministerkomitee übertragen wurde. Im Rahmen dieses Mandats wird eine Untersuchung des Entwurfs einer Konvention über Minderheitenrechte erfolgen. Obwohl der Entwurf der Konvention eine beachtliche Definition der zu gewährleistenden Rechte enthält, scheint er jedoch im Hinblick auf den Kontrollmechanismus Schwächen aufzuweisen. Daher hält die Versammlung die Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention für ratsam und dringlich und begrüßt die Tatsache, daß der österreichische Minister seinen Kollegen auf der Sitzung des Ministerkomitees vom 26. November 1991 den Entwurf eines solchen Protokolls vorgelegt hat.
13. Darüber hinaus empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, ohne daß dadurch die Erstel-

lung eines Rechtsinstruments in irgendeiner Weise ersetzt werden könnte, die Ausarbeitung und rasche Verabschiedung einer Erklärung in bezug auf die Grundprinzipien der Minderheitenrechte, über die bereits ein internationaler Konsens besteht.

14. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine solche Erklärung als Anhaltspunkt dienen sollte für die Beurteilung von Anträgen auf Aufnahme in den Europarat und zur Begründung von Stellungnahmen des Europarates und von Interventionen der oben vorgeschlagenen Vermittlungsinstanz.
15. Die Versammlung verweist darauf, daß sie in ihrer Empfehlung 1134 (1990) bereits eine ähnliche Erklärung verabschiedet hat. Diese Empfehlung, die gegebenenfalls durch weitere Arbeiten anderer internationaler Instanzen, insbesondere der KSZE, der EG und der europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Kommission von Venedig) ergänzt werden könnte, sollte als Grundlage für die von der Versammlung empfohlene Erklärung des Ministerkomitees dienen.
16. In ihrer Richtlinie 456 (1990) hat die Versammlung beschlossen, bei Konflikten, in die Minderheiten verwickelt sind, immer, wenn sie darum ersucht wird, eine vermittelnde und schlichtende Rolle zu spielen. Zur Verstärkung der Rolle des Europarates empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, den Europarat mit einem geeigneten Vermittlungsinstrument auszustatten, das unter Mitwirkung der höchsten zuständigen internationalen und nationalen Behörden eingesetzt wird. Diese Instanz hätte eine dreifache Zuständigkeit:
 - i. *beobachten und erfassen*: Dabei würde es sich um eine ständige Beobachtungsfunktion handeln im Hinblick auf die Entwicklung der Situation der Minderheiten in den einzelnen europäischen Staaten;
 - ii. *beraten und vorbeugen*: Aufgabe dieser Instanz wäre ebenfalls, vor einer Entartung des Konflikts „unvermittelt“ einzugreifen, um den Staaten und Minderheiten bei der Festsetzung der für ihre Beziehungen geltenden Regelungen zu helfen;
 - iii. *Gespräche führen und schlichten*: Im Falle eines offenen Konflikts wäre diese Instanz aufgrund ihrer internationalen Garantstellung und Erfahrung dazu berufen, vor Ort Möglichkeiten für eine Versöhnung zwischen den Konfliktparteien und eine friedliche und dauerhafte Lösung für die sie entzweierenden Probleme zu suchen.
17. Angesichts der außerordentlichen Dringlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, diese Empfehlung bis zum 1. Oktober 1992 durchzusetzen.

Richtlinie 474 (1992)

betr. **die Minderheitenrechte**

1. Die Versammlung nimmt Bezug auf ihre Empfehlung 1177 (1992), in der sie dem Ministerkomitee vorschlägt:
 - i. die laufenden Arbeiten für den Entwurf einer Charta über Regional- und Minderheitensprachen baldmöglichst abzuschließen und alles in seiner Macht Stehende für eine schnelle Umsetzung der Charta zu tun;
 - ii. ein Zusatzprotokoll über Minderheitenrechte zur Europäischen Menschenrechtskonvention auszuarbeiten;
 - iii. den Europarat mit einem geeigneten Vermittlungsinstrument auszustatten.
2. Wie sie bereits in ihrer Richtlinie 456 (1990) erklärt hat, beschließt die Versammlung, alle im Rahmen des Europarates erfolgenden Aktivitäten voll zu unterstützen, und äußert den Wunsch, sich umfassend daran zu beteiligen.
3. Daher gilt es, die laufenden und in Zukunft erforderlichen Aktivitäten des Europarates und anderer Organisationen im Bereich der Minderheitenrechte aufmerksam zu verfolgen und stark zu unterstützen.
4. Sollte das Ministerkomitee nicht in der Lage sein, die Empfehlung 1177 (1992) bis zum 1. Oktober 1992 umzusetzen, weist die Versammlung ihren Ausschuß für Recht und Menschenrechte, ihren Politischen Ausschuß und ihren Ausschuß für Kultur und Erziehung an, sobald wie möglich einen Entwurf für ein Zusatzprotokoll über Minderheiten zur Europäischen Menschenrechtskonvention und den Entwurf eines Vermittlungsinstruments auszuarbeiten.
5. Inzwischen weist die Versammlung ihren Ausschuß für Recht und Menschenrechte an, seine Arbeit in enger Zusammenarbeit mit anderen europäischen und internationalen Institutionen, wie z.B. der KSZE, dem Europäischen Parlament, dem Internationalen Institut für Demokratie und der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht, fortzusetzen. Zu dieser Arbeit können eine Untersuchung und gegebenenfalls konkrete Vorschläge für einen Schlichtungsrat oder eine europäische Kommission für Minderheiten gehören.
6. Darüber hinaus weist sie ihren Ausschuß für Recht und Menschenrechte an, ihr — falls erforderlich — erneut in dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten, und beauftragt ihre betreffenden anderen Ausschüsse, ihr Stellungnahmen vorzulegen.

Mittwoch, 5. Februar 1992

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in Jugoslawien

(Drucksache 6559)

Berichterstatter: Abg. Gerhard Reddemann

verbundene Debatte mit:

**Die Krise in Jugoslawien:
Die vertriebene Bevölkerung**

(Drucksache 6554)

Berichterstatter:

Abg. Sir John Hunt (Großbritannien)

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Danke, Frau Präsidentin. — Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir debattieren heute zum zweitenmal ausführlich über die Situation in Jugoslawien. Im Plenum und in den beteiligten Kommissionen hat sich herausgestellt, daß diese Diskussion auch für unsere eigene Standortbestimmung notwendig ist, nicht nur zur Untersuchung der Lage in den beteiligten Staaten.

Wir alle hatten das System von Jalta, das sich notwendigerweise aus dem Zweiten Weltkrieg ergab, inzwischen in Frage gestellt oder sogar ad acta gelegt. Die Entwicklung in der Sowjetunion führte schließlich dazu, daß diese Weltordnung keine Chance mehr hatte.

Viele von uns griffen auf jene Ordnung zurück, die zwischen den beiden Kriegen in Europa geherrscht hat. Ich hatte manchmal den Eindruck, daß die Debatten zu Jugoslawien Debatten waren, die sich mehr auf die Vergangenheit bezogen als auf die Zukunft. Manche hofften offenbar, mit dem Rückgriff auf eine alte europäische Ordnung Voraussetzungen für eine vernünftige Entwicklung zu schaffen.

Wir haben nun festgestellt — und ich glaube, dies war besonders wichtig —, daß unsere Vorstellungen, die wir am 21. September 1991 in einer Resolution der Versammlung festgelegt haben, bei den Regierungen Europas und in den Parlamenten weitgehend Zustimmung fanden. Wir appellierten damals an die Mitgliedsregierungen, die jungen Republiken Kroatien und Slowenien anzuerkennen. Wir stellen heute fest, daß diesem Appell weitgehend gefolgt wurde, und wir stellen des weiteren fest, daß sich laufend neue Staaten an der Anerkennung der Republiken beteiligen.

Wir haben aber ebenso erkannt, daß das Problem in Jugoslawien nicht nur in dem Wunsch der beiden Staaten Slowenien und Kroatien bestand, als souveräne Staaten in die Weltgeschichte einzugehen, sondern daß die Probleme in diesem 1919 entstandenen früheren Jugoslawien weit größer sind. Ich erinnere an das Problem Bosnien-Herzegowina, wo sehr unterschiedliche Volksgruppen bisher miteinander gelebt haben und leben, wo aber starke Tendenzen der serbischen Seite bestehen, die Existenz des Staates

zu beenden und mindestens jenen Teil, der von Serben bewohnt wird, in ein Großserbien einzugliedern.

Wir erleben auf der anderen Seite das Problem, das unsere griechischen Kollegen aus ihrer Geschichte heraus mit Besorgnis äußern. Ich meine das Thema der Republik von Makedonien. Griechenland vertritt die Auffassung, dieses Makedonien habe mit dem klassischen Makedonien eigentlich nichts zu tun; der Name sei vielmehr in der Zeit des Marschall Tito gewählt worden, um von jenem Fleck Erde aus die Möglichkeit zu schaffen, in Griechenland, im makedonischen Teil Griechenlands, zu intervenieren.

Wir stellen des weiteren fest, daß die serbische Regierung bisher nicht unsere langjährige Forderung aufgreift, im Kosovo der albanischen Bevölkerung das Recht zu geben, über sich selbst zu bestimmen, und wir stellen fest, daß die Wojwodina ebenfalls unter erheblichen Schwierigkeiten leidet. Wir müssen weiter registrieren, daß auch Montenegro — jene Republik, die mit Serbien am engsten verbunden war — eigene Ansprüche anmeldet, so daß wir in der kommenden Zeit das Thema „Jugoslawien“ noch oft auf unserer Tagesordnung haben werden.

Ich habe mich deswegen in dem Bericht und in den Empfehlungen, die ich im Namen der Kommission für politische Angelegenheiten hier vorlege, weniger mit der Frage beschäftigt, wer an welchen Dingen die Schuld trägt und wer jetzt eventuell verurteilt werden müßte. Ich habe versucht, Ihnen Grundsätze vorzuschlagen, nach denen wir als Parlamentarische Versammlung des Europarates oder als Europarat insgesamt eine Politik gegenüber Jugoslawien organisieren können. Es ging mir darum, auch in diesem südosteuropäischen Staatenbereich jene Grundsätze durchzusetzen, die wir als Parlamentarische Versammlung des Europarates bereits als selbstverständliche Grundsätze unserer Staaten ansehen, d. h. die Errichtung der Demokratie, die Garantie der Menschenrechte und der friedliche Umgang mit den Nachbarn.

In dieser Empfehlung habe ich einen Appell an uns selber gerichtet, einen Appell, aus dem hervorgeht, daß wir als Parlamentarische Versammlung den neuen Republiken und ihren Parlamenten, denen wir dann gegenüberstehen, hilfreich zur Seite treten sollten. Wir wollen ihnen unsere guten Dienste anbieten, damit das, was wir hier erarbeitet haben, in Zukunft auch im früheren Jugoslawien Früchte trägt.

Frau Präsidentin, damit möchte ich meine Einführung in die Debatte beenden. — Ich bedanke mich.

Heinrich Lummer (CDU/CSU): — Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte verständlicherweise für die Annahme der beiden Berichte und Resolutionen plädieren und dieses Plädoyer mit dem Dank an die Berichterstatte verbinden. Ansonsten möchte ich mir nur einige Bemerkungen erlauben, die nicht auf die Frage der Schuldzuweisung gerichtet sind, sondern auf die Bewältigung der Gegenwart und der Zukunft.

Es ist ganz sicher, daß uns allen ein einheitliches Jugoslawien lieber wäre als eine Reihe von souveränen Staaten. Aber es war das Prinzip der Selbstbestimmung, das uns veranlaßte, diesen Prozeß zu akzeptieren. Das steht auch eindeutig in der Resolution.

Dies muß jedoch nicht heißen, daß in der Zukunft keine neue Form der Zusammenarbeit mehr gefunden werden kann. Die neue Form der Zusammenarbeit muß auf Freiwilligkeit beruhen. Deshalb bleibt die Erkenntnis richtig: Vor dem freiwilligen Verzicht auf Souveränität kommt die Anerkennung der Souveränität; vor der Fähigkeit und Bereitschaft zu neuer Kooperation muß zunächst einmal das Selbstbestimmungsrecht, das zur Trennung führt, akzeptiert werden.

Aber wir möchten, weil es dem Trend in Europa entspricht, natürlich alle ermuntern, neue Formen der Zusammenarbeit in der Zukunft zu finden.

Die Anerkennung der Republiken, die dafür die Voraussetzungen erfüllten, war und ist auch in der Zukunft nötig.

Es hat gelegentlich Befürchtungen gegeben, daß die Anerkennung von Kroatien und Slowenien den Konflikt verschlimmern werde. Dies hat sich Gott sei Dank nicht bestätigt. Eher können sich diejenigen bestätigt fühlen, die gesagt haben: Eine frühere Anerkennung hätte den Konflikt möglicherweise entschärfen, vielleicht sogar vermeiden können. Das ist wichtig für unser Verhalten.

Meine Damen und Herren, in den Anerkennungsvoraussetzungen, die in der Resolution des Kollegen Reddemann genannt worden sind, ist auch davon die Rede, daß dazu die Akzeptanz, die Unverletzlichkeit der Grenzen gehört. Das ist ein wichtiger KSZE-Grundsatz. Wenn dies von Makedonien erfüllt wird, dann muß, so meine ich, auch die griechische Bereitschaft zur Anerkennung vorhanden sein. An den Namen allein kann man keine Anerkennungsverweigerung aufhängen und sie damit begründen. Allerdings muß Makedonien diese Erklärung eindeutig abgeben. Die Resolution spricht davon, daß diese Voraussetzungen erfüllt seien.

Gestern war in einigen Zeitungen zu lesen, daß kroatische Flüchtlinge aus Vukovar ihre serbischen Mitbürger aus Vukovar, die ebenfalls geflohen waren, zur gemeinsamen Rückkehr aufgefordert haben. In einem Brief, den diese Kroaten geschrieben haben, heißt es:

Wir haben gemeinsam die Tragödie von Vukovar erlebt. Wir wissen, daß es unmöglich ist, ethnisch einheitliche Territorien zu schaffen. Wir sind zusammen aufgewachsen, haben zusammen gelebt und gearbeitet. Ebenso können wir gemeinsam von vorn anfangen. Kehren wir zusammen in unsere Stadt zurück!

Dies, so meine ich, ist ein erfreuliches Zeichen. Wir sollten es als ein Zeichen der Hoffnung aufgreifen.

Ich finde in der Zusammenfassung der Resolution nach einem Kolloquium den Versuch wieder, die zerstrittenen Parteien an einen Tisch zu bringen. Ich glaube, die Zeit ist reif geworden, daß auch wir dies

gemeinsam tun, damit alle anstehenden Fragen in friedlicher Weise einer Lösung nähergebracht werden; gelöst werden können sie vielleicht noch nicht. Zu einem solchen Schritt sollten wir unseren gemeinsamen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, es ist eine der offenen Fragen, wo die Truppen der Vereinten Nationen stationiert werden sollen. Wir dürfen nicht bereit sein, diese Aktion als die Akzeptanz und Legalisierung gewaltsamer Eroberungen der Vergangenheit mißzuverstehen. Deshalb darf die Stationierung von UNO-Soldaten nicht entlang der Frontlinie, sondern muß in den Gebieten erfolgen, die umstritten waren und sind. Aber es dürfen keine Grenzanerkennungen oder Grenzveränderungen vorweggenommen werden.

Allerdings ist es nach meinem Dafürhalten erforderlich, daß die Vereinten Nationen zügig und schnell handeln, auch wenn noch nicht alle Fragen, die in dem Zusammenhang auftauchen, gelöst sind. Ein gewisses Risiko sollte man durchaus zu übernehmen bereit sein. Die Entwicklung verläuft jedenfalls trotz aller Labilität und Problematik positiv. Deshalb sollte kein Zögern der Vereinten Nationen eintreten.

Ich danke Ihnen.

Wilfried Böhm (CDU/CSU): — Frau Präsidentin, eine ganz kurze Bemerkung. Sie beginnt mit einem herzlichen Dank an unseren Berichterstatter Sir John Hunt, der sich mit sehr großem persönlichen Engagement den Opfern des Krieges zugewandt hat, den wir alle, wie in der Debatte zum Ausdruck gekommen ist, bedauern und der uns allen nahelegt, für die Zukunft aus diesen schrecklichen Entwicklungen zu lernen.

Dieses Europa kehrt zurück zur Normalität, die schrecklich sein kann, wenn man sie nicht bündigt. Wir sind wieder — so darf man es wohl sagen — im Jahre 1913, aber wir haben die schlimmen Erfahrungen zweier Weltkriege und zweier totalitärer Ideologien gemacht. Wir können jetzt dieses Jahrhundert noch einmal leben, aber in Frieden, basierend auf schlimmen Erfahrungen, aber mit einer guten Zukunft. Heute wissen wir, wie wir es in Europa richtig machen müssen, um in Frieden und Freiheit leben zu können.

Die schrecklichen Opfer im zerfallenden Jugoslawien mahnen uns dazu. Die Vorschläge von Sir John Hunt, Frühwarnsysteme zu entwickeln, kann man nur in demokratischen Staaten verwirklichen. Wir können aus diesem Jahrhundert lernen: Nur Demokratien sind wirklich friedensfähig.

Zum Schluß möchte ich eine technische Bemerkung machen. In der vorletzten Zeile der Empfehlung ist durch einen technischen Fehler die Erwähnung von IOM unterblieben. Ich möchte, daß es ins Protokoll kommt, damit dies noch in die Empfehlung aufgenommen wird. Das ist eine rein technische Anmerkung, die ich zum Schluß machen wollte.

Ich danke Ihnen.

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Vielen Dank, Frau Präsidentin! — Ich werde es nicht nur kurz

machen, sondern auch eine Rede einsparen, denn ich spreche gleichzeitig als Vorsitzender des Ausschusses und als Berichterstatter.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist die Frage erörtert worden, warum Europa so wenig Möglichkeiten hatte, in der jugoslawischen Krise tätig zu werden. Ich glaube, heute haben wir dafür, daß es so ist, einen indirekten Beweis bekommen, denn wir müssen feststellen, daß die Meinungsunterschiede zwischen uns in vielen Punkten noch außerordentlich groß sind. Wir müssen registrieren, daß wohl nicht nur die Minister in einer schwierigen Situation gewesen sind, sondern wir als Versammlung ebenfalls.

Ich möchte nur einige wenige Punkte aus der Debatte aufgreifen, wobei ich allen, die sich an ihr beteiligt haben, danke:

Einig waren wir uns bei der Anerkennung der Menschenrechte, wie Herr Bassinet sie zu Beginn der Debatte gefordert hat. Wir wollen auch, wie es der Kollege Cem in die Debatte eingeführt hat, keine Doppelzüngigkeit, aber ich muß noch einmal auf das verweisen, was der Kollege Seitlinger schon gesagt hat: Bei der Frage der Anerkennung von Staaten haben sich all unsere Staaten nie daran gehalten, ob in einem anderen Staat die Menschenrechte herrschten oder nicht, und ich glaube, wir können nun von uns aus für diese neuen Staaten — ich betone: bei der Anerkennung — nicht gleich verlangen, daß wir dort die reale Westminster-Demokratie vorfinden.

Was den Gaststatus betrifft — und darum geht es ja in unserer Versammlung zunächst einmal, denn an eine Vollmitgliedschaft denkt noch niemand —, so haben wir seinerzeit die nicht mehr existierende Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu einem Zeitpunkt akzeptiert, als ein Teil des Systems der Konzentrationslager noch vorhanden war. Wenn wir heute bei der Anerkennung eines Gaststatus eines kleinen Landes eine ganz exakte Ordnung verlangen, erwecken wir den Eindruck, als ob wir bei den Großen sehr lässig mit der Lage umgingen, dafür aber um so härter zuschlugen, sobald es sich um einen Staat ohne Macht handelt. Dies darf nicht sein; dies widerspricht den Prinzipien des Europarates.

Die Frage der Grenzen, die vor allem der Kollege Papadogonas aufgegriffen hat, ist eine grundsätzliche Frage. Aus der gesamten Politik, die vom Ende Jugoslawiens zu einem Anfang einer neuen Zusammenarbeit führt, darf keine Grenzauseinandersetzung werden. Wenn wir dies beginnen, eröffnen wir in der Tat eine Auseinandersetzung, bei der wir als Europäer kaum die Chance haben, sie zu beenden.

Daher meine herzliche Bitte, daß bei den künftigen Überlegungen, die wir anstellen, gerade diese Grenzfrage nach außen und, so möchte ich betonen, auch nach innen geklärt wird, denn die jugoslawische Bemerkung, es handele sich nur um Verwaltungsgrenzen, klingt zwar sehr schön, entspricht aber nicht einmal der Verfassung, die in den vergangenen Jahren in der Jugoslawischen Föderativen Republik existiert hat.

Ich möchte nicht auf das eingehen, was der Kollege Hardy sagte, als er meinte, einige Regierungen hätten bei der Anerkennung von Kroatien und Slowenien Druck ausgeübt. Wir können uns eine solche Diskussion eigentlich nicht leisten, weil wir als Parlamentarische Versammlung unsere Mitgliedsstaaten aufgefordert hatten, diese Anerkennung vorzunehmen. Wir können keinen Staat kritisieren, weil er unserem Rat gefolgt ist.

Der Kollege Lummer hat zu Beginn seiner Ausführungen von einer Initiative serbischer und kroatischer Opfer dieses Krieges gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß sie die Absicht haben, gemeinsam wieder in ihre zerstörte Stadt zu ziehen. Ich denke, erst dann, wenn es möglich ist, die verschiedenen Volksgruppen wieder zu einer Gemeinsamkeit zu bringen, also das Trennende und das Kriegerische zu überwinden, erst dann werden wir eine wirkliche Konsolidierung der Lage und, wie ich hoffe, eine friedliche und demokratische Zukunft schaffen.

Ich bedanke mich.

Empfehlung 1175 (1992)
betr. die Lage in Jugoslawien

1. Die Versammlung unterstützt alle Anstrengungen zur Wiederherstellung von Frieden auf dem Territorium der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und bedauert, daß Tausende getötet und Zehntausende verletzt oder zu Flüchtlingen in einem sinnlosen Krieg wurden.
2. Sie bekräftigt ihren Aufruf vom 21. September 1991 (Entschließung 969), die Beachtung des Rechts der Völker Jugoslawiens auf Selbstbestimmung durch Anerkennung zu garantieren.
3. Die Versammlung ruft jene Staaten, die noch immer Vorbehalte haben, auf, dem Beispiel der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und diplomatische Beziehungen zu den neuen souveränen Republiken von Kroatien und Slowenien aufzunehmen.
4. Sie appelliert an die Völker des früheren Jugoslawiens, nicht nur von dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte Abstand zu nehmen, sondern auch zu versuchen, nach der Teilung zusammenzuarbeiten.
5. Sie erwartet von den Mitgliedsstaaten des Europarates, daß sie ihre Anstrengungen verstärken, um die Herbeiführung von Frieden in diesem Teil Europas zu unterstützen.
6. Sie verpflichtet sich, die Beziehungen zwischen den neuen Staaten und dem Europarat klar festzulegen und den Parlamenten der verschiedenen Republiken — soweit angebracht — den besonderen Gaststatus zu verleihen.
7. Die Versammlung erwartet, daß die neu anerkannten Republiken sowie jene, die die Anerkennung anstreben:
 - i. eine politische Ordnung in dem früheren Jugoslawien schaffen werden, in der die Beachtung der Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention verfassungsrechtlich garantiert ist;
- ii. diese Ordnung auf dem Prinzip der Parlamentarischen Demokratie aufbauen, deren unersetzbares Hauptwesensmerkmal freie, geheime und allgemeine Wahlen sind, die in angemessenen Abständen stattfinden und zur Bildung von Parlamenten führen, die sich aus Vertretern von politischen Parteien mit freier Organisation und Meinungsäußerung zusammensetzen;
- iii. den Minderheiten, die in ihrem Staatsgebiet leben, das Recht auf freie Äußerung ihrer Identität zu garantieren und ihnen kulturelle und politische Autonomie zu gewähren;
- iv. zu vereinbaren, ihre Schwierigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel zu regeln und die bestehenden Grenzen in Europa, wie in den KSZE-Instrumenten festgelegt, anzuerkennen;
- v. die Zuständigkeit einer europäischen Institution oder des Internationalen Gerichtshofes bei der Regelung möglicher Grenzkonflikte zu akzeptieren.

8. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee:

- i. den umstrittenen Gebieten in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien (Kosovo und Wojwodina) besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Versammlung über die Lage in diesen Regionen zu unterrichten;
- ii. gemeinsam mit der Versammlung ein Kolloquium zu veranstalten, welches die Konfliktparteien und benachbarte Staaten zusammenbringt und welches u.a. durch die Behandlung der Frage der umstrittenen Grenzen zur Schaffung einer stabilen Grundlage für den Frieden beitragen könnte;
- iii. Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, Europa mit den erforderlichen Mitteln für die Gewährleistung von Frieden auszustatten, im Einklang mit den Ergebnissen des Europäischen Rats Treffens von Maastricht (9. bis 10. Dezember 1991) in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen.

Empfehlung 1176 (1992)
betr. die Krise in Jugoslawien: Die vertriebene Bevölkerung

1. Die zwischen Serben und Kroaten im Juni 1991 ausgebrochene Krise in Jugoslawien hat zur Vertreibung von über 600 000 Menschen geführt, von denen viele gezwungen waren, in den Nachbarländern Zuflucht zu suchen.
2. Die Versammlung ist zutiefst besorgt über die schwerwiegenden Folgen der jugoslawischen Krise für die betroffene Bevölkerung, deren Situa-

tion sich in Anbetracht des fortdauernden Konflikts weiterhin verschlechtert.

3. Zahlreiche unbegleitete Minderjährige unter diesen Vertriebenen benötigen besondere Hilfe, um durch die Vertreibung und die Trennung von ihren Familien entstandene Not zu lindern.
4. Trotz der Abkommen, die ihnen den freien Durchlaß garantieren, hatten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und andere internationale Hilfsorganisationen große Schwierigkeiten, Zugang zu bestimmten Gebieten zu erhalten, um dort den Bedürftigen Hilfe zu leisten.
5. Nach sieben Monaten der Krise wird der Druck auf die Familien, die diese Vertriebenen aufnehmen, und auf die Nachbarländer, insbesondere Ungarn, immer schwerer zu ertragen.
6. Folglich empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:
 - i. an die kriegführenden Parteien zu appellieren, unter allen Umständen die vier Genfer Abkommen von 1949 einzuhalten, die den Schutz der Verwundeten bei den Streitkräften, der Kriegsgefangenen und der Zivilpersonen in Kriegszeiten garantieren;
 - ii. die erforderlichen Maßnahmen für die rasche Errichtung eines Frühwarn- und Soforthilfesystems zu treffen, um den Mitgliedsstaaten die Koordinierung und Verbesserung ihrer Hilfe für die Vertriebenen zu ermöglichen, solange die Krise andauert;
 - iii. unverzüglich Hilfsmaßnahmen für die unbegleiteten Minderjährigen, die Opfer der Krise sind, zu treffen, um ihre Not zu lindern und sie wieder mit ihren Familien zu vereinen;
 - iv. zu untersuchen, in welcher Weise der Soziale Entwicklungsfonds eingesetzt werden könnte, um die Lage der Vertriebenen zu verbessern, ihre freiwillige Rückführung zu erleichtern und die durch den Krieg verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen;
 - v. die Regierungen der Mitgliedsstaaten aufzufordern:
 - a. den größtmöglichen Schutz von Minderheiten und Menschenrechten zu unterstützen, wodurch das Vertrauen bei denjenigen Vertriebenen gestärkt wird, die meinen, daß sie sich im Falle ihrer Rückkehr in Gefahr befinden würden;
 - b. durch eine Intensivierung ihrer Hilfe eine größere Solidarität mit den Ländern zu bekunden, die Vertriebene aufnehmen;
 - c. ihre finanzielle Unterstützung für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), den Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), die Internationale Organisation für Migration (IOM) und die verschiedenen internationalen humanitären Organisationen, die sich der Vertriebenen annehmen, zu erhöhen.

Richtlinie 473 (1992)

betr. die Lage in Jugoslawien

Unter Bezugnahme auf ihre Empfehlung 1174 (1992) weist die Versammlung ihren Politischen Ausschuß und ihren Ausschuß für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern an, so schnell wie möglich Kontakt zu den Parlamenten der betreffenden Republiken aufzunehmen und die guten Dienste der Parlamentarischen Versammlung für den Demokratisierungsprozeß anzubieten.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog

(Themen: Würdigung des Europarates — Veränderungen im Ost-West-Verhältnis — Israel und die Vereinten Nationen — Friedensvertrag mit Ägypten — israelisch-arabischer Konflikt und Friedensgespräche — islamischer Fundamentalismus — Bereitschaft zur Zusammenarbeit)

Tagesordnungspunkt:

Sekten und neue religiöse Bewegungen

(Drucksache 6535)

Berichterstatte: Abg. Sir John Hunt

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen fest, daß in den letzten Jahrzehnten einerseits die Rolle der klassischen Religionen in Europa ständig in Rückgang begriffen ist; auf der anderen Seite sehen wir, daß z. B. im Bereich des Nahen Ostens der Islam, auch in der Gestalt des Fundamentalismus, erheblichen Zulauf hat. Ich führe das darauf zurück, daß die Rolle des Transzendentalen in Europa im allgemeinen von den klassischen Religionen, von den Kirchen nicht mehr in dem Maße betont wird, wie es früher der Fall war. Bei manchen Religionsgemeinschaften klassischer Art hat man das Gefühl, daß sie mehr an ein Soziologenseminar erinnern oder zu einem Dienstleistungsprogramm verkommen sind. Bestimmte religiöse Grundtatsachen und -überlegungen wie etwa das Recht auf Leben, die Debatte um die Euthanasie u.ä. sind in den Hintergrund gedrängt und von politischen Entscheidungen überlagert worden. Ja, bestimmte klassische religiöse Gruppierungen oder Kirchen haben sich allzu sehr in politische Dinge vermischen lassen; wenn man nur daran denkt, wie in einem bestimmten Teil meines Vaterlandes Oberkonsistorialräte zu ständigen Gästen in konspirativen Wohnungen des Staatssicherheitsdienstes geworden sind.

Deswegen ist es kein Wunder, daß sich junge Menschen, die etwas mehr wollen als Soziologendeutsch und Dienstleistungsbetrieb, von den klassischen Religionen abwenden. Das ist eine Chance für Sekten und neue Religionsgruppen, dieses Bedürfnis junger Menschen zu mißbrauchen, junge Menschen für ihre

Ziele zu gewinnen. Es entstehen neue Abhängigkeiten unter Mißachtung der Persönlichkeit, gelegentlich unter Zerstörung der Persönlichkeit; es wird eine Kontrolle über die Einzelperson, über das Individuum ausgeübt; vor allem versucht man auch, die Menschen wirtschaftlich abhängig zu machen.

In dem Zusammenhang ist es interessant, daß es hier auch gewisse politische Verwicklungen gibt. Für mich war sehr interessant, daß sich z.B. bestimmte Gruppierungen, die marxistische Systeme vertreten haben, im Laufe der letzten Jahre bis in den religiösen Bereich hinein weiterentwickelt haben, daß an die Stelle von Marxismus plötzlich Esoterik getreten ist. Ich konnte das im Fall einer Buchhandlung, die auf diesem Sektor tätig ist, sehr deutlich beobachten.

Wir wissen, daß religiöse Gruppierungen politische Verwicklungen haben; ich denke nur an die Colonia Dignidad, eine deutsche Emigrantengruppe auf chilenischem Boden, die viele Schlagzeilen gemacht hat.

Fernsehprediger und Fernsehberichte haben mit dazu beigetragen, weiter Verwirrung bei jungen Menschen zu stiften. In jüngster Zeit häufen sich etwa in meinem Lande Berichte, daß in Wäldern abgehäutete Tierkörper, deren Köpfe abgeschlagen waren, gefunden werden — Hinweise auf sogenannte schwarze Messen, die stattfinden.

Ich glaube, es kommt darauf an, daß der Staat seine Aufsichtspflicht wahrnimmt, daß er dafür sorgt, daß sich nur diejenigen als religiöse Sekten bezeichnen können, die auch registriert sind, und daß die Freiheit der Religionsausübung nicht dazu mißbraucht wird, daß neue Abhängigkeiten geschaffen werden.

Hierzu ist internationale Kooperation, hierzu ist internationale Information notwendig. Wir wissen, daß ein Teil dieser neuen Sektierergruppen gerade aus asiatischen Ländern nach Europa einwirkt.

All das wird aber — das möchte ich abschließend sagen — nichts helfen, wenn die traditionellen Religionen in Europa nicht dazu kommen, sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Empfehlung 1178 (1992)

betr. Sekten und neue religiöse Bewegungen

1. Die Versammlung ist besorgt über bestimmte Probleme im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Sekten und neuen religiösen Bewegungen.
2. Sie wurde von verschiedenen Vereinigungen und Familien, denen nach eigener Aussage Schaden durch Aktivitäten von Sekten zugefügt wurde, warnend hierauf aufmerksam gemacht.
3. Sie hat der vom Europäischen Parlament im Cottrell-Bericht an den Europarat gerichteten Aufforderung, sich diesem Problem zuzuwenden, Rechnung getragen.
4. Sie hat alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, über die von ihnen angewandten Verfahren und die zu bewältigenden rechtlichen Probleme zu berichten.

5. Sie ist der Ansicht, daß angesichts der in Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Gewissens- und Religionsfreiheit eine Sondergesetzgebung für Sekten nicht erstrebenswert ist, da solche Gesetze dieses Grundrecht beeinträchtigen und traditionellen Religionen schaden können.
6. Sie vertritt jedoch die Auffassung, daß bestimmte erzieherische sowie gesetzliche und andere Maßnahmen getroffen werden sollten als Antwort auf die Probleme, die durch einige Aktivitäten von Sekten oder neuen religiösen Bewegungen entstanden sind.
7. Zu diesem Zweck empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Mitgliedsstaaten des Europarates zur Verabschiedung folgender Maßnahmen aufzufordern:
 - i. das Programm des allgemeinen Bildungssystems sollte konkrete und objektive Informationen enthalten über die wichtigsten Religionen und ihre bedeutsamsten Abspaltungen, über die Grundsätze vergleichender Religionsstudien, über Ethik sowie über Individual- und Sozialrechte;
 - ii. entsprechende zusätzliche Informationen über Art und Aktivitäten von Sekten und neuen religiösen Bewegungen sollten ebenfalls eine weite Verbreitung in der Öffentlichkeit finden. Für die Zusammenstellung und Verbreitung dieser Informationen sollten unabhängige Institutionen eingerichtet werden;
 - iii. sofern noch keine gesetzliche Regelung besteht, sollte die Einführung eines Gesetzes in Betracht gezogen werden, das allen ordnungsgemäß eingetragenen Sekten und neuen religiösen Bewegungen sowie allen Abspaltungen der Hauptsekte den offiziellen Status als Vereinigung zuerkennt;
 - iv. zum Schutz von Minderjährigen und zur Verhinderung von Entführungen, auch im Ausland, sollten die Mitgliedsstaaten das Europäische Übereinkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und über die Wiederherstellung des Sorgerechts (1980) ratifizieren, sofern dies noch nicht erfolgt ist, und Gesetze verabschieden, die eine Anwendung dieses Übereinkommens ermöglichen;
 - v. die bestehenden Gesetze zum Schutz von Kindern sollten eine striktere Anwendung finden. Darüber hinaus müssen die Mitglieder einer Sekte über ihr Recht unterrichtet werden, aus der Sekte auszutreten.
 - vi. Personen, die für Sekten arbeiten, sollten bei sozialen Wohlfahrtsverbänden registriert werden, die ihnen soziale Absicherung garantieren. Eine solche soziale Absicherung sollte auch für Personen vorgesehen werden, die ihren Austritt aus den Sekten beschließen.

Tagesordnungspunkt:

Exodus der albanischen Staatsbürger

(Drucksache 6555)

Berichtersteller: Abg. Wilfried Böhm

Wilfried Böhm (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Von allen Ländern, die unter kommunistischer Herrschaft leiden mußten, war und ist Albanien in der schlimmsten Situation: damals unter dem Kommunismus, der das Land nicht nur vom Westen, sondern auch von den kommunistischen Nachbarn isolierte, und heute, weil sich die Folgen des brutalsten Kommunismus auch in den brutalsten Formen zeigen. Albanien ist das vom Kommunismus am meisten verwüstete Land Europas.

So kam es jetzt in Albanien zu regelrechten Brot- und Lebensmittelrevolten. Geschäfte und Fabriken wurden von hungrigen Volksmassen gestürmt und geplündert. Es gab Schießereien mit mehreren Toten.

Die Regierungskoalition ist zerbrochen. Die Wahlen im März lassen die Hoffnung aufkommen, daß dann endlich eine demokratische Regierung dieses Land in eine bessere Zukunft führen wird.

Bedenken kommen uns, wenn wir in diesen Tagen hören, daß die griechische Minderheit, die OMONIA, nicht zur Beteiligung an den Wahlen zugelassen worden ist. Zur Herbeiführung demokratischer Verhältnisse können die Albaner selbst vieles tun. Wirtschaftlich allerdings, meine Kolleginnen und Kollegen, kann sich Albanien gegenwärtig nicht selbst helfen.

Offenbar sind wir uns alle miteinander noch gar nicht der Gefahren bewußt, die uns alle bedrohen durch die Entwicklungen im Osten und im Südosten Europas. Mit ein paar emotionalen Appellen, mit humanitärer Hilfe, mit Sachspenden, Lebensmittellieferungen ist die Situation auf die Dauer nicht unter Kontrolle zu bringen. Albanien kann sich nur zu 10 % selbst ernähren, 90 % müssen von außen kommen, und zwar als Geschenk, denn der Staat ist bankrott.

Unsere Hilfeleistung ist doch auch, wenn wir es recht bedenken, eine moralische Pflicht. Alle Europäer tragen Verantwortung für die Lage unserer europäischen Landsleute im Osten und Südosten unseres Kontinents. Es war Hitler, der die baltischen Staaten, Polen und Moldawien der Sowjetunion und damit dem kommunistischen System ausgeliefert hat.

Nach dem Ende Hitlers waren es andere, die als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs den Balkan, die Tschechen, die Slowaken und wiederum die Polen dem Kommunismus ausgeliefert haben. Keines dieser Länder im Osten und Südosten unseres Kontinents hat frei den Kommunismus gewählt. Alle diese Länder sind Opfer. Deshalb ist unsere Hilfe auch der Versuch einer Wiedergutmachung.

Ein kluger Journalist brachte kürzlich mit Blick auf Albanien folgenden treffenden Vergleich: „Einer Bevölkerung, die jahrzehntelang nicht auf eigenen Beinen stehen durfte, über Nacht die Marktwirtschaft zu verschreiben, ist genauso, als wolle man einem Rekonvaleszenten nach langer Bettlägerigkeit zumuten, sofort zu einem 1000-Meter-Lauf anzutreten.“

Wer dem zustimmt, der hat kein Verständnis für Leute, die in Albanien einen kurzen Besuch für 24 Stunden machen, arrogante Ratschläge erteilen nach dem Motto: „Ihr müßt nur in die Hände spucken und arbeiten!“ Solche Politiker sind dort nicht gefragt, sondern solche, die sich nach ihrem Besuch weiterhin aktiv für dieses Land einsetzen. Das Erbe des Kommunismus, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird uns alle miteinander noch teuer zu stehen kommen.

Für unsere Hilfe gilt: Sie muß im Lande erfolgen; der Exodus, welcher der Anlaß für unseren heutigen Bericht ist, ist keine Lösung. Die über vier Jahrzehnte andauernde Isolierung von der übrigen Welt und die katastrophale Lage haben in Albanien zu einem Trauma geführt, das sich in einer tiefen Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der Situation im eigenen Land niederschlägt, zugleich aber auch in Hoffnungen auf ein Leben außerhalb Albaniens, in einer Welt, die der Albaner bisher nur vom Hörensagen oder bestenfalls vom italienischen Fernsehen her kannte.

1990/1991 gab es mehrere Fluchtwellen; sie sind alle im Bericht aufgeführt. Es gab Botschaftsbesetzungen, es gab Fluchtwellen nach Griechenland und Italien. Wir in Europa wurden alle Zeugen dieser schrecklichen Szenen, die uns alle tief erschütterten. Auch das ist im Bericht aufgeführt.

Die Masse der Albaner, die ihr Land verlassen wollten, bestand aus jungen Männern. Aus ihren Berichten über diesen Exodus geht hervor, daß sie sich in Albanien, wie man fast sagen möchte, lebendig begraben vorkommen. Wie ein Lauffeuer, so sagten sie mir, habe es sich herumgesprochen, daß man endlich aus diesem Land herauskommen kann. Alle seien losgerannt, hätten Lastkraftwagen besetzt, Schiffe gestürmt und die Besatzung gezwungen loszufahren. Es habe sich um eine Massenpsychose gehandelt.

Es läßt sich nicht beurteilen, ob diese Psychose inszeniert war. Manche Gerüchte besagen das, aber ein Beweis ist nicht zu führen.

So möchte ich diesen Exodus heute als ein Symbol des Wunsches, ja des Verlangens der Albaner, sich als Europäer Europa anzuschließen, deuten. Sie wollen als ein freies Volk endlich am Leben Europas teilnehmen.

Wir müssen unsere Hilfe verstärken: jeder hier mit politischen Entschlüssen, jeder in seinem nationalen Parlament, um dort zu fordern, daß die Regierung nicht nur wenig, sondern mehr für den Hilfsfonds zugunsten Albaniens gibt, und, wie ich glaube, auch mit persönlichem Engagement.

Unverzügliche humanitäre Hilfe ist nötig. Aber ich sagte schon: Sie allein reicht nicht aus. Hilfe zur Selbsthilfe muß folgen. Ganz besonders bewähren sich Programme, die auch in meinem Land aufgelegt

worden sind, die aber noch viel zu gering sind, um junge albanische Bürger aus ihrem Land zu holen, sie in unseren entwickelten europäischen Staaten lernen und Praktika absolvieren zu lassen und sie dann nach Albanien zurückgehen zu lassen.

Eine Auswanderung ist keine Lösung. Diese Menschen werden beim Aufbau ihrer Heimat gebraucht.

Albanien, verehrte Kolleginnen und Kollegen, braucht Europa. Aber ich bin davon überzeugt, daß Europa auch ein demokratisches Albanien braucht, und zwar mit Blick auf die Situation auf dem Balkan. Albanien könnte sich, wenn wir ihm beim Aufbau seiner Demokratie und seiner Wirtschaft helfen, als der stabilisierende Faktor auf dem Balkan erweisen. Das muß kluge europäische Politik ermöglichen.

Ich danke Ihnen.

Albert Pfuhl (SPD): — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der guten Ordnung halber möchte zuerst auch ich Herrn Böhm für den umfassenden, konkreten Bericht danken, den er sowohl über die Fakten als auch über die Schlußfolgerungen vorgelegt hat. Lieber Freund Böhm, es ist mehr als ein Bericht, es ist ein Hilferuf, den Sie hier zu Papier gebracht haben und mit dem wir uns hier heute in dem kleinen Kreis der Freunde Albaniens beschäftigen. Deswegen bin ich denen, die hier sind, dankbar. Es ist ja nicht die erste Debatte, die wir hier zu dem Problem Albaniens führen.

In der Zwischenzeit haben sich, wie wir gehört haben, die Verhältnisse noch verschlimmert. Bei mehreren Besuchen hatten wir die Möglichkeit, dies festzustellen.

Gestatten Sie mir, daß ich hier nicht alles wiederhole, was in dem Bericht steht und was von meinen verehrten Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden ist. Statt dessen will ich noch einige ergänzende Bemerkungen machen.

Wie Sie wissen, lebt die Mehrheit der Albaner nicht in Albanien. Die Zahl der ethnischen Albaner außerhalb der Staatsgrenzen Albaniens ist größer als die der in Albanien lebenden Albaner. Bedingt auch durch das albanische Großfamilienleben sind natürlich trotz der 40 bis 50 Jahre Abkapselung Bindungen vorhanden. Deshalb will man — zusätzlich zu all den schrecklichen Gründen, die zu dem Exodus geführt haben — natürlich über die Grenzen hinaus, um die Verwandtschaft zu besuchen. Dies ist eines der Ergebnisse der Gespräche, die wir dort geführt haben. Das gilt für Kosovo, Makedonien und auch bis hin zu den USA. Auch in Italien soll es ja hohe Politiker geben, die albanischen Ursprungs sind.

Heute leben diese Albaner eben in verschiedenen Gebieten. Die Verwandtschaft in den Staatsgrenzen des jetzigen Albanien hat die Verbindung nach außerhalb wieder aufgenommen. Das ist einer der Gründe, daß man die Flucht angetreten hat oder versucht hinauszukommen. Aber viel schlimmer ist der wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche Zusammenbruch.

Ein Grund für die Geschehnisse scheint mir aber auch darin zu liegen, daß man die Menschen 50 Jah-

re lang systematisch von der Information abgeschnitten hat. Aus diesem Mangel an Information ergibt sich nun, daß der einzelne in Albanien nicht mehr glaubt, was in der Zeitung steht. Er glaubt nicht mehr, was seine Regierung ihm sagt. Er glaubt nicht mehr an das, was im Fernsehen gesendet wird. Er läuft Parolen nach, die aus der Gerüchteküche kommen. So kommt es, daß, wenn gesagt wird, daß in Durres ein Schiff liegt, mit dem alle auswandern können, die Leute das glauben. Wenn ihnen gesagt wird, daß sie in der deutschen Botschaft Visa bekommen können, damit sie nach Deutschland auswandern können, dann stehen — das ist ja so gewesen — am nächsten Morgen 3 500 dort in der Botschaft, im Garten und in den Räumen, und versuchen, dort ihr Glück zu finden.

Das sind Probleme, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Die Menschen sind noch nicht in der Lage, zwischen Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden. Deswegen gehört es zu unserer Verpflichtung, zu versuchen, den Menschen auf allen möglichen Wegen Informationen zu geben. Nach meinem Eindruck haben wir als Europarat viele Möglichkeiten, den Leuten klarzumachen, was machbar ist und was in ihren Vorstellungen Utopie ist. Der Europarat sollte, um glaubwürdig zu sein, diese Möglichkeiten ergreifen.

Der Europarat muß objektive Aufklärung auch hinsichtlich dessen betreiben, was in Albanien auf die Menschen zukommen kann, wenn sie wieder Mut schöpfen.

Damit bin ich bei einem weiteren Thema. Nach meinem Eindruck sind viele verzweifelt, apathisch und sehen innerhalb ihres Landes keine Lösung mehr. Sie meinen, sie seien in Europa zu spät gekommen. So hat es einmal einer ihrer Schriftsteller ausgedrückt.

Diese Situation zu ändern, den Menschen psychologisch beizustehen, ihnen Mut zu geben und zu helfen, wieder zu erkennen, daß sie innerhalb ihrer Heimat die besseren Möglichkeiten haben, ist genauso notwendig wie unser Rat und unsere materielle Hilfe. Damit gelangen diese Menschen zwar nicht in den Garten Eden, aber dadurch können sie in die Lage versetzt werden, ihr Glück in ihrem Land selber zu schmieden.

Ich bin dem Präsidenten Islami dankbar, daß er heute hier ist und die Erkenntnis von hier mitnimmt, wie wir uns bemühen, ihm zu helfen. Aber er soll auch die warnenden und mahnenden Worte mitnehmen, die hier hinsichtlich der Frage gefallen sind, was in Albanien im Zusammenhang mit der demokratischen Entwicklung auf uns zukommt.

Gestatten Sie mir ein letztes Wort. Madame Lentz-Cornette und ich hatten Gelegenheit, mit einem der führenden Parteivorsitzenden dort zu sprechen. Er sprach den Glauben aus, daß, wenn im März die Wahlen gelaufen sind, dort alles besser würde. Nach seiner Auffassung fällt dann Manna vom Himmel, weil man dann eine demokratische Regierung habe. Auch diese Utopie wird in sich zusammenbrechen, und darunter wird die Demokratie als Ganzes Not leiden.

Helfen wir alle gemeinsam, daß wir Albanien materiell, aber auch geistig wieder auf den Weg bringen! Damit helfen wir auch uns selber, aber in erster Linie den Menschen dort, die unsere Hilfe verdienen.

Herzlichen Dank.

Wilfried Böhm (CDU/CSU)*: — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei allen Beteiligten bedanken, die sich in dieser Diskussion alles in allem als Freunde Albaniens gezeigt haben. Das ist eine gute Grundlage für die künftige Arbeit.

Ein Wort zur Delegation unserer Gäste aus Albanien: Es war mir eine Freude, Sie zu hören, Herr Islami. Ihre Aufforderung zu wirtschaftlichen Aktivitäten und die Aufforderung zur Integration Ihrer Landsleute in den Staaten Europas muß beherzigt werden.

Ich gebe Ihnen völlig recht.

Auch das möchte ich dem anwesenden Parlamentspräsidenten Albaniens sagen: Diese Delegation, die Ihr Parlament geschickt hat, ist in Europa angekommen. Sie spricht unsere Sprache, und sie findet unser Ohr.

Sie sprachen vom Optimismus für die Zukunft. Das ist die beste Grundlage für das, was der Kollege Ruffy gefordert hat: Investitionen, Investitionen und noch einmal Investitionen. Für diese Investitionen wiederum ist die Rechtsstaatlichkeit die einzig sichere Basis. Davon hat der Kollege Rokofyllos gesprochen, als er die Rechte für die Minderheiten anmahnte, und so wurde ein Diskussionsbeitrag durch den anderen ergänzt.

Frau Lentz-Cornette, Ihr großartiges persönliches Engagement haben Sie mit Ihrem Beitrag hier noch einmal unterstrichen. Bei Ihnen können wir sagen: Sie reden nicht nur, Sie handeln auch, und es ist schön, das im Kreise von Politikern einmal aus vollem Herzen bestätigen zu können.

Frau Guirado, sicherlich haben Sie recht, wenn Sie sagen: Mit der Jugend würde dem Land die Zukunft verlorengehen. Sie haben recht, wenn sie auf das vergessene Land der Skipetaren hingewiesen haben. Wir haben dadurch Schuld auf uns geladen, daß wir nicht auf Albanien gesehen haben — in der Zeit, in der Albanien auf sich selbst nicht aufmerksam machen konnte.

Ich danke auch dem Kollegen Pfuhl für die realistische Betrachtung, die er zum Schluß angestellt hat. Vieles, was man sich vorstellt und was man sich nun von der Demokratie erhofft, wird eben nur nach vielen Enttäuschungen, aber auch nur durch Hilfe von uns zu verwirklichen sein.

Zum Schluß möchte ich — trotz der vielen Probleme, die wir mit der Art und Weise, wie man dem Exodus begegnete, gehabt haben — insgesamt auch Italien und Griechenland dafür Dank sagen, daß sie als gute Nachbarn geholfen haben und helfen. Junge Albaner, die ich traf, habe ich gefragt: Wie war das bei euch mit dem Polizeieinsatz, als ihr drüben in Italien

wart? Da haben sie gesagt: Das haben wir vergessen, aber die Jeans, die wir von den Italienern bekommen haben, tragen wir heute noch in Erinnerung an unsere Tage in Italien. — Auch das sind Eindrücke, die man in Albanien gewinnen kann.

Meinen Dank an Sie alle möchte ich abschließen, indem ich die Worte von Herrn Akarcali einfach wiederhole: Helfen wir Albanien; es geht wirklich um die Ehre Europas.

Ich danke Ihnen.

Empfehlung 1179 (1992)

betr. den Exodus von albanischen Staatsbürgern

1. Die 40jährige Isolation Albaniens vom Rest der Welt in Verbindung mit der verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation hat zu erschütternden Folgen für seine Bürger geführt.
2. Seit Mitte 1990 haben Hunderttausende von Albanern ihr Land verlassen auf der Suche nach besseren Wirtschaftsverhältnissen im Ausland, obwohl ihre Kenntnisse über andere Länder nur auf dem basierten, was sie gehört oder im ausländischen Fernsehen gesehen hatten. Jene, denen es nicht gelungen ist, einen Arbeitsplatz zu finden, sind freiwillig nach Albanien zurückgekehrt oder wurden zurückgeführt.
3. Für Albanien bedeutet dieser Exodus — hauptsächlich von jungen Leuten und unbegleiteten Minderjährigen — einen enormen Verlust.
4. Die Versammlung begrüßt den Beschluß des Ministerkomitees, ein Sonderkonto „Notstandshilfe für Albanien“ zu eröffnen, um die akute Notlage der albanischen Bevölkerung zu lindern.
5. Die Ereignisse in Italien haben jedoch gezeigt, daß eine verstärkte europäische Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme, die sich durch den Massenexodus von asylsuchenden Menschen ergeben, notwendig ist.
6. Daher fordert die Versammlung unter Anerkennung der Tatsache, daß die italienischen Behörden im August 1991 in einer Situation der absoluten Notlage ihr Bestes versucht haben, das Ministerkomitee auf:
 - i. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Albanien in die Lage zu setzen, ein Faktor der Stabilität in der Balkanregion zu werden;
 - ii. Mittel und Wege zu prüfen, um den albanischen Behörden zu helfen, einen Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einzuleiten, der die Albaner ermutigen wird, in ihrem Land zu bleiben;
 - iii. die notwendigen Maßnahmen zur Koordinierung und Verbesserung der europäischen Unterstützung für Albanien zu ergreifen;
 - iv. mit den albanischen Stellen und den zuständigen internationalen humanitären Organisationen bei der Durchführung von Programmen

*) Schlußwort des Berichterstatters

- men zusammenzuarbeiten, die darauf abzielen, die Albaner besser über die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in benachbarten Ländern zu informieren;
- v. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:
- a. dem Sonderkonto „Notstandshilfe für Albanien“ großzügige Hilfe zukommen zu lassen;
 - b. den Sozialentwicklungsfonds des Europarates für die Finanzierung von Programmen einzusetzen, die eine Berufsausbildung für die albanischen Staatsbürger in den Gaststaaten sowie ihre freiwillige Rückkehr nach Albanien vorsehen;
 - c. die Aktivitäten internationaler humanitärer Organisationen in Albanien zu unterstützen;
- vi. die Regierungen der direkt von der Einreise albanischer Staatsbürger betroffenen Staaten aufzufordern:
- a. diesen Menschen angemessene Unterstützung zukommen zu lassen und ihren Rechtsstatus zu klären;
 - b. im Rahmen des Sozialentwicklungsfonds des Europarates Programme vorzulegen, die dazu beitragen, den Erfordernissen der Albaner, die sich derzeit in ihren Ländern aufhalten, gerecht zu werden;
 - c. in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) Programme der freiwilligen Rückkehr auszuarbeiten.

Donnerstag, 6. Februar 1992

Tagesordnungspunkt:

Dringlichkeitsdebatte: Die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben zur Zeit die größte Krise in der Geschichte eines Landes, das immer zu Europa gehört hat, auch wenn es am östlichen Rand Europas liegt, und das gerade durch seine Kultur einen ungeheuren Beitrag zur europäischen Geschichte geleistet hat. Ich erinnere an Puschkin und Tschechow, an Tolstoi und Dostojewski sowie an Tschaikowsky — um nur ein paar Namen zu nennen.

In dieser großen Krise, die wir zur Zeit erleben, erreichen uns Nachrichten wie z. B. die von heute früh, daß die Vorräte für die wichtigsten Lebensmittel angeblich nur noch 18 Tage reichen. Zur selben Zeit hören wir, daß der Handel innerhalb der Staaten der

GUS nicht funktioniert, daß das Fleisch, das Sankt Petersburg aus der Ukraine erwartet hat, nicht gekommen ist und daß im Grunde genommen die Innenbeziehungen innerhalb der ehemaligen Sowjetunion nicht mehr arbeiten.

Wir lesen von einem Bericht eines Experten, wonach 16 Kernkraftwerke auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion praktisch tickende Zeitbomben sind, die jederzeit ein zweites Tschernobyl hervorrufen könnten. Allein die Sanierung der Kraftwerke in der ehemaligen Sowjetunion kostet nach Meinung der Experten 1 Billion DM; das ist etwa so viel, wie die gesamten Bundesschulden der Bundesrepublik Deutschland ausmachen.

Während wir dieses Szenario sehen, erreichen uns andere Meldungen. 65 % der Offiziere der ehemaligen Roten Armee sind für die Wiederherstellung der Sowjetunion. 65 % der Offiziere — das ist also die gleiche Zahl — sind der Meinung, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion auf eine westliche Verschwörung zurückgeht.

Dies sind Nachrichten, die uns zu denken geben müssen. Denn sie weisen darauf hin, daß das reaktiönäre Potential in diesem großen Staatengebilde nach wie vor vorhanden ist. Man ist der Überzeugung, daß die Gefahr eines Putsches heute größer ist als im vergangenen August.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß die westlichen Staaten helfen. Allein die Bundesrepublik Deutschland — ich danke gerade meinem Vorredner, der sie besonders lobend erwähnt hat — hat 57 % dieser Hilfeleistungen getragen. Dabei folgt interessanterweise — auch das ist für mich bezeichnend — von der Größenordnung der Hilfe her ein Land wie Italien, das doppelt soviel gibt wie die Vereinigten Staaten und Japan zusammen. Wir sehen, daß gerade die zwei großen Industrienationen in dieser Welt, nämlich Japan und die Vereinigten Staaten, offensichtlich nicht zu dieser so dringend notwendigen Hilfe für die ehemalige Sowjetunion bereit sind.

Allein aus der Bundesrepublik Deutschland wurden im letzten Winter 450 Millionen DM von privaten Spendern aufgebracht. Wir wissen alle, daß mit Spenden und Hilfeleistungen den neuen Staaten der GUS nicht geholfen werden kann. Sie müssen selber Hand anlegen und selber versuchen, ihre Probleme zu lösen. Deswegen wird es notwendig sein, bei den Hilfeleistungen dafür zu sorgen, daß eine vernünftige Nutzung der Energiereserven gewährleistet ist, daß die dort stattfindende Verschleuderung von Energie beendet wird, daß die Staaten der GUS aus Ehrgefühl und nationaler Tradition heraus nicht abhängige Empfänger von Alimenten der westlichen Welt werden, sondern mit Hilfe von Krediten aus der westlichen Welt in der Lage sind, ihre eigenen Probleme zu lösen.

Es wird wichtig sein, gerade auch die Landwirtschaft zu fördern. Der Bereich des Eigentums ist in der Landwirtschaft neu zu ordnen. Dieses potentiell reiche Gebiet in Europa hat nur dann eine Chance, sich selber zu ernähren, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Vor allem aber müssen wir alle daran interessiert sein, daß die Abrüstungsvereinbarungen der Vergangenheit eingehalten werden und die Kontrolle über die gefährlichen Kernwaffen nicht aus den Händen gleitet. Sonst könnte etwas passieren, was der Wirtschaftsberater des Außenministeriums der Republik Rußland gestern in Genf gesagt hat: Wenn diese Hilfe nicht gelingt, wenn diese Kontrolle nicht möglich ist, wird die Situation die ganze Welt in den Untergang treiben.

Gerhard Reddemann (CDU/CSU): — Meine verehrten Damen und Herren, als wir im Jahre 1989 mit einer Delegation des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung nach Moskau fuhren, um den damaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow einzuladen, hier vor unserer Versammlung zu sprechen, erlebten wir eine interessante Diskussion. Wir stießen auf große Vorurteile, wenn wir die Souveränitätsrechte der von den Sowjets damals gewaltsam eingemeindeten baltischen Staaten ansprachen. Unser Kollege David Atkinson, der die deutsche Wiedervereinigung thematisierte, wurde auf einen Zeitpunkt weit nach 2000 verwiesen. Bei Diskussionen im Zusammenhang mit dem Warschauer Pakt hat uns gegenüber nicht nur der damalige Vizepräsident Lukjanow eine sehr eisige Haltung eingenommen.

Das ist heute alles vorbei. Wir haben eine völlig neue Situation. Wir müssen nicht mehr dagegen protestieren, daß es in dem von Michail Gorbatschow geforderten gemeinsamen europäischen Haus Bewacher gibt, die auf den Fluren stehen, um auf alle zu schießen, die von einer östlichen Wohnung in eine westliche wollten. Die Bewacher gibt es nicht mehr.

Ich glaube, wir haben inzwischen alle begriffen, daß es nicht einfach nur um eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsform in der damaligen Sowjetunion ging. Wir haben begriffen, daß 70 Jahre real existierender Sozialismus aus diesem Staat eine moralische und obendrein eine wirtschaftliche Ruine gemacht haben.

Das alles bringt für uns eine Fülle neuer Aufgaben, denn wir nehmen die Herausforderung an, um eine vernünftige Hilfe zu leisten.

Einer unserer Kollegen hat heute morgen allerdings die Hilfsbereitschaft der nordeuropäischen und der südeuropäischen Staaten etwas ironisch als ein philanthropisches Mitleid und als nicht mehr bezeichnet. Ich gehe davon aus, daß die Hilfe, die wir geben wollen — vor allem auch die Lebensmittelhilfe, die derzeit Moskau und St. Petersburg erreicht —, ein Stück zur Realisierung der Menschenrechte darstellt: Was nützt es einem verhungerten Menschen in der ehemaligen Sowjetunion, wenn wir von Menschenrechten sprechen? Ihm könnte man die Menschenrechtskonvention allenfalls in papierner Form auf den Sarg legen.

Wir müssen uns aber, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, darüber im klaren sein: Der Prozeß, der jetzt anläuft, ist ein Prozeß der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und moralischen Erneuerung in den Staaten der ehemaligen Sowjet-

union. Wir können diesen Prozeß nur als Partner und nicht als Lehrmeister begleiten.

Wir dürfen ganz selbstverständlich über unsere Maßstäbe sprechen, wir dürfen wirtschaftliche Hilfe anbieten, wir können Verträge anregen, damit nicht nur kalendermäßig in einigen Jahren unser Jahrhundert des Schreckens beendet wird, sondern der Schrecken selbst beseitigt ist.

Es darf aber nicht unsere Aufgabe sein, den Völkern und Staaten eine Identität aufzötigen zu wollen, die vielleicht unserer Parteimeinung, aber nicht den originären Vorstellungen der Betroffenen entspricht.

Das vorhin geäußerte Bedauern, daß die Menschen, die in den stalinistischen Wechselbald DDR gezwungen waren, lieber das gemeinsame demokratische Deutschland wählten, statt sich noch einmal einer sozialistischen DDR-Identität zu unterwerfen, verdeutlicht, wie sehr man in einer solchen Debatte die eigenen Zielvorstellungen zum ungewünschten Maßstab für andere Völker machen kann.

Meine Damen! Meine Herren! Ich sage dies mit besonderem Ernst, weil ich aus einem Teil der Debatte den Eindruck gewonnen habe, daß wir viel mehr über unsere eigenen früheren Vorstellungen debattieren, als die große Aufgabe zu sehen, die sich bei der Neuentwicklung im Osten stellt. Ich möchte unseren Gästen aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten — wie immer man die Zukunft dieser Gemeinschaft ansehen will — sagen: Auch wenn es für Sie manchmal so klingt, als säßen wir in unseren Debattierzirkeln immer noch herum und hätten nicht begriffen, was sich abzeichnet — wir wissen, daß Sie mit Ihrer Zukunft ebenfalls unsere Zukunft darstellen und daß wir eine gemeinsame Zukunft auch nur gemeinsam erreichen können.

Ich danke schön.

Tagesordnungspunkt:

Die Aktivitäten der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (ECMT) 1989 und 1990

Die Europäischen Verkehrsprobleme

(Drucksache 6539)

Berichterstatter: Abg. Carl Miville (Schweiz)

Dr. Cornelia von Teichman (FDP): — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der heutigen Debatte ist vor dem Hintergrund der historischen Umwälzungen, die Europa seit fast drei Jahren erlebt, besonders aktuell. Der Abbruch des Eisernen Vorhangs und die Transformation von der Kommandowirtschaft zu einem marktwirtschaftlich orientierten System haben zu einem erfreulichen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität geführt. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren zweifellos noch verstärken, je mehr die Menschen die Fesseln der Planwirtschaft abschütteln und die Chancen nutzen, die ihnen die neugewonnene Freiheit auch in wirtschaftlicher Hinsicht bietet.

Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität und die Zunahme der privaten Mobilität sind unausweichlich mit einem Anstieg des Verkehrsaufkommens — auch einer Zunahme des Individualverkehrs — verbunden. Diese Entwicklung macht es um so notwendiger, den unerträglichen Belastungen Einhalt zu gebieten, die schon heute vielfach vom Verkehr ausgehen, Belastungen für die Infrastruktur, die Umwelt und nicht zuletzt für die Menschen, die in den Verkehrsballungsräumen leben.

Lassen Sie mich nur zwei Problemfelder herausgreifen, die Herr Miville in seinem ausgezeichneten Bericht angesprochen hat und auf denen nach meiner Überzeugung entschiedene Maßnahmen ergriffen werden müssen, und zwar so schnell wie möglich:

Das eine betrifft die Eisenbahnen. Natürlich sind wir alle uns einig, daß mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden muß, um die Straßen zu entlasten; aber derartige Appelle scheinen keine große Wirkung zu haben. Warum lassen Unternehmen ihre Produkte denn lieber per Lkw von einem Ende Europas zum anderen verfrachten, als sie der Eisenbahn anzuvertrauen? Doch nicht, weil sie böswillig sind oder der Umwelt gleichgültig gegenüberstehen, sondern weil die Beförderung auf der Straße klare wirtschaftliche Vorteile bietet: Sie ist billiger, flexibler und oft sogar schneller. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung werden diese Vorteile immer den Ausschlag geben.

Was also muß geschehen, um die Eisenbahnen konkurrenzfähig zu machen? Ich sehe zwei Ansatzpunkte. Zum einen müssen der Bau und die Unterhaltung der Schienenwege vom eigentlichen Eisenbahnbetrieb getrennt werden. Es ist doch einfach nicht einzusehen, daß Straßenbenutzer nur einen Bruchteil der Kosten tragen, die sie verursachen, vor allem wenn man die sozialen Kosten als Folge von Unfällen und Umweltverschmutzung einbezieht, während die Eisenbahnen alle Kosten selbst tragen müssen. Die beiden Funktionen müssen getrennt werden. Der Staat muß die Infrastruktur für den Eisenbahnbetrieb ebenso zur Verfügung stellen wie die Infrastruktur für den Straßenverkehr — dies sind typische Gemeinschaftsaufgaben —, während der Betrieb der Eisenbahnen anderen überlassen werden sollte.

Das bringt mich zu meinem zweiten Punkt. Vielleicht noch wichtiger als reine Kostengesichtspunkte sind die Service-Vorteile des Lkw-Transports, seine Flexibilität und Effizienz. In dieser Hinsicht wird die Eisenbahn auf der Strecke bleiben, solange sie von Bürokraten verwaltet wird wie irgendeine Behörde.

Bürokraten verstehen nichts von Wettbewerb und von wirtschaftlichen Zusammenhängen; das möchte ich einmal ganz provozierend so sagen.

Darum gibt es hier nur eine Lösung: Privatisierung der Eisenbahn-Betriebsgesellschaften. Mir ist klar, daß dies nicht kurzfristig möglich sein wird. Viele rechtliche Hürden sind zu überwinden. Letzten Endes wird aber nur eine private, privat geführte Eisenbahn den Einfallsreichtum und die Flexibilität ha-

ben, um im Wettbewerb mit dem Straßentransport zu bestehen.

Soweit es für ein solches Unternehmen unprofitabel wäre, bestimmte Dienste zu unterhalten, z.B. Personenzüge in dünnbesiedelten Gebieten, werden — wie bei anderen sozialen Dienstleistungen auch — staatliche Zuschüsse erforderlich sein, aber gezielt und in jedem Einzelfall geprüft — nicht nach dem Gießkannenprinzip wie jetzt.

Um die Umweltbelastungen und die Belastungen der Infrastruktur zu reduzieren, sollte der Langstreckenverkehr so weit wie möglich auf die Schiene verlagert werden, während für Kurzstreckentransporte technisch verbesserte Lkw flexibler sind und wohl unverzichtbar bleiben werden.

Das gleiche gilt, wie ich meine, für die Binnenschifffahrt. Wir haben in Europa ein gutes Netz von Wasserwegen. Es ist in den letzten Jahren zu sehr vernachlässigt worden. Die Binnenschifffahrt sollte bei der dringenden Verlagerung des Verkehrs von der Straße wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Hier ist viel nachzuholen. Das z.B. in Deutschland bestehende staatlich überwachte Mindesttarifsystem trägt nicht dazu bei, die Binnenschifffahrt im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln konkurrenzfähig zu halten.

Die zweite Problemstellung, auf die ich nur noch ganz kurz eingehen möchte, betrifft die effizientere Ausnutzung unserer Ressourcen im Straßenverkehr. Zur Zeit rattert ein großer Teil der Lkw leer durch Europa, weil die sogenannte Kabotage verboten ist. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieser Situation sind gewaltig. Die Schutzvorschriften, die diesen Unfug zur Folge haben, müssen verschwinden, und zwar schnell.

Zu Protokoll gegebene Rede des Abgeordneten **Hans Büchler** (SPD):

Der vorliegenden Entschließung zu den europäischen Verkehrsproblemen kann man ohne Einschränkung zustimmen. Dem Berichterstatter, Herrn Miville, muß man dafür dankbar sein, daß er mit klaren Zielvorgaben und einer richtigen Zuordnung der einzelnen Vorgaben der Verkehrspolitik ein gewichtiges Dokument erstellt hat, das nunmehr als Richtschnur europäischer Verkehrspolitik gelten kann.

Die europäischen Regierungen könnten ihre Verkehrspolitik an dieser Entschließung ausrichten, diese also als Grundlage für die Behandlung von länderspezifischen und grenzüberschreitenden Verkehrsfragen benutzen. Richtig ist: Es wird in dieser Entschließung eine europäische Verkehrspolitik gefordert, denn die wichtigen Verkehrsprobleme lassen sich nur europaweit lösen. Richtig ist weiterhin: Der Umwelt wird ein hoher Stellenwert bei der zukünftigen Verkehrspolitik eingeräumt — Umwelt begrenzt den Verkehr —, was dazu führen muß, daß die Schiene eindeutig Priorität hat. Richtig ist auch die Forderung nach einem international koordinierten Investitionsprogramm.

Die Verkehrserschließung in Osteuropa ist Voraussetzung für die Versorgung und für den internationalen Güteraustausch. Hier muß der Westen helfen.

Hochgeschwindigkeitszüge müssen als Alternative zum Straßenverkehr und zum internationalen Luftverkehr verwirklicht werden. Die Flughäfen sollten untereinander mit Schnellbahnsystemen verbunden werden. Das bedeutet in Konsequenz den ökologisch und ökonomisch sinnvollen Wegfall von Kurzstreckenflügen.

Die Massengüter müssen auf die Schiene. Das Huk-kepacksystem stellen wir allerdings in Frage. Ein kombinierter Containerverkehr ist besser, weil der Lastwagen dann ja nicht mittransportiert werden muß.

Der Personennahverkehr kommt in der vorliegenden Entschließung etwas zu kurz. Langfristig werden wir die Innenstädte für den normalen Pkw schließen müssen. Der Nahverkehr ist deshalb regional nach sozio-ökonomischen Gesichtspunkten wichtig für die Zukunft.

Besonders gilt es zu beachten, daß der Eisernen Vorhang zwischen Ost- und Westeuropa natürlich auch den Ausbau der Verkehrswege über Jahrzehnte in gravierender Weise unterbrochen hat. An den Schnittstellen kommt es heute zu enormen Engpässen. Die Folge sind nicht nur stundenlange Wartezeiten an den Grenzen. Die unterbrochenen Schienenwege, die nicht schnell genug wieder miteinander verbunden werden können, sind auch nach dem Zusammenführen für die Anforderungen nicht leistungsfähig genug.

Man braucht nicht weit in die Zukunft zu sehen: Es wird einen verstärkten Pkw-Verkehr aus dem Osten sowie einen verstärkten Lkw-Verkehr aus dem Osten mit langsam fahrenden Schwerlastern geben. Schon heute ist die Verkehrssituation an der Grenze zwischen Polen und der BRD katastrophal, und die Straßen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der Grenze zur CSFR sind völlig überlastet.

Die Südoststaaten drängen durch die CSFR nach Westeuropa. Auch die östlichen Staaten — Polen, Rußland, die Ukraine usw. — bringen immer mehr Verkehr in den Westen Europas. Die Nahtstelle am ehemaligen Eisernen Vorhang stellt ein großes Problem dar, das bei weitem nicht gelöst ist. Die Lösung dieses Verkehrsproblems ist aber für die weitere Entwicklung Europas entscheidend.

Ein Beispiel: Die Strecke Straßburg–Stuttgart–Nürnberg–Hof–Plauen–Dresden ist eine wichtige, lebensnotwendige Trasse in Richtung Osten. Der Teilabschnitt Hof/Plauen, das Nadelöhr dieser Strecke, ist für den Schienenverkehr der Zukunft die zentrale Stelle. Ohne den Bau eines Tunnels läßt sich aber kein Schienenschnellverkehr auf dieser wichtigen transeuropäischen Linie — Verbindung der Wirtschaftsräume Ostfrankreich, Süddeutschland, Ostdeutschland, östliches Europa — verwirklichen.

Die Zeit reicht nicht dafür aus, hier mehrere Beispiele zu nennen, aber als Fazit bleibt: Es wäre gut, wenn der Europarat sich in einem nächsten Schritt besonders dieser Engpässe und Nahtstellen annehmen

würde und entsprechende Empfehlungen aussprechen könnte.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des griechischen Transport- und Verkehrsministers Nikolaos Gelestathis, Vorsitzender des Rates der Europäischen Verkehrsministerkonferenz

Hans Büchler (SPD): — Herr Minister, ich möchte Ihnen als dem Vorsitzenden des Ministerrates, aber natürlich auch als dem griechischen Verkehrsminister folgende Frage stellen: Wir sehen in den letzten Wochen und Monaten einen verstärkten Verkehr aus Südosteuropa über die tschechische Grenze fließen, und zwar mit immer größer werdenden Problemen. Hat Ihre Konferenz und haben Sie selber als Verkehrsminister Griechenlands — denn es sind hauptsächlich griechische Lastwagen, die den Verkehr dort mehr oder weniger blockieren — schon Gegenmaßnahmen eingeleitet, damit dieser Transport reibungslos vonstatten gehen kann?

Der amtierende Vorsitzende bestätigte, daß diese Verkehrsströme zu erheblichen Problemen geführt hätten. Eine Lösung sei überfällig und werde zusammen mit dem EG-Kommissar für Verkehr angestrebt. Man versuche insbesondere den Transit im Hinblick auf die Beförderung leicht verderblicher Waren zu erleichtern. Die Schwierigkeiten bestünden insbesondere darin, daß für den Ost-West- sowie den West-Ost-Verkehr ungleiche Gebühren gelten würden.

Entschließung 977 (1992)

betr. die europäischen Verkehrsprobleme

1. Die Versammlung hat den 36. und den 37. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (Dok. 6295 und Dok. 6523 für die Jahre 1989 und 1990), den Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 6539) und die vom Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen vorgelegte Stellungnahme (Dok. 6551) zur Kenntnis genommen.
2. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, das kürzlich zwischen den EG- und den EFTA-Staaten abgeschlossene Abkommen über einen europäischen Wirtschaftsraum sowie der politische Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa werden insgesamt zu einer raschen Ausweitung des europäischen Handels beitragen und damit zu zusätzlichen Belastungen für die bereits überlasteten Verkehrssysteme des Kontinents, besonders der Straßen, führen.
3. Die Investitionen im Verkehrsbereich haben in den letzten Jahren nicht mit der explosionsartigen Zunahme des Verkehrs, insbesondere auf der Straße, Stand gehalten, und ganz besonders die Verkehrsinfrastrukturen Mittel- und Osteuropas bedürfen dringender Verbesserungen, falls wirtschaftliche Fortschritte gewährleistet sein sollen.

4. Die durch den Verkehr — insbesondere Straßenfahrzeuge — verursachten Umweltprobleme sind der Grund für immer striktere Einschränkungen einer weiteren Expansion und erfordern die Einführung umweltverträglicherer Last- und Personenkraftwagen, eine Umorientierung vom Straßenverkehr auf den Schienen- oder kombinierten (Straßen-/Schienen)verkehr, verstärkte Untersuchungen über den überfüllten Luftraum und die durch den Flugverkehr verursachte Umweltverschmutzung und eine Verkürzung der Entfernung zum Verbraucher mit Hilfe verschiedener Möglichkeiten (z. B. durch Entwicklung von Logistiksystemen und Systemen der Warenverteilung, Dezentralisierung der Produktion usw.).
5. Die Expansion des Verkehrs zu Lande wird zunehmend eingeschränkt durch den Mangel an Land, das für Schienen- und insbesondere für Straßeninfrastrukturen zur Verfügung gestellt werden kann aufgrund anderer Raumbedürfnisse der europäischen Gesellschaft und aufgrund des begrenzten und nicht erweiterbaren Bodens und Raums.
6. Die Versammlung begrüßt den Abschluß eines Abkommens über den Alpentransitverkehr vom Oktober 1991 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Österreich und der Schweiz und vertritt die Ansicht, daß dies ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der in Absatz 4 oben erwähnten Ziele ist, insbesondere was die Maßnahmen zum Schutze der Umwelt und zur Förderung des Schienenverkehrs und des kombinierten Verkehrs betrifft.
7. Sie begrüßt ebenso die für 1992 geplante Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals, welcher den Ost-West-Handel erleichtern wird und bei einem Anschluß an bestehende europäische Wasserstraßen den Druck auf die Straße und Schiene beträchtlich verringern könnte.
8. Die Versammlung fordert daher die Mitgliedsstaaten der CEMT und des Europarates auf:
 - i. mit allen Mitteln die Durchführung der vom Ministerrat der CEMT getroffenen oder geplanten Beschlüsse zur Verbesserung des europäischen Verkehrsnetzes sicherzustellen und insbesondere seine Absicht, die Koordination der Aktivitäten zwischen den Mitgliedsstaaten und mit anderen europäischen Staaten zu vertiefen;
 - ii. schnellstmöglich die in der Prager Erklärung festgelegten Ziele, die auf der im Oktober 1991 in Prag stattgefundenen pan-europäischen Verkehrskonferenz der EG verabschiedet wurden, in die Tat umzusetzen und insbesondere jene über eine abgestimmte europäische Verkehrspolitik und eine verstärkte Unterstützung Mittel- und Osteuropas bei der Modernisierung der Verkehrsinfrastrukturen dieser Staaten;
 - iii. ganz speziell weiterhin die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der CEMT und den Staaten Mittel- und Osteuropas ausbauen und diesen Staaten verstärkte Unterstützung bei der Errichtung ihrer Verkehrssysteme und in den Bereichen Informationstechnologie und Telekommunikation zu gewähren;
- iv. eine spürbare Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastrukturen durch ein international koordiniertes Investitionsprogramm zu erzielen und dabei dem Schienenverkehr den Vorrang vor dem Straßenverkehr zu geben;
- v. dem möglichen Beitrag durch das „Huckepack-System“ (Beförderung von Lastwagen auf Eisenbahnwagen) und dem kombinierten Verkehr (Schiene/Straße und möglicherweise Schiffsverkehr) besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wobei letztere insbesondere eine internationale Harmonisierung der Normen für Container voraussetzen;
- vi. die CEMT bei ihren Anstrengungen um erhöhte Verkehrssicherheit zu unterstützen;
- vii. die Verschwendung von Ressourcen, verursacht durch sogenannte „Leerfahrten“ von Lastwagen zu reduzieren, insbesondere durch Errichtung international vernetzter computergestützter Informationssysteme und durch verstärkte Möglichkeiten für Lastkraftwagen, Fracht im Ausland aufzunehmen (Kabotage);
- viii. das Entstehen einer Lage zu verhindern, in der ein verschärfter Wettbewerb im Straßenverkehr zu einer eingeschränkten Beachtung der Sicherheitsbestimmungen führt, wie z. B. verkehrsunsichere Fahrzeuge oder Fahrzeuge mit Gefahrgut oder unzulässige Überstunden der Fahrer und statt dessen ihre Bemühungen fortzusetzen um den Abschluß eines für den gesamten CEMT-Bereich gültigen überarbeiteten europäischen Abkommens in bezug auf die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals;
- ix. ein Verkehrsnetz von Hochgeschwindigkeitszügen als Alternative zum Straßenverkehr zu fördern, vorausgesetzt, daß dabei eine Beachtung der Umweltvorschriften gewährleistet ist;
- x. im Geiste der Entschließung 964 (1991) der Versammlung betr. die europäische Luftverkehrspolitik eine engere Zusammenarbeit zwischen der CEMT und der Europäischen Zivilluftfahrt-Kommission (ICAO) anzuregen, da die generellen Verkehrsprobleme Europas, einschließlich der Auswirkungen auf die Umwelt, nur durch einen globalen Ansatz zufriedenstellend gelöst werden können;
- xi. zu verhindern, daß die für 1993 vorgesehene Vollendung des europäischen Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft zu einer Abgrenzung innerhalb Europas führt und zu

diesem Zweck die Rolle der CEMT zu stärken;

- xii. die Schaffung von Verkehrsinfrastrukturen in den Kontext einer umfassenden Planung für ganz Europa zu stellen und dabei den Entwurf des europäischen Regionalplans als Anhaltspunkt zu nehmen unter Berücksichtigung der Erkenntnis, daß auf eine schonende Nutzung des Bodens und auf die Herbeiführung einer ausgewogenen und dauerhaften Entwicklung aller Regionen Europas zu achten ist und daß grundsätzlich jede zukünftige Verkehrszunahme in Europa mit der Notwendigkeit der Erhaltung der Umwelt, die eine Voraussetzung für das Überleben der Menschheit ist, abzustimmen ist.

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Weltraumpolitik

(Drucksache 6549)

Berichterstatter: Abg. Jean-Pierre Fourré
(Frankreich) und Christian Lenzer

Christian Lenzer (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser sehr präzisen, umfangreichen und in ihrer Sachlichkeit von mir völlig unterstützten Präsentation des Kollegen Fourré kann ich mich in der Tat darauf beschränken, nur einige wenige ergänzende Bemerkungen zu machen.

Wir sind dankbar für die Gelegenheit, heute hier in diesem Plenum um Verständnis für die Belange der Raumfahrt zu werben. Wir hoffen von daher, daß aus dieser Diskussion ein Schub für die internationalen Aktivitäten in diesem, wie wir glauben, so wichtigen technisch-wissenschaftlichen Bereich ausgehen möge.

Es ist natürlich zu registrieren, daß überall dort, wo so viele Mittel gebunden werden, so wichtige, große Projekte, die sich über lange Zeiträume erstrecken, in Rede stehen, auch eine öffentliche Diskussion stattfindet. Viele unserer Bürger fragen uns, ob dies alles nötig sei. Es ist in einem demokratischen System eigentlich nur recht und billig, daß diese Fragen gestellt werden. Auch dazu soll die heutige Diskussion dienen. Wir wollen diesen Fragen überhaupt nicht ausweichen. Ich bin sicher, daß auch Herr Generaldirektor Luton, dem ich hier noch einmal ganz herzlich für seine Arbeit und seine Anwesenheit danken möchte, darauf noch einmal besonders abheben wird.

Die Weltraumpolitik strebt ein eigenständiges Profil an. Ich glaube, das gilt für alle Mitgliedsstaaten bezüglich der bilateralen und der internationalen Zusammenarbeit. Natürlich sehen wir die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der ESA vor diesem Hintergrund als besonders wichtig an; sie steht für uns im Vordergrund. Alle Staaten haben damit eine Chance, in den europäischen internationalen Betreiber- und Dienstleistungsorganisationen tätig zu sein, dazu ein korrespondierendes nationales Programm

aufzubauen und von daher Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ihrer nationalen Volkswirtschaften zu sichern.

Wir sind der festen Überzeugung, daß wissenschaftliche, technologische, wirtschaftliche und politische Gründe dazu führen, daß wir uns in diesen aufwendigen Programmen mit Recht engagieren.

Die europäische Zusammenarbeit in der ESA zielt zunächst auf die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten in der gesamten Breite der Weltraumforschung und -technik, die nur durch gemeinschaftliche Anstrengung erreichbar sind. Die Projekte sind so gigantisch, daß sie die Möglichkeiten und die Potentiale der einzelnen Mitgliedsstaaten bei weitem übersteigen. Aber dies ist auch ein positiver Effekt; denn das fördert die Zusammenarbeit. Nicht zuletzt ist technisch-wissenschaftliche Kooperation auch ein konstitutives Element der Außenpolitik. Wir haben das in einem anderen Zusammenhang schon heute vormittag bei der Diskussion über die Entwicklung in den Nachfolgerepubliken der ehemaligen UdSSR feststellen können.

Noch einmal ganz kurz einige wenige Argumente in der Zeit, die noch bleibt, Argumente zu der Frage, warum wir uns hier engagieren und warum Ihnen die beiden Berichterstatter heute einen Bericht und eine Resolution vorlegen und um Unterstützung bitten, Argumente zu der Frage, warum dies alles wichtig und notwendig ist.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das All, das Sonnensystem, die Erde und die Lebensbedingungen auf unserem Planeten zu vertiefen sowie die Möglichkeiten der Forschung zu erweitern, das ist eigentlich das primäre Ziel. Aber auch ganz konkrete Lösungen von Umweltfragen durch satellitengestützte Erdbeobachtung von Land, Ozeanen, Eis und Atmosphäre und Beiträge zur Klimaforschung sind wichtige Teilziele. Ein Schritt auf dem Wege hierzu ist, die öffentliche und kommerzielle Infrastruktur und Dienstleistungen über weltraumgestützte Telekommunikation, Ortung und Navigation zu verbessern.

Darüber hinaus sind Weltraumforschung und -technik natürlich auch wichtige Triebfedern, um technologische Fortschritte anzureizen und damit zu einer generellen Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaften beizutragen.

Die internationale Zusammenarbeit vor allen Dingen auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik zu fördern und die Möglichkeiten der Kooperation mit den Ländern der Dritten Welt in wichtigen Bereichen zu steigern sind ebenfalls Teilziele, die in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Wir glauben also, daß wir voll in der Kontinuität der Anstrengungen der vergangenen Jahre stehen. Ich erinnere daran, daß am 31. Januar 1985 zum erstenmal auf der Konferenz in Rom der Versuch unternommen wurde, ein konsistentes europäisches Raumfahrtprogramm zu verabschieden. Kollege Fourré hat darauf hingewiesen, daß auf der Folgekonferenz in Den Haag im November/Dezember

1987 diese Ideen konkretisiert und fortgeschrieben wurden. Die Konferenz in München, die vom 18. bis 20. November des vergangenen Jahres stattgefunden hat, hat dann, quasi in dieser Tradition stehend, die jüngsten Vorgaben geliefert, auf deren Basis wir heute diese Diskussion führen können.

Ich bitte Sie auch im Namen des Mitberichterstatters und unseres Ausschusses, der im übrigen mit großer Einmütigkeit bei seinen Beratungen diese Resolution verabschiedet hat — nach meiner Erinnerung hat es nicht ein einziges negatives Votum gegeben —, ganz herzlich hier im Plenum um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Dr. Albert Probst (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs dafür bedanken, daß dieser Bericht und auch die Entschliebung zum jetzigen Zeitpunkt vorbereitet wurden. Das ist durch die Kollegen Fourré und Lenzer erstklassig geschehen. Ich möchte diesen beiden Herren ausdrücklich dafür danken, daß das zu diesem Zeitpunkt geschehen ist.

Ich bin mit dem, was bisher gesagt wurde, inhaltlich weitgehend einverstanden. Dadurch kann ich meine Rede verkürzen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es die gewaltigen Veränderungen in der Welt, vor allem in Osteuropa, notwendig machen, die Frage der Raumfahrt jetzt zu diskutieren. Sie wissen alle, daß weltweit die Budgets knapp sind und daß das knappe Geld für den Aufbau in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa gebraucht wird. Dort gibt es große Herausforderungen. Deshalb werden Überlegungen angestellt: Wie geht es auf dem ja sehr teuren Gebiet der Raumfahrt künftig weiter?

Ich möchte nur einige Dinge noch unterstreichen, die bereits gesagt wurden. Ohne Satellitentechnik, ohne Raumfahrt ist unser modernes Leben nicht denkbar. Es wäre eine Untersuchung wert, inwieweit die Raumfahrtstechnik die gesamte technische Entwicklung der Industrieländer unterstützt hat. Man kann also sagen: Die Raumfahrt ist wichtig.

Es ist auch wichtig, daß Europa eine eigenständige Raumfahrt betreibt, wobei diese Eigenständigkeit nicht unbedingt mit Autarkie gleichzusetzen ist. Ich gehe davon aus, daß die Raumfahrt künftig so teuer wird, daß es eine weltweite Kooperation geben muß, um die Probleme zu bewältigen.

Dies kann auch eine friedensstiftende Wirkung haben. Wenn die Forschungsansätze und die Ergebnisse der Weltraumtechnik offen sind — offener als in der Vergangenheit —, dann kann im Weltraum nichts geschehen, was die Menschheit früher oder später auch kriegerisch überraschen könnte. Insofern könnte die Raumfahrt weltweit eine echte friedensstiftende Wirkung haben.

Meine Damen und Herren, die Europäer müssen aber eigenständig sein, denn sie werden in kooperativen Raumfahrtprogrammen weltweit nur soviel wert sein, wie sie selbst in diese Kooperation mit einbringen können.

Europa hat eine erhebliche Kompetenz auf diesem Gebiet, die es nicht preisgeben darf, auch nicht in einer Phase des knappen Geldes. Europa ist eine der bedeutendsten Industrieregionen der Welt. Europa könnte es sich nicht leisten, auf eine Schlüsseltechnologie zu verzichten oder sie auch nur als zweitrangig anzusehen.

Hier wurde ein Gesichtspunkt nicht erwähnt, der auch sehr, sehr wichtig ist: Man kann die Raumfahrtkapazitäten in ihrer zeitlichen Abfolge nicht beliebig auf- und abbauen. Hier ist Langfristigkeit Voraussetzung für den Erfolg. Darum dürfen langfristig angelegte Programme zwar inhaltlich modifiziert werden — das ist allerdings immer teuer —, aber sie dürfen nicht grundsätzlich oder ersatzlos gestrichen werden. Das wäre von großem Schaden.

Ich möchte auf einige wichtige Fragen der Grundlagenforschung hinweisen, die künftig nur mit Hilfe der Raumfahrt gelöst werden können. Für die Metallurgie ist die Festkörperphysik mit Versuchen in der Schwerelosigkeit von allergrößter Bedeutung. So etwas wird sich überhaupt nur mit Hilfe der bemannten Raumfahrt lösen lassen.

Wir haben bei Pflanzen, Tier und Mensch physiologische Vorgänge in der Schwerelosigkeit zu studieren. Wir werden ohne die Satellitentechnik keine Umweltforschung betreiben und die Umweltprobleme nicht in den Griff bekommen können. Die Klimaforschung, die Energieforschung, die Navigation, aber auch die Verifikation werden künftig praktische Anwendungsfelder sein.

Ich möchte zum Schluß noch einmal darauf hinweisen, daß die Programme äußerst teuer sein werden. Deshalb ist ein zweckmäßiger und sparsamer Mitteleinsatz von größter Bedeutung. Ich bin nicht sicher, ob auf diesem Gebiet bisher immer alles Notwendige geschehen ist.

Kooperation und Arbeitsteilung sind künftig wichtiger denn je. Sie sollen künftig rein organisatorisch weltweit das Ziel der Arbeiten auf dem Gebiet der Raumfahrt sein. Es geht um eine Kooperation mit Arbeitsteilung.

Danke schön.

Dr. Hermann Scheer (SPD): — Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß die Frage der Weltraumforschung in der europäischen Öffentlichkeit umstrittener ist, als es in dieser Debatte bisher zur Geltung kam. In der Tat müssen zu der Gesamtproblematik auch einige kritische Anmerkungen gemacht werden, und es steht einem parlamentarischen Gremium gut an, diese kritischen Gesichtspunkte nicht einfach zu überhören, insbesondere dann, wenn man diese kritischen Gesichtspunkte auch verstehen oder gar teilen kann.

Deswegen möchte ich einige kritische Bemerkungen machen, die aber nicht zu einer Abwertung des Berichts insgesamt führen sollen; so bitte ich mich nicht zu verstehen. Man muß an diese Frage ohne jeden Zweifel differenziert herangehen.

Um mit dem Positiven zu beginnen: Es ist gut, daß in diesem Bericht einige neue Akzente gesetzt worden

sind. Ich erinnere z.B. an den Punkt 7, wo eine eigene Satellitenaufklärung gefordert wird. Das ist eine sehr wichtige Sache, denn es gehört ohne jeden Zweifel zur politischen Autonomie und Selbstverwirklichung Europas, daß es auf diesem Gebiet eigene Informationsmöglichkeiten hat. Wir wissen, daß man im Zeitalter moderner Technologien auf dem sicherheitspolitischen Sektor manipuliert werden kann, daß ein ganzer Kontinent, daß ganze Staatensysteme manipuliert werden können, wenn sie keine eigenen Aufklärungsmöglichkeiten haben. Deswegen begrüße ich den Punkt 7.

Ich begrüße auch den Punkt 6, in dem auf die Kooperation mit den früheren sowjetischen Programmen hingewiesen worden ist. Die frühere Sowjetunion hat eine entwickelte Raumfahrttechnologie gehabt. Man kann sicherlich sehr viel wechselseitig lernen. Wieviel weiß ich selbst nicht; dazu bin ich nicht Fachmann genug.

An dieser Stelle möchte ich das unterstreichen, was der Kollege Probst gesagt hat: Im Grunde genommen ist hier der — noch weiterzuführende — Gedanke einer weltweiten Kooperation angelegt. Es ist heute eine neue internationale Situation gegeben. Diese Kooperation ist möglicher denn je zuvor, und sie ist auf Grund der Kostendynamik, die in dieser Frage steckt, auch notwendiger denn je zuvor, weil wir eines wissen müssen: Ein richtiger Wirtschaftsfaktor wird die Weltraumforschung nie. Das ergibt sich allein aus einem eindeutigen Zusammenhang: Forschungs- und Entwicklungspolitik muß in einem ganz bestimmten Verhältnis zu den Produkten stehen, die man anschließend auf Grund der Forschung und Entwicklung vermarktet. Wenn ein Automobilkonzern ungefähr 2 bis 3 Milliarden ECU für ein neues Automodell ausgibt, und er setzt anschließend mit diesem Modell 10 Jahre lang Autos im Werte von 50 oder 80 oder 100 Milliarden ECU um, dann ist das Verhältnis zwischen Forschung und Entwicklung einerseits, Produkten andererseits ungefähr 1:25 oder 1:50 oder manchmal 1:100.

Wenn man es aber mit Technologien zu tun hat, bei denen es einen natürlich begrenzten Markt gibt, weil es nicht sehr viele Abnehmer geben kann, wenn es also einen begrenzten Markt gibt, das Produkt aber einen sehr hohen Entwicklungskostenaufwand hat, ist möglicherweise das Verhältnis — hier zwischen kommerzieller Weltraumfahrt und dem, was an Entwicklungskosten hineingesteckt worden ist — vielleicht 1:1, vielleicht 1:2, vielleicht 1:3; aber man wird nie die Großserien erreichen, die man in der Produktion sonst findet. Das heißt, es wird nie der Wirtschaftsfaktor werden, wie es bei anderen Technologien der Fall ist, die am Schluß marktfähige Massenprodukte ergeben haben.

Deswegen muß man mit den Mitteln sehr sorgsam umgehen, und ich befürchte — damit komme ich zu meinen kritischen Betrachtungen —, daß die notwendige Prioritätensetzung innerhalb der Weltraumforschung nicht ausreichend vorgenommen wird. In diesem Sinne teile ich nicht die in Punkt 8 enthaltenen Auffassungen. Dort wird die bemannte Raumfahrt unterstützt. Mich persönlich haben die Argumente für die bemannte Raumfahrt angesichts

der Kostenrelation zur unbemannten Raumfahrt bisher nicht überzeugen können. Es müssen Kosten-Nutzen-Überlegungen angestellt werden.

Ich weise darauf hin, wie notwendig es ist, auch die Prioritätensetzung zwischen Weltraumforschung einerseits und anderen forschungspolitischen Schwerpunkten andererseits nicht zu vernachlässigen. Da gibt es nämlich extreme Mißverhältnisse.

(Intervention des Präsidenten)

— Ein letzter Satz, Herr Präsident: Wir betreiben im Rahmen der Weltraumforschung gegenwärtig Erdbeobachtung, um Umweltschäden feststellen zu können. Wenn wir dafür mehr ausgeben als für die Erforschung von Umwelttechnologien zur Beseitigung von Umweltschäden, besteht hier ein Mißverhältnis, das wir politisch ausbalancieren müssen. — Vielen Dank.

Christian Lenzer (CDU/CSU)*: — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur einige wenige kurze ergänzende Bemerkungen.

Der Kollege Fourré hat bereits auf die Aktivitäten der Westeuropäischen Union verwiesen, die sich ja vor einiger Zeit in Rom in einer Anhörung mit der Problematik der raumfahrtgestützten Verifikationssatellitensysteme beschäftigt hat. Wir waren uns zwar in der damaligen Zeit der Tatsache bewußt, daß dies einmal von großer Bedeutung sein könnte, hätten aber nie gedacht, daß die aktuellen Ereignisse in der Zwischenzeit, z.B. der Golfkonflikt oder aber die Ereignisse nach dem Zusammenbruch der UdSSR, uns sehr schnell vor Augen führen würden, wie wichtig es sein könnte, möglichst bald ein Verifikationssatellitensystem zur Verfügung zu haben, welches eine genaue Erdbeobachtung und damit auch Abrüstungskontrolle u.ä. leisten kann, ohne daß man auf die vorherige Zustimmung des Staates, der beobachtet wird, zurückgreifen muß; denn diese Zustimmung kann man im Zweifel, wenn jemand etwas zu verbergen hat, natürlich nicht voraussetzen.

Der Kollege Scheer hat darauf hingewiesen, daß diese Produkte nie einen Massenmarkt haben werden. Dem ist natürlich zuzustimmen. Aber er kann natürlich nicht den Vergleich mit einem Kraftfahrzeug, das jedem einzelnen Staatsbürger zur Verfügung steht, anstellen. Man kann vielmehr sagen, daß Investitionen in die Raumfahrt unter die Infrastrukturinvestitionen einzuordnen sind. Eine Straße gehört auch nicht dem Bürger allein, ist aber unabdingbare Voraussetzung dafür, daß er das Produkt Automobil nutzen kann. Deswegen würde ich Sie bitten, in Erwägung zu ziehen, daß ein satellitengestütztes Telekommunikationsnetz oder ein Erdbeobachtungsnetz oder ein Umweltkontrollsystem, das vielleicht die Ozonschicht mißt, auf die drastischen Klimaveränderungen eingehen kann und uns die dringend notwendigen Daten liefert, wichtige Bestandteile einer Infrastruktur sind, die als Voraussetzung für die weitere Nutzung im konkreten Einzelfall auch in Produkten, Verfahren und Dienstleistungen ihr Ziel findet.

*) Schlußwort des Mitberichterstatters

Ich möchte mich für die Zustimmung bedanken, denn ich habe hier heute ein hohes Maß an Übereinstimmung feststellen können. Wir sollten uns nicht der falschen Alternative hingeben, als stünden sich die bemannte Raumfahrt auf der einen und die unbemannte Raumfahrt auf der anderen Seite gegenüber. Ich erinnere an das, was auch Generaldirektor Lütton in seinem Beitrag — ich glaube, mit Recht — gesagt hat: Niemand wird das Leben eines Menschen aufs Spiel setzen, wenn dieses Risiko vermeidbar ist; schon allein aus Kostengründen — denn bemannte Raumfahrt ist eindeutig teurer als unbemannte; dies ist völlig richtig — wird niemand zu bemannten Systemen Zuflucht nehmen, wenn er mit Fernsteuerung, d.h. mit geringeren Anforderungen an die Sicherheit, an das Lebenserhaltungssystem usw., zum gleichen Ergebnis kommen könnte.

Zum Abschluß danke ich nochmals all denen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Ich glaube, sie war für uns sehr interessant. Wir, die Berichtstatter, hoffen, daß von ihr neue Impulse für die europäische Raumfahrttechnik ausgehen mögen.

Entschließung 978 (1992)

betr. die Europäische Weltraumpolitik

1. Die Versammlung hat die von den Ministern der Europäischen Weltraumorganisation (München, 19.—20. November 1991) verabschiedeten Entschließungen über den „Langfristigen Europäischen Weltraumplan 1992—2005 und seine Programme“ sowie über die „Programme für die Erdbeobachtung und Umweltforschung“ und insbesondere den Beschluß, einmal jährlich zusammenzutreffen, zur Kenntnis genommen.
2. Diese Entschließungen, die die Entschlossenheit Europas bekräftigen, weiterhin eigenständige Raumfahrtkapazitäten zu entwickeln, unterliegen jedoch den Auswirkungen der Entwicklung des weltpolitischen Umfelds der Raumfahrt. Dieses Umfeld, das seit der Festlegung des Langfristigen Plans von 1985 in Rom bis zu seiner Bekräftigung im Jahre 1987 in Den Haag praktisch unverändert geblieben ist, hat seitdem einen bedeutenden Wandel erfahren, hauptsächlich aufgrund der politischen Veränderungen in Europa.
3. Bei den Motiven für die Eroberung des Weltraums spielten für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion strategische Erwägungen eine große Rolle. Der Hauptgrund bei dieser Eroberung war jedoch das Prestige, welches auch in Europa eine große Rolle spielte. Für die Begründung der heutigen Investitionen im Weltraum sind diese beiden Motive jedoch nicht mehr derart ausschlaggebend.
4. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die großen Leitlinien der europäischen Raumfahrtspolitik auf der Grundlage von wissenschaftlichen und industriepolitischen Überlegungen festgelegt werden sollten. Sie ist weiterhin überzeugt, daß es für Europa wichtig ist, seine Ziele in der Raumfahrtspolitik und insbesondere den Langfri-

stigen Europäischen Weltraumplan aus folgenden Gründen weiterzuverfolgen:

- i. Europa hat im Bereich der Raumfahrt bereits Kompetenzen erworben, die es verlieren würde, falls das Raumfahrtprogramm in wichtigen Bereichen verlangsamt werden müßte.

Ein derartiger Kompetenzverlust wäre schädlich für Europa zu einer Zeit, wo die Anwendung der Raumfahrttechnologien immer größere Bedeutung im Rahmen der sozio-ökonomischen Entwicklung unserer Staaten erlangt.

- ii. Die Fortsetzung der Weltraumforschung ist ein positiver Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt, insbesondere im Bereich der Festkörperphysik und Physik der Fluide, der Physiologie des Menschen usw.

Darüber hinaus ermöglicht sie Europa die Teilnahme an wichtigen Forschungsprogrammen, die nur im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit durchgeführt werden können.

- iii. Der Langfristige Weltraumplan ist ein Eckpfeiler der gemeinschaftlichen europäischen Forschung, die in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen ist.

- iv. Weltraumprogramme, die dazu beitragen, die Erkenntnisse über unsere Umwelt zu verbessern, werden von größter Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft sein.

- v. Die Weltraumtechnologie gewährleistet die Ausbildung von hochqualifizierten Ingenieuren und Forschern, die Europa benötigen wird, um die wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können.

Der kommerzielle Erfolg der europäischen Raumtransportprogramme zeigt die Fähigkeiten eines Europas, das gewillt ist, seine Identität ebenso wie die wirtschaftlichen Interessen bei seinen Unternehmungen zu behaupten.

5. Die Versammlung ist überzeugt, daß jene Mitgliedsstaaten des Europarates, die nicht Mitglieder der Europäischen Weltraumorganisation sind, ebenfalls — wenn auch indirekt — Vorteile aus einer europäischen Weltraumkapazität ziehen werden. In diesem Zusammenhang begrüßt sie es, daß die Minister die Notwendigkeit hervorgehoben haben, die „Synergie zwischen der Organisation und den Europäischen Gemeinschaften sowie zwischen ihr und anderen zuständigen europäischen Organisationen sicherzustellen und dabei ihrer unterschiedlichen Mitgliedschaften und Zuständigkeitsbereiche Rechnung zu tragen“.
6. Eine enge Zusammenarbeit mit den Raumfahrtorganisationen, die die Aufgaben der früheren sowjetischen Programme übernehmen werden, ist von großer Bedeutung.

7. Die Versammlung billigt die Initiativen zur Errichtung einer Europäischen Satellitenkontrollbehörde und betrachtet den Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU), ein „Satelliten-datenauswertungs- und -ausbildungszentrum“ einzurichten, als einen Meilenstein in dieser Richtung. Sie vertritt die Ansicht, daß das Über-einkommen der Europäischen Weltraumorgani-sation es gestattet, gezielte Maßnahmen im Bereich der Erdbeobachtung zum Zwecke der Verifikation und Überwachung der Anwendung der Abrüstungsvereinbarungen zu ergreifen.
8. Die Versammlung erklärt, daß sie die Erwägung einer eigenständigen europäischen Kapazität für Raumfahrtmissionen und den Gedanken der Nutzung von Erdbeobachtungsprogrammen zur Gewinnung verbesserter Erkenntnisse über Um-weltprobleme unterstützt. Die bemannte Raum-fahrt muß der Verfolgung bedeutender wissen-schaftlicher und technologischer Ziele dienen, wobei jede Art von Rentabilitätsbetrachtungen nicht außer acht zu lassen sind. Eine ständige Aufmerksamkeit muß allen Kostenüberschrei-tungen bei bemannten Raumfahrtprojekten zukommen, nicht nur unter dem Aspekt der Ein-haltung des Finanzrahmens der Zusagen der Mitgliedsstaaten, sondern auch im Hinblick auf die Vermeidung einer Gefährdung anderer Pro-jekte. Sie beglückwünscht die Europäische Weltraumorganisation zum Start und Betrieb von Olympus, Giotto, Hipparcos, Météosat, dem Weltraumteleskop, Ulysses und ERS-1 und sichert ihr weiterhin ihre politische Unterstüt-zung zu.
9. Neben der Europäischen Weltraumorganisation spielen nationale Raumfahrtbehörden eine wich-tige Rolle. Diese Behörden sollten zu einem Informationsaustausch und einer Koordination ihrer Arbeit ermutigt werden, um damit zur Aufrechterhaltung der Komplementarität und Vermeidung von Überschneidungen auf euro-päischer Ebene beizutragen.
10. Sie unterstützt generell die von den Ministern der Europäischen Weltraumorganisation auf ih-rer Tagung in München am 19. und 20. Novem-ber 1991 getroffenen Beschlüsse, die mit ihren ei-genen Zielen übereinstimmen. Die Tatsache, daß diese Ministertagung einmal jährlich stattfindet, sollte jedoch keinerlei Hindernis für die länger-fristigen Verpflichtungen, die für die Durchfüh-rung des Weltraumplans erforderlich sind, dar-stellen.
11. Die langfristige Planung muß angemessene Ga-rantien in bezug auf Kontinuität und Stabilität enthalten, damit Position und langfristige Pla-nung der betroffenen Forscher und Projekte nicht gefährdet werden. Darüber hinaus ersucht die Versammlung die Europäische Weltraumor-ganisation dringend, besondere Aufmerksamkeit der Frage zu schenken, inwieweit der Rückfluß („fair return“) der Beiträge der Mitgliedsstaaten wissenschaftliche und technologische Auswir-kungen auf diese Staaten, insbesondere auf die kleinsten unter ihnen, hat.
12. Sie beauftragt ihren Präsidenten, die vorliegen-de EntschlieÙung dem Rat und dem Generaldi-rector der Europäischen Weltraumorganisation zu übermitteln als Beweis der politischen Unter-stützung des Langfristigen Europäischen Raum-fahrtplans auf breiter geographischer Grund-lage.

Richtlinie 475 (1992)

betr. die europäische Weltraumpolitik

1. Die Versammlung nimmt Bezug auf ihre Ent-schließung 978 (1992) betr. die europäische Welt-raumpolitik.
2. Sie ist sich der Rolle der Parlamente bei der Ge-währleistung eines Gleichgewichts zwischen den eingesetzten Ressourcen und den erzielten Erge-bnissen bewußt und weist ihren Ausschuß für Wis-senschaft und Technologie an, die Aktivitäten der Europäischen Weltraumorganisation zu verfolgen und insbesondere der Ministertagung im Jahre 1992 größte Aufmerksamkeit zu schenken und ihr zu gegebener Zeit darüber zu berichten.

Freitag, 7. Februar 1992

Tagesordnungspunkt:

**Der Beitrag der Landwirtschaft zur
Verbesserung der Sicherung der
Energieversorgung und zur Rettung der
Umwelt**

(Drucksache 6536)

Berichtersteller: Abg. Dr. Hermann Scheer

Dr. Hermann Scheer (SPD): — Herr Präsident! Der Be-richt behandelt ein Thema, das zu den überschnei-denden Problemen der heutigen Zeit gehört. Wir wissen, daß heute nur wenige Fragen von einem spe-ziellen Gesichtspunkt aus angegangen werden kön-nen. Die meisten Probleme, die wir heute zu bewälti-gen haben, sind vernetzte Probleme. Es bedarf deshalb vernetzter Antworten. Deswegen wird in diesem Bericht von der Landwirtschaft einerseits und der Energieversorgung andererseits gespro-chen.

In der Landwirtschaft haben wir seit vielen Jahren das bekannte Problem — ich streife es hier nur —, daß die Produktion landwirtschaftlicher Güter, die Produktion von Lebensmitteln offenkundig bei einer hocheffektiv gewordenen Landwirtschaft zu erhebli-chen Überproduktionsproblemen führt, wenn man gleichzeitig die sozialen Belange der Landwirtschaft und die Erhaltung der landwirtschaftlichen Stfuktu-ren im Auge hat.

Deswegen hat vor einer ganzen Reihe von Jahren eine verstärkte Suche danach begonnen, die land-wirtschaftliche Produktion in zunehmendem Maße

für die „non-food production“ zu erschließen, d. h. für die Herstellung anderer Güter, insbesondere im Bereich der Rohstoffe für die Industrie, und hier vor allem für die chemische Industrie. Es gibt bereits heute einen erheblichen, oft unterschätzten Anteil auf diesem Sektor. Außerdem wird die Landwirtschaft zur Produktion von Energierohstoffen genutzt.

Die letzteren Ansätze sind allerdings, schauen wir die Erfahrungen diesbezüglicher Art in den letzten Jahren an, häufig noch sehr undurchdacht angegangen worden. Mit „undurchdacht“ meine ich, daß die verschiedenen Pflanzen, deren Anbau dabei betrieben worden ist, nicht unbedingt daraufhin überprüft wurden, ob sie dafür wirklich geeignet sind. „Geeignet“ heißt, daß die Pflanzen eine hohe Produktivität haben müssen, daß pro Hektar ein ausreichender Ausstoß an Energierohstoffen zur Verfügung steht; das heißt aber auch, daß die Energiebilanz stimmen muß, daß man in die Produktion, wie das in der Landwirtschaft noch häufig der Fall ist, nicht mehr Energie hineinstecken muß, als man anschließend an nutzbarer Energie bekommt. Auf jeden Fall muß das Verhältnis sehr günstig sein. Sonst wird es energetisch unbrauchbar oder unklug, irrational, oder es wird gleichzeitig auch umweltpolitisch sehr problematisch.

Es ist also in ganz starkem Maße notwendig, an diese Dinge systematisch heranzugehen, und zwar unter Gesichtspunkten der Energieeffizienz, der effizienten Nutzung landwirtschaftlicher Produktionsflächen und der Beachtung der Umweltverträglichkeit.

All dies zusammen ergibt eine Reihe neuer strategischer Ansätze, die in diesem Bericht enthalten sind. Ich brauche sie hier nicht weiter auszuführen, weil in diesem Bericht alles beschrieben ist. Ich glaube, es ist in dem Bericht so gegliedert, daß es leicht nachvollzogen werden kann. Überhaupt haben wir uns zusammen mit dem landwirtschaftlichen Ausschuß bemüht, in dem Bericht die Fragen so zusammenfassend und so kurz wie möglich und trotzdem ohne wichtige Dinge wegzulassen, darzustellen.

Die dargestellten Zusammenhänge sind deshalb von erheblicher Bedeutung, weil wir es hier gleichzeitig mit einer Umwelt- und Energieproblematik zu tun haben.

Schauen wir uns den Beitrag der Landwirtschaft oder der Natur zur weltweiten Energieversorgung heute an, so können wir feststellen, daß in einer ganzen Reihe von Ländern, insbesondere in der Dritten Welt, ein erheblicher Teil der Energieversorgung aus Biomasse gedeckt wird. Das ist aber häufig sehr, sehr problematisch, weil man die vorhandenen Naturflächen häufig in der Weise nutzt, daß man schlicht und einfach Raubbau betreibt. In den Energiestatistiken erscheint dies unter „non-commercial energies“, d. h. es handelt sich um Energien, die gar nicht auf den Energiemärkten erscheinen, für die nichts an direktem Geld bezahlt werden muß, wo man sich der Natur in einer zerstörerischen Weise bedient, und zwar in aller Regel aus nackter Hilflosigkeit und ökonomischer Not.

Diese Nutzung der Biomasse fällt unter eine Nutzungsart, die abgelöst werden muß. Deshalb wird in dem Bericht ausdrücklich davon gesprochen, daß es hier um eine sogenannte „sustainable biomasse“ geht. Es geht um Biomasse, die immer wieder zur Verfügung steht.

Biomasse ist ein Element erneuerbarer Energie. Biomasse gehört ohne jeden Zweifel zu den erneuerbaren Energien, wenn sie in einer Weise genutzt wird, daß die Erneuerbarkeit der Quelle dieser Energie nicht beeinträchtigt wird. Das heißt: Würde man Energieversorgung aus Biomasse betreiben und dabei Böden durch Einsatz entsprechender Düngemittel so strapazieren, daß sie nach fünf, sieben oder acht Jahren unbrauchbar geworden sind, dann könnte man strenggenommen nicht mehr von erneuerbarer Energie sprechen, dann wäre dieser Weg kurzsichtig. Man sollte ihn deswegen gar nicht empfehlen und beschreiten.

Das gleiche gilt für eine ganze Reihe anderer Fragen, die in dem Zusammenhang genannt werden könnten. Ich will sie hier unerwähnt lassen, weil, wie gesagt, im Bericht alles enthalten ist.

Es geht also um erneuerbare Biomasse, um „sustainable biomasse“, in Ablösung von „unsustainable biomasse using“, wie es heute in der Dritten Welt häufig der Fall ist.

Es müssen entsprechende Strategien entwickelt werden, die einen Forschungs- und Entwicklungsaufwand erfordern. Es gibt Tausende unterschiedlicher hocheffektiver Pflanzenarten, die nicht viel Wasser brauchen, die kaum oder gar keinen Düngemiteleinsatz brauchen, aber eine hohe Energieeffektivität und eine gute Energiebilanz haben, die hohe Hektarerträge aufweisen. Diese Pflanzenarten sind heute teilweise schon erforscht, aber ihr Anbau ist noch nicht umgesetzt worden. Weitere systematische Erforschung und praktische Umsetzung bei Pflanzenarten, wo wir schon konkrete Erfahrung haben, stehen an. Dies soll durch den Bericht mit gefördert und vorangetrieben werden. Das soll in einer Weise geschehen, die deutlich machen kann, wie enorm der landwirtschaftliche Beitrag zu einer umweltfreundlichen Energieversorgung sein kann und gleichzeitig eine ganze Reihe existentieller Problemen in der Landwirtschaft damit gelöst werden können.

Ich will ein Beispiel, das in Europa eigentlich das beste ist, beleuchten. Viele sagen, das Potential solle man nicht überschätzen. Sicherlich ist in dem Bericht nicht beabsichtigt, zu sagen: Das ist der einzige Weg einer neuen Energieversorgung. Aber es ist ein sehr tragendes, sehr wesentliches Element. In der Steiermark, also einem Teil Österreichs, ist in den letzten zehn Jahren erreicht worden, daß man allein aus Biomasse, aus „sustainable biomasse“, 14 % der Gesamtenergieversorgung schöpft; das ist also auf alle Energiequellen wie Treibstoffe, Elektrizität usw. bezogen. Im gesamten Österreich ist dieser Anteil von 2 % im Jahr 1982 auf 10 % der Gesamtenergieversorgung im Jahr 1990 angestiegen — also der Anteil der Biomasse —, ohne daß die Möglichkeiten, die es hier zusätzlich noch gibt und die ich angedeu-

tet habe, bisher alle ausgeschöpft worden wären. Es handelt sich bereits um einen ganz beachtlichen Anteil. Diese Entwicklung zeigt, daß die Aussagen, uns stünden nicht so viele Alternativen zur herkömmlichen Energieversorgung zur Verfügung, meistens das tatsächliche Potential nicht erkennen.

Der Anteil ist enorm. Biomasse leistet einen Beitrag zu erhöhter Energiesicherheit in Europa und schafft neue Einkommensquellen in der Landwirtschaft und hat damit eine erhebliche soziale und agrarstrukturelle Bedeutung, möglicherweise sogar in der Richtung, daß wir die Subventionen in der Landwirtschaft Zug um Zug abbauen können, wenn die Landwirtschaft einen Beitrag zur umweltfreundlichen Energieversorgung durch Energierohstoffe in zunehmendem Maße leistet. Der Bericht soll dazu Anstöße geben.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): — Danke, Herr Präsident. Ich möchte zunächst einmal die beteiligten Ausschüsse und die Berichterstatter für den Mut und auch die Präzision loben, mit denen sie sich dieses Themas angenommen haben. Sie haben die Ergebnisse des Kolloquiums in Rom vom Mai vergangenen Jahres in einer Weise dargestellt, die uns deutlich macht, daß sich die einzelnen Ausschüsse unserer Versammlung wie auch die nationalen Parlamente sehr viel stärker — der Herr Berichterstatter Scheer hat es noch einmal betont — der Vernetzung der Systeme, insbesondere im Bereich der Umwelt und des Klimaschutzes, annehmen und auf diesem Gebiet zusammenarbeiten müssen.

Nun könnte man einwenden, daß einige Passagen des Berichts zu optimistisch sind, beispielsweise der Punkt 11, in dem es heißt, der Einsatz der bereits verfügbaren Ressourcen sei grundsätzlich nichts weiter als eine Frage von Organisation, Planung, intelligentem wirtschaftlichen Handeln und Phantasie. Leider ist dies nicht immer so. Wir wissen aus vielerlei Erfahrung, daß nicht unerwähnt bleiben darf, in welchem Maße vielfältige tief eingeschliffene Interessen der Verwirklichung solcher Umorientierungspläne entgegenstehen. Es haben sich nicht nur wirtschaftliche Interessen tief eingegraben, sondern auch Interessen privater Bürger, die aus Bequemlichkeit und dem Gefühl der Freiheit heraus den Nutzen der Beweglichkeit beispielsweise im Bereich des privaten Autoverkehrs betonen und dadurch Umweltschäden in einem enormen Umfang bewirken.

In Punkt 14 hat der Berichterstatter deutlich gemacht, daß eine Technologie nicht erst dann für die Einführung in den Markt reif ist, wenn sie vorher gründlich forschungs- und entwicklungsmäßig perfektioniert worden ist. Um auf das vorhin genannte Beispiel des Autoverkehrs zurückzugreifen: Es ist deutlich, daß viele Komponenten des Autos seit hundert Jahren zwar in Einzelheiten verfeinert wurden, aber das Auto in seiner Grundstruktur gleichgeblieben ist. Ich erinnere nur an die nach wie vor enorm hohe Zahl von Opfern im Straßenverkehr, obwohl wir heute durch die Möglichkeiten der Elektronik und der optischen Mittel in der Lage wären, Unfallursachen viel wirksamer zu beseitigen, als dies vor

zwanzig oder dreißig Jahren möglich war. Solche Chancen werden nicht ausreichend genutzt, weil auch die nationalen Gesetzgeber solche Möglichkeiten nicht ausreichend nutzen.

Ich möchte daran erinnern, daß der Straßenverkehr — sowohl die private als auch die wirtschaftliche Nutzung — in den Mitgliedsländern des Europarats pro Jahr eine Großstadt an Toten und Millionen von Verletzten und Behinderten verursacht.

Auch dadurch wird deutlich, daß wir uns in diesem Bereich sehr viel mehr anstrengen müssen.

Auch im Sektor der Energieproduktion fehlen zu meist Berechnungen, welche die Gesamtkosten berücksichtigen, also die Kosten sowohl der Produktion als auch des Betriebs und der Entsorgung, aber auch die Schäden im Hinblick auf Menschen und Umwelt.

Der Berichterstatter hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Versorgungssicherheit für die europäischen Länder durch die neuen Möglichkeiten enorm erhöht werden kann. Dies hat strategische Bedeutung für die gesamte Sicherheit. Dadurch wird die Notwendigkeit reduziert, beispielsweise Ölreserven außerhalb Europas — etwa im Nahen und Mittleren Osten — militärisch zu sichern. Dadurch wird auch die Gefahr militärischer Konflikte verringert. Auch das muß man im Zusammenhang mit den Erfahrungen der letzten Jahre — ich nenne hier nur den Golfkrieg — erwähnen.

Es ist ganz sicher die Aufgabe der Parlamente und nicht nur der Regierungen und Verwaltungen, andere Prioritäten zu setzen und den Krieg mit der Natur zu beenden.

In diesem Sinne empfehle ich, den Bericht einstimmig zu akzeptieren.

Dr. Hermann Scheer (SPD)*): — Ich will nur einige ganz kurze Anmerkungen zu einigen Punkten der Debatte machen.

Bei der Lektüre dieses Berichtes sollten Sie bitte nicht allein den Bericht selber berücksichtigen, sondern auch die Broschüre, die zu dem Hearing in Rom im Mai letzten Jahres entstanden ist, denn darin sind einige Dinge sehr viel ausführlicher beschrieben. Das hängt unmittelbar mit dem Bericht zusammen, der sich ja auch explizit auf dieses Hearing bezieht. Es gibt im Sekretariat des Landwirtschaftsausschusses noch eine ganze Reihe von Exemplaren dieser Broschüre, so daß man darauf zurückgreifen kann.

Das ist deshalb besonders wichtig, weil man immer wieder in die Situation gerät, daß man bestimmte Punkte, die neue Strategien betreffen, mit Erfahrungen aus der Vergangenheit bewertet und damit den neuen Strategien nicht gerecht wird. Das zeigt insbesondere die Wortmeldung des Kollegen Dochia.

Herr Dochia, was Sie beschrieben haben, sind Erfahrungen aus der Vergangenheit. Die neuen Ansätze sind eigentlich nur dann zu erschließen, wenn man die Schlußfolgerungen betrachtet, die aus negativen Erfahrungen bereits gezogen worden sind, und

*) Schlußwort des Berichterstatters

wenn man vor allem eines mitbedenkt: daß ein solcher Ansatz in der Tat nur dann erschließbar ist, wenn der Landwirtschaftspolitiker auch energiepolitisch und wirtschaftspolitisch denkt und wenn der Energiepolitiker auch landwirtschaftspolitisch denkt. Genau daran mangelt es heute, nicht nur in diesen Bereichen.

Das ist eines der großen Hindernisse, die es so schwer machen, sich den Zukunftsaufgaben voll zuzuwenden. Wir haben es häufig mit einer überholten Ressortaufteilung, die aus dem letzten Jahrhundert stammt und die den Problemzusammenhängen der Zukunft nicht mehr gerecht wird, zu tun. Wir müssen unsere Arbeitsteilung — auch die administrative Arbeitsteilung und auch, wenn es mir gestattet ist, das zu sagen, die Parlamentsarbeitsteilung — überdenken, um den Zukunftsanforderungen strategisch-konzeptionell besser entsprechen zu können.

Das zeigt ein einziges Beispiel — ich könnte viele nennen —: Es gibt in der landwirtschaftlichen Produktion das riesige Problem der Verwertung der Gülle, die den Boden und das Grundwasser zerstört, insbesondere dort, wo wir es mit großen Betriebseinheiten mit erheblichen Viehmengen zu tun haben. Nun gibt es einen leichten Ansatz, der in der Regel kostengünstiger ist als alles, was gegenwärtig sonst geschieht, einen leichten Ansatz, diese Gülle zu verwerten: indem man sie in Biogasanlagen verwertet und damit einen Beitrag zur Energieversorgung leistet, wie es in dem Bericht beschrieben ist. Alle anderen Ansätze kommen teurer, auch der, die Gülle liegenzulassen, also nichts zu tun; denn irgendwann muß man die dadurch entstehenden Zerstörungen ja gewissermaßen abarbeiten oder abbezahlen. Wenn man andere Wege geht, wie es in verschiedenen Ländern getan worden ist, häufig mit dem Anlegen von Güllepipelines über riesige Strecken, ist das immer teurer als dieser Weg der Gülleverwertung zur Energieversorgung.

Es ist also nicht richtig, sich immer selber mit dem Argument zu konfrontieren, das sei im Moment noch zu teuer. Es gibt heute sehr viele Lösungen, bei denen statt erhöhter Kosten mehr Phantasie angebracht ist, auch mehr Flexibilität in der entsprechenden Planung, die zu einem positiven Ergebnis führt.

In Mexiko-City, einer Stadt mit 20 Millionen Einwohnern, die in ihrem eigenen Dreck erstickt, weil man dort eine Kanalisation für vielleicht gerade 500 000 Einwohner hat, überlegt man sich heute, für die Energieversorgung neue Kernkraftwerke zu bauen. Würde man die gesamte Biomasse, den organischen Müll, in Mexiko-City nutzen, wäre das erstens billiger — das ist nachweisbar —, und zweitens käme man davon los, daß diese Stadt im eigenen Dreck erstickt.

Das heißt, erst wenn man die Mehrfachvorteile bedenkt, auf die einige Redner ja auch Bezug genommen haben, die Mehrfachvorteile und Mehrfachfunktionen, wird sehr viel offenkundiger, welche immensen Vorteile von der Energiesicherheit über die Reduzierung von Belastungen der Zahlungsbilanz, wenn wir weniger Öl importieren, bis hin zur Umweltsicherheit, zur landwirtschaftlichen Existenzsi-

cherung und zu vielen anderen Fragen mehr gleichzeitig realisiert werden könnten. Darauf soll der Bericht hinweisen.

Eine letzte Bemerkung zur Kollegin Anttila: Ich glaube, das finnische Beispiel, das Sie genannt haben, beleuchtet die Schnittstelle, an der wir heute stehen. Denn offenkundig zeigen die negativen Erfahrungen, auf die Sie, Kollege Dochia, Bezug genommen haben, daß z. B. der Anbau von Raps nicht der für die Energieversorgung geeignete Weg ist, weil bei Raps die negativen Punkte, die hier genannt worden sind, auftreten. Ein Rapsölertrag von 2 oder 3 t pro ha, das ist vielleicht dann sinnvoll, wenn man Rapsöl als Speiseöl benutzt, aber für die Energieversorgung ist es nicht mehr sinnvoll. Es ist einfach ineffektiv! Die Energiebilanz stimmt nicht; der Ertrag ist viel zu niedrig.

Wenn wir andere Pflanzen haben, bei denen es pro ha einen Ertrag von 20 oder 25 oder 30 t gibt — statt 2 t wie beim Raps —, sieht die Sache völlig anders aus. Wenn man also diesen Weg geht, muß man genau wissen, welchen Weg man im einzelnen einschlägt, und das bedarf einer gründlichen Vorarbeit, die teilweise auch schon gemacht worden ist und in diesem Bericht enthalten ist. Ich bitte Sie, diese Differenzierungen beim Einschlagen dieses neuen Weges zu beachten; sonst schlägt man gute Chancen aus und nutzt schlechte Chancen, die dann zum Argument gegen gute Chancen werden, und das soll ja nicht der Sinn der Sache sein. — Vielen Dank.

Entschließung 979 (1992)

betr. den Beitrag der Landwirtschaft zur Verbesserung der Sicherung der Energieversorgung und zur Rettung der Umwelt

1. Die Versammlung ist ernsthaft darüber besorgt, daß die Umwelt, die Atmosphäre, die Wasserressourcen der Erde, ihre Wälder und der Boden aufgrund der Verschmutzung durch den Abbau, den Transport und die Verbrennung fossiler Brennstoffe immer mehr geschädigt werden.
2. Sie ist ebenso besorgt über die erheblichen Überschüsse von Nahrungsmitteln und die Handelsungleichgewichte bei landwirtschaftlichen Produkten auf den Weltmärkten sowie die damit verbundenen hohen Kosten für die Steuerzahler, die insgesamt keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Landwirte zur Folge gehabt und zu einer starken Abwanderung aus den ländlichen Gebieten geführt haben.
3. Unter Hinweis auf ihre Empfehlung 1092 (1989) macht sie erneut darauf aufmerksam, daß der Einsatz landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Produktion von Biomasse für den Energiesektor positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage ländlicher Gebiete und die Einkommen der Landwirte hätte, Nahrungsmittelüberschüsse sowie die Notwendigkeit von Subventionszahlungen und die damit verbundenen Ungleichgewichte auf dem Weltnahrungsmittelmarkt beseitigen, die Unabhängigkeit von Energieträgern und die Si-

cherheit der Energieversorgung erhöhen und die durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe bedingten Probleme verringern würde.

4. Aus den genannten Gründen ruft die Versammlung, nachdem sie sich mit den potentiellen Möglichkeiten des Einsatzes von Biomasse und Windenergie zur sauberen Erzeugung von Energie auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen befaßt hat, durch die Verabschiedung einer Richtlinie die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die Europäische Gemeinschaft dazu auf,

- i. den Anbau von Biomasse und ihren Einsatz zur Energieerzeugung durch reformpolitische Maßnahmen in allen davon betroffenen Sektoren zu fördern; die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Politik der Gewährung von Subventionen durch die einzelnen Mitgliedsstaaten nicht mehr auf die Stützung von Preisen und Einkommen auszurichten, sondern vorübergehend kurzfristig Beihilfen zur notwendigen Umstrukturierung und die dafür erforderlichen Investitionen der Landwirtschaft zur Erzeugung von Bioenergie zu leisten; für diese Energieerzeugung landwirtschaftliche Abfallprodukte sowie schnell wachsende Pflanzen mit hohem Energiewert auszuwählen, die wenig oder keine Düngemittel benötigen, mit einem Minimum an Wasser auskommen, auf wenig fruchtbaren Böden angebaut werden können und ein Maximum an CO₂ aufnehmen (C₄-Pflanzen);
- ii. internationaler Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung sowie der Markteinführung von bioenergetischen Technologien Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zur Förderung des großangelegten Einsatzes von Bioenergie zur Verfügung zu stellen;
- iii. dem Einsatz von Bioenergie und anderen erneuerbaren Energiequellen im öffentlichen Sektor Vorrang zu geben und zu diesem Zweck Pilotprojekte ins Leben zu rufen;
- iv. durch die Bevorzugung der Verwendung sauberer Energiequellen durch entsprechende steuer- und subventionspolitische Maßnahmen die Produktion von erneuerbaren Biomasse-Ressourcen in großem Umfang innerhalb von zehn Jahren sicherzustellen;
- v. durch Informationskampagnen über die Vorteile des großangelegten Einsatzes von Biomasse und anderen erneuerbaren Energiequellen für die Landwirtschaft und die Gesellschaft insgesamt das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu schärfen.

Tagesordnungspunkt:

Die Beteiligung der Bürger an der Politik

(Drucksache 6537)

Berichterstatter: Abg. Ann-Cathrine Haglund
(Schweden)

Hans Böhler (SPD): — Herr Präsident, ich versuche, mich an die Zeit zu halten.

Ich möchte gleich zu Anfang sagen: Der Bericht ist eine hervorragende Arbeit. Wer in Budapest mit dabei war, weiß, welche wichtige Arbeit geleistet wurde, die Gegensätzlichkeiten zusammenzufassen und sich auf die Hauptpunkte zu konzentrieren. Ich bin der Auffassung, daß man den vorgelegten Bericht loben muß.

Es ist offensichtlich, daß alle Demokratien im Westen zur Zeit Schwierigkeiten mit der Bürgerbeteiligung und dem Bürgerengagement haben. Es verstärkt sich der Eindruck, daß sich immer mehr Menschen von der Politik zurückziehen und sich immer mehr von ihren Institutionen distanzieren.

Diese zunehmende Gleichgültigkeit muß überwunden werden. Diese Verdrossenheit gegenüber der Politik muß in der Tat mit anderen Mitteln bekämpft werden, als wir es bisher gemacht haben.

Aber wir können nicht von einer Krise in den westlichen Demokratien sprechen, wie es mein werter Vorredner getan hat; das ginge zu weit. Wir müssen wieder eine bürgernahe Politik formulieren. Wir müssen dichter an die Lebensinteressen der Menschen heran. Wir müssen verdeutlichen, daß fast jede politische Entscheidung in das menschliche Zusammenleben hineinwirkt, von der Freizeitgestaltung bis zur Wohnungsverordnung und bis zu den Umweltfragen.

Der Bericht bringt es auf den Punkt: Die Lernfähigkeit der Jugend muß angeregt werden. Die Jugend muß mit den demokratischen Institutionen vertraut gemacht werden. Dort müssen wir in der Tat ansetzen.

Ich bin Ihnen, Frau Haglund, sehr dankbar, daß Sie dies ganz deutlich herausgearbeitet haben. Es ist richtig, daß die Institutionen und die Vertretungen der Politik gestärkt werden müssen und daß wir in den „vorgesellschaftlichen Raum“ hineinwirken müssen. Wir müssen uns mehr darum kümmern, was die NGOs machen; wir müssen uns mehr um deren Arbeit kümmern.

Das heißt auch, daß wir eine Interessenvermittlung betreiben müssen. Es ist klar, daß diese außerparlamentarischen Organisationen ihre eigenen Interessen vertreten. Aber wir in der Politik müssen die Einzelinteressen mit den Interessen der Gesamtheit abstimmen. Wir können nicht ohne weiteres, wie es in Budapest manchmal zutage trat, dem Willen dieser Organisationen einfach nachgeben. Wir müssen ihnen verdeutlichen, daß sie Rücksicht zu nehmen haben auf ein Miteinander mit denjenigen Gruppen und Menschen, die durch ihr Engagement und ihren Einsatz berührt werden.

Die Politik hat eine wichtige Vermittlerrolle. Sie muß, wie ich sagen möchte, die übergeordneten Gesichtspunkte in diese Organisationen hineintragen, damit ein vernünftiges Ganzes entsteht.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Rolle der Medien anzusprechen. Sie ist in der Tat problematisch. Wir wissen, daß oft genug Effekthascherei betrieben wird, daß Zeitströmungen nachgegeben wird, daß oft der anspruchsloseste Geschmack bedient wird. Zu wenige Beiträge befassen sich mit den Problemen, die die Menschen wirklich berühren. Das wird in den Magazinen des Fernsehens und des Funks und auch in den Zeitungen nicht entsprechend gewürdigt.

Wir haben uns auch des längeren über das unterhalten, was in Osteuropa vorstatten geht. Ich glaube, man muß Rücksicht darauf nehmen, daß die Menschen in Osteuropa zuallererst das Zusammenleben in einer Demokratie lernen müssen, daß die freien Organisationen mit einem freien Parlament kooperieren müssen.

Das wird nicht leicht sein. Wir brauchen dazu etwas Geduld. Wir müssen, wie dies auch im Bericht steht, durch Gespräche und entsprechende Initiativen helfen. Wir müssen, wie ich fast sagen möchte, den Menschen Geduld predigen.

Die Demokratie ist die beste Form einer Regierung; darüber gibt es keinen Zweifel. Die Demokratie ist auch Voraussetzung dafür, daß Wohlstand herrscht. Die demokratischen Freiheiten sind die Basis, auf der sich Bürger im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeiten gegenüber dem Ganzen zur vollen Entfaltung ihrer jeweiligen Lebensentwürfe verwirklichen können. Auch darüber gibt es gar keinen Zweifel.

Aber genauso wichtig ist es, daß begriffen wird, daß man engagiert mitarbeiten muß. Das gilt natürlich vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Wir können diese Schlußempfehlung einstimmig annehmen. Sie wird uns mit Sicherheit einen Schritt weiter vorwärts bringen, damit das, was ihren Inhalt ausmacht, in allen Ländern berücksichtigt wird.

Herzlichen Dank.

Margitta Terborg (SPD): Beim Studium des knapp gefaßten, aber vorzüglichen Berichts und der Entwürfe von Entschließung und Empfehlung der verehrten Kollegin Haglund bin ich auf einige Fragen gestoßen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. So ist es ja richtig, daß, wie die Kollegin Haglund bemerkt, die Medien häufig oberflächlich und personalisiert informieren, aber ich stelle mir die Frage, ob wir nicht selbst durch unsere Art, Politik zu artikulieren, dieser Tendenz Vorschub leisten.

Wenn wir nur selbstkritisch die Wahlkämpfe in den verschiedensten Ländern reflektieren, werden Sie mir zustimmen müssen. Wahlkämpfe sind nur allzu oft Orgien an Oberflächlichkeit, und das setzt sich eben nicht selten im politischen Alltagsgeschäft fort. Also: Die Kritik, die in Punkt 4.3 angesprochen wird,

ist nicht unberechtigt; nur richtet sie sich auch an uns selbst.

Noch nachdenklicher bin ich geworden, als ich die Rolle von Bürgerinitiativen — oder, wie wir sagen, Nichtregierungsorganisationen — in unseren Gesellschaften überdachte. Ohne Zweifel verdienen sie unsere Förderung und Unterstützung, ohne Zweifel sind sie ein wichtiger Transmissionsriemen in die Gesellschaft, und schon allein daraus ergäbe sich die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit. Aber ebenso richtig ist auch, daß viele Bürgerinitiativen ein Vakuum ausfüllen, das früher von den klassischen Parteien, den ersten Bürgerinitiativen der entstehenden Demokratien, abgedeckt worden war. Die Herausbildung einer politischen Klasse in unseren Gesellschaften und ihre fortschreitende Entfremdung von den Grundanliegen der Bürgerinnen und Bürger, das ist für mich das eigentliche Ärgernis. Dieses Abgeschottetsein setzt sich dann in so merkwürdigen Einrichtungen wie den parlamentarischen Ombudsmännern und -frauen für alles mögliche fort, obwohl eigentlich jeder einzelne Parlamentarier diese Rolle permanent auszufüllen hätte.

Frau Haglund grenzt die Aufgaben von Parlamenten und Nichtregierungsorganisationen zutreffend voneinander ab, sieht allerdings auch die bestehenden Defizite und bemüht sich, Brücken von der Politik zu den NGOs zu schlagen. Wahrscheinlich bleibt uns auch gar kein anderer Weg; denn die Revitalisierung der Parteien als der eigentlichen und umfassenden Bürgerinitiativen wird wohl ein frommer Wunschtraum bleiben.

Das wollte ich anmerken — und sei es auch nur, um unseren Blick für ein Vakuum, das wir selbst geschaffen haben, zu schärfen.

Entschließung 980 (1992)

betr. die Beteiligung der Bürger an der Politik

1. Während einer Konferenz im Parlament in Budapest vom 15. bis 17. Mai 1991 lud die Parlamentarische Versammlung gewählte Vertreter und NGOs¹⁾ sowie Medienvertreter aus Mittel- und Osteuropa zu einem Treffen ein, auf dem sowohl die Situation der seit langem bestehenden wie auch der erst kürzlich gegründeten pluralistischen Demokratien kritisch untersucht wurde.
2. Die Versammlung verweist auf die in ihrer Entschließung 800 (1983) geäußerten ernsten Befürchtungen: „Die Demokratie verkümmert ohne die ständige Mitwirkung der Bürger, die — soweit wie möglich — bei allen sie betreffenden Angelegenheiten auf dem Weg über entsprechende Verfahren gehört werden sollten.“ Die Versammlung stellt fest, daß die derzeitige Lage — wie die Arbeit der Konferenz gezeigt hat — bei weitem noch nicht zufriedenstellend ist.

¹⁾ Nichtregierungsorganisationen: Verbände, Stiftungen, Bewegungen oder Gruppen, die regierungsunabhängig sind und auf einer gemeinnützigen Grundlage zur Wahrnehmung spezieller Interessen gegründet wurden.

^{*)} Zu Protokoll gegebene Rede

3. Demokratien, die sich angesichts eines jahrzehntelangen Bestehens konsolidiert haben, leiden unter zunehmender Gleichgültigkeit ihrer Bürger in bezug auf das politische Geschehen und unter abnehmender Bürgerbeteiligung bei Wahlen.
4. Zu den Gründen, die als Ursache für diesen Zustand genannt wurden, gehören insbesondere:
 - i. die unzureichende Aufmerksamkeit, die NGOs durch gewählte Vertreter, Parteien und Regierungsstellen erhalten. Eine verstärkte Miteinbeziehung der NGOs, in denen die aktiven Mitglieder der Gesellschaft zu finden sind, würde die Durchführung der politischen Aufgaben erleichtern;
 - ii. die unzureichende Ausstattung von Parlamentariern mit Mitteln, um die ihnen obliegende Information und Beratung von Bürgern und NGOs durchzuführen;
 - iii. die Versäumnisse der Medien und insbesondere der audiovisuellen Medien, die sich auf „Sensationsgeschichten“ konzentrieren, sich auf eine oberflächliche und „gefärbte“ Präsentation von Nachrichten beschränken und ihre Rolle als Medium der Meinungsäußerung und Mitgestaltung im Dienste der Bürger und der Bürgervereinigungen vernachlässigen.
5. Die Staaten Mittel- und Osteuropas sind aufgrund der Reformen, die für eine Veränderung von Strukturen und Denkweisen notwendig sind, gezwungen, sich mit großen Problemen auseinanderzusetzen. Die Erzeugung eines Gefühls der Verantwortlichkeit bei den Bürgern in Anbetracht der Auswirkungen der Demokratisierung der Gesellschaft einerseits und die Anerkennung der Gleichberechtigung der Bürger und ihrer Bedürfnisse durch die staatlichen Stellen andererseits befinden sich noch im Anfangsstadium.
6. Die Versammlung stellt jedoch fest, daß
 - i. die Kritik an den Mängeln der parlamentarischen Demokratie das Festhalten am repräsentativen System, „das als das beste und einzige annehmbare System bezeichnet wird“, nicht in Frage stellt;
 - ii. die Konferenz zahlreiche Lücken bei den Beziehungen zwischen den Parlamentariern und den NGOs enthüllte, die, falls sie geschlossen werden, den Weg ebnen für die weitere Entfaltung einer bürgerlichen Gesellschaft in Westeuropa und für die Wiederbelebung von Bürgerbewegungen, welche in Mittel- und Osteuropa zur repräsentativen Demokratie geführt haben.
7. Sie hebt nachdrücklich die Tatsache hervor, daß die Beziehungen zwischen den Parlamentariern und den NGOs nicht zu einer Verwechslung der Rollen führen dürfen und daß nur Parlamentarier in ihrer gesetzgebenden Funktion die allgemeinen Interessen vertreten.
8. Zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie hält die Versammlung es für notwendig, die Entwicklung von freiwilligen unentgeltlichen Aktivitäten von NGOs zu fördern und zu unterstützen, da diese Organisationen, die Informationsmöglichkeiten über gesellschaftliche Fragen und eine Beteiligung der Bürger an der Politik bieten, die gewählten Vertreter dabei unterstützen können, sich enger an den aufkeimenden Erwartungen der Bürger zu orientieren.
9. Sie appelliert an die politischen Parteien und an die Medien, ihre Beziehungen zu den NGOs zu überprüfen im Hinblick auf eine effizientere Information über Bedürfnisse und Erwartungen und eine verstärkte Berücksichtigung derselben.
10. Darüber hinaus fordert die Versammlung die Parlamente der Mitgliedstaaten auf, folgende gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten:
 - i. Ermöglichung der Zuweisung von Ressourcen an NGOs, die diese in die Lage versetzen können, spezielle Aufgaben des öffentlichen Interesses nach dem Prinzip der Subsidiarität zu übernehmen; d. h. Aufgaben, die sachgerecht auf ihrer Ebene zur Zufriedenheit der Bürger erledigt werden können;
 - ii. Festlegung der Kriterien für NGOs, die Zugang zu diesen Ressourcen haben sollen: Rechtsstellung, Wahlmodus, demokratische Organisationsführung, usw.;
 - iii. Gewährleistung der Unparteilichkeit bei der Anwendung von Maßnahmen zur Unterstützung der NGOs und Gewährleistung der Unabhängigkeit der NGOs, nachdem sie diese Unterstützung erhalten haben;
 - iv. Bereitstellung angemessener Mittel für Parlamentarier, um die notwendige Information und Beratung gegenüber dem Bürger und den NGOs bereitstellen zu können;
 - v. Ermutigung eines regelmäßigen Medienzugangs durch gewählte Vertreter und NGOs;
 - vi. Schaffung von Voraussetzungen, damit die den Organisationen angeschlossenen nicht-kommerziellen Radiosender ihre Aktivitäten ausüben können;
 - vii. Sicherstellung, daß in die Lehrpläne der Schulen Kurse der Staatsbürgerkunde aufgenommen werden, in denen ein Gefühl für gesellschaftliche Solidarität sowie Verständnis für die Arbeit eines repräsentativen demokratischen Systems und eine analytische und kritische Haltung gegenüber dem Informationssystem und dem Inhalt dieser Informationen entwickelt werden kann.

Empfehlung 1180 (1992)

betr. die Beteiligung der Bürger an der Politik

1. Die Versammlung ist erfreut darüber, daß sie bei der Organisation der Konferenz über „Politik und

Bürger" (Budapest, 15. bis 17. Mai 1991) die Gelegenheit einer Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen hatte, die beim Europarat beratenden Status besitzen.

2. Sie weist das Ministerkomitee auf die Schlußerklärung dieser Konferenz und auf ihre eigene EntschlieÙung 980 (1992) hin, die bei den Bürgern Europa seine zunehmend passive Haltung gegenüber dem politischen Geschehen feststellen und die Notwendigkeit betonen, die wichtige Rolle der NGOs bei der Förderung der Beteiligung von Bürgern anzuerkennen.
3. Sie ist der Ansicht, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den NGOs dazu beitra-

gen sollte, die von den NGOs übernommene Rolle im Rahmen der Arbeit der demokratischen Institutionen der Länder zu stärken.

4. Sie stellt fest, daß die den NGOs vom Europarat zur Verfügung gestellten Ressourcen unzureichend sind, ebenso wie die dem Europäischen Jugendzentrum zur Verfügung gestellten Ressourcen, wo Organisationen den Umgang mit ihren Aufgaben gegenüber der Gesellschaft und öffentlichen Stellen lernen.
5. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee, eine Erhöhung dieser Ressourcen im nächsten Haushalt in Betracht zu ziehen.

